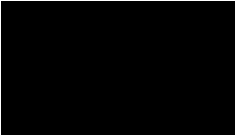


Forschungsschwerpunkt
Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa
an der Universität Mannheim

Manfred Sapper (Hg.)



**Rußland und der zweite
Tschetschenienkrieg**
Fakten, Hintergründe, Interpretationen

Dezember 1999

Untersuchungen des FKKS 22/1999

Konflikt
K
Kooperation

Die »Untersuchungen des FKKS« werden herausgegeben vom
Forschungsschwerpunkt
Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa
an der Universität Mannheim

ISSN 0947-1359

Forschungsschwerpunkt Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa (FKKS)
Universität Mannheim
Seminargebäude A 5
68131 Mannheim

Telefon: 0621 181-2088
Fax: 0621 181-2087
E-Mail: lsjahn@sowi.uni-mannheim.de

www.uni-mannheim.de/fkks

Inhalt

Manfred Sapper Das Elend der „kleinen erfolgreichen Kriege“	5
Claudia Wagner Die Beziehungen zwischen Groznyj und Moskau in der Zwischenkriegszeit.....	8
Peter Bonin Von der Peripherie ins Zentrum Der politische Nutzen von Krieg und Terrorismus in Rußland	16
Manfred Sapper Der kaukasische Teufelskreis Amnesie und Agonie der Moskauer Macht.....	18
Claudia Wagner Da capo al fine? Moskaus Kaukasuspolitik zwischen Konzeptlosigkeit und Krieg.....	22
Franz Preißler Krieg als Machterhaltungsstrategie.....	26
Volker Weichsel Rußland, der Westen und die außenpolitische Funktion des Tschetschenienkrieges	31
Rolf Peter Die „Gefahr aus dem Süden“? Anmerkungen zum Islamismus-Feindbild in Rußland.....	37
Astrid Sahn Integration unter Bombenhagel Die belarussisch-rußländische Union und der Krieg in Tschetschenien.....	42
Dokument: Bei Gott, das sind wir	45
Anhang Vertrag über Frieden und die Prinzipien der wechselseitigen Beziehungen zwischen der Rußländischen Föderation und der Tschetschenischen Republik Ièkeria	46
Peter Bonin/Claudia Wagner Chronik der Ereignisse.....	47

Dezember 1999

Manfred Sapper

Das Elend der „kleinen erfolgreichen Kriege“

Für die Geschichtsschreibung über den Krieg ist es nichts Neues. Es ist der rote Faden, der sich seit Thukydides Beschreibung des „Peloponnesischen Krieges“ von 431 bis 404 v. Chr. zwischen Athen und Sparta bis zur Aufarbeitung der militärischen Intervention der NATO gegen Jugoslawien vom 24. März bis 10. Juni 1999 durch alle Darstellungen des Krieges zieht: Die von Politik und Militär gehegte und immer wieder genährte Vorstellung von einem „kleinen erfolgreichen Krieg“, um politische, militärische oder andere Ziele zu erreichen, erfüllt sich in der Regel nicht. Diese Erfahrung hatte Rußland zuletzt in den Monaten nach dem Dezember 1994 machen können. Im Vorfeld hatte der damalige Verteidigungsminister Pavel Graëv getönt, mit einer Handvoll Luftlandetruppen in ein paar Tagen in Tschetschenien „für Ordnung“ sorgen zu können. Das Ergebnis dieses Selbstbetruges ist bekannt. Der erste Tschetschenienkrieg dauerte zwanzig Monate, kostete je nach Schätzung zwischen 50.000 und 80.000 Menschen das Leben und brachte Moskau dem proklamierten Ziel keinen Schritt näher, das Unabhängigkeitsstreben der Republik Tschetschenien zu beenden und die Einheit der Rußländischen Föderation zu wahren. Im Gegenteil. Die Politik manövrierte sich durch diesen Krieg im Nordkaukasus in eine Sackgasse, aus der sie bis heute nicht herausgefunden hat.

Wenn Selbstbetrug zum Ratgeber der Macht wird, dann kann sie keine Lehren aus der Geschichte ziehen. Oder aber sie will dies gar nicht, weil die Idee des „kleinen erfolgreichen Krieges“ eine andere Funktion hat, die nichts mit dem eigentlichen Kriegsgegenstand und Kriegsschauplatz zu tun hat. Dies wäre eine Pathologie der Macht in Vollendung. In beiden Fällen ist der Befund derselbe: Zum zweiten Mal innerhalb von nur fünf Jahren begeht Rußlands Elite aus Politik und Armee dieselben Fehler. Aus einer „begrenzten Militäroperation zur Terroristenbekämpfung“ ist unter Einsatz von etwa 100.000 Mann, Luftwaffe und schwerer Artillerie der zweite Tschetschenienkrieg erwachsen. Der Krieg befindet sich im dritten Monat, die Eskalation der Gewalt ist in vollem Gange, und die Kämpfe zwischen den Streitkräften und tschetschenischen Verbänden nehmen an Schärfe zu. Die Lage ist prekär. Die Zahl der Todesopfer auf beiden Seiten wächst, hunderttausende Flüchtlinge irren durch Tschetschenien und Inguschetien, und Rußlands Streitkräfte stellen der Zivilbevölkerung Groznyjs ein Ultimatum, die Stadt zu verlassen. Jeder, der dem nicht Folge leiste, werde „als Terrorist behandelt“. Nach dem neuen Russisch-Wörterbuch des Krieges ist darunter die „Vernichtung“ dieser Menschen zu verstehen. Wie die Vertreibungen der letzten Wochen verletzt das Ultimatum in frappierender Weise alle völkerrechtlichen Vorschriften zum Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegen und internen Konflikten.¹ Seine Umsetzung würde den Tatbestand des Völkermordes erfüllen. Doch der Krieg in Tschetschenien stellt mehr dar als eine Verletzung völkerrechtlicher Vorschriften. Bereits heute zeichnen sich unmittelbare und mittelbare politische Konsequenzen für Rußland ab, die geeignet sind, die Entwicklung der kommenden Jahre nachhaltig zu beeinflussen.

Durch den Rückgriff auf militärische Gewalt zur Lösung politischer Konflikte steht das Spannungsverhältnis zwischen Macht und Recht wieder auf der Tagesordnung. Mit der Entscheidung zum Krieg hat die politische Elite in Moskau das durch den Friedensvertrag zwi-

¹ Als Völkerrechtsgrundlagen sind hier die Genfer Konventionen einschlägig, insbesondere das Genfer Abkommen zum Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten (1949), das Zusatzprotokoll von 1977, die Europäische Menschenrechtskonvention mit den Protokollen Nr. 1,1 und Nr. 4,2 des Europarats.

schen Rußland und Tschetschenien vom 12. Mai 1997 gesetzte positive Recht gebrochen. Dieses sollte durch die Unterschriften der Präsidenten der beiden Konfliktparteien, Boris El'cin und Aslan Maschadov, garantiert werden. Das Abrücken von dem im Vertrag erklärten Gewaltverzicht stellt eine weitere Hypothek für die Stabilisierung des ohnehin fragilen Rechtsstaatsprinzips in Rußland dar. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die bewaffneten Überfälle der tschetschenischen Kommandos unter Šamil' Basaev und Emir Chattab im August 1999 auf Dagestan ebenfalls bereits diesen Vertrag verletzt hatten.

Das Handeln dieser Kriegsherrn und die Lage in Tschetschenien am Vorabend des Krieges dürfen keineswegs idealisiert werden. Im Nordkaukasus war in den vergangenen Jahren die fortschreitende Auflösung jeglicher staatlicher Ordnungsstrukturen zu beobachten gewesen. An ihre Stelle traten Anomie und ein florierender krimineller „Gewaltmarkt“, auf dem zwischen 1996 und 1999 zwischen 700 bis 1.000 Menschen entführt wurden, um mit dieser neuen Form des „Humankapitals“ Lösegeld zu erpressen. An diesem schleichenden Staatszerfall ist Moskau nicht unschuldig. Über Jahre mangelte es nicht nur an einem erkennbaren Konzept für die Zukunft des Nordkaukasus, sondern neben der materiellen und personellen Untersteuerung der Politik auch am Willen, mit den kooperationsbereiten Kräften in Tschetschenien wie dem gewählten Präsidenten Aslan Maschadov zusammenzuarbeiten und so zu einem Minimum an politischer Stabilität zurückzukehren. Rußlands militärisches Vorgehen im allgemeinen und die Art der Kriegsführung im besonderen sind nun – und zwar ganz im Gegensatz zur offiziellen Lesart, daß dieser Krieg in Tschetschenien erfolgreicher geführt werde als der erste von 1994 bis 1996 – geeignet, den Nordkaukasus auf lange Zeit zu einer blutenden Wunde Rußlands zu machen. Ein Erfolg des erklärten militärischen Ziels, die bisherige Hauptstadt Groznyj zu zerstören und nicht wieder aufzubauen, hätte paradoxe Folgen. Mit jedem Haus, das im rußländischen Bombenhagel in Schutt zerfällt, wächst für die Tschetschenen das Mahnmal, diesen Krieg nicht ungesühnt zu lassen. Der Verzicht auf den Wiederaufbau der Stadt, wie es der Tschetschenien-Beauftragte des rußländischen Präsidenten, Nikolaj Košman, wiederholt betonte, würde dem sogar noch Dauerhaftigkeit verleihen.¹ Mehr noch: Die Greuel des Krieges und die Opfer unter der Zivilbevölkerung werden im kollektiven Gedächtnis der Tschetschenen denselben Effekt auslösen. Sie werden zur Erinnerung und gegenseitigen Verpflichtung zum weiteren Kampf in Form von Guerillakrieg oder Terror. Das gilt selbst für diejenigen, die heute noch als Jugendliche oder Kinder in den Flüchtlingslagern leben. Die Erfahrungen aus allen Krisengebieten dieser Welt, vom Nahen Osten über die Bürgerkriegsgesellschaften Afrikas oder Mittelasiens bis zu den Brennpunkten ethnopolitischer Gewalt in Europa wie dem Baskenland oder Nordirland, geben hier zu Optimismus wenig Anlaß.

Angesichts dieser Perspektiven ist die Frage nach den Motiven und Interessen der Akteure in Moskau zu stellen. Welche Gründe stehen hinter der Entscheidung zum Krieg? War die Eskalationsspirale, die in den zweiten Tschetschenienkrieg führte, unvermeidlich? Welche voraussichtlichen Folgen hat der neuerliche Griff zur militärischen Gewalt? Antworten auf diese Fragen versucht die vorliegende Untersuchung zu geben. Sie ist eine Gemeinschaftsarbeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des „Forschungsschwerpunkts Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa an der Universität Mannheim“. Unter den Autorinnen und Autoren besteht Einigkeit, daß die Moskauer Elite den Schlüssel zur Beendigung des Krieges in den Händen hält. Insofern steht Rußland im Mittelpunkt aller Beiträge. Die Analysen und Bewertungen der Ursachen, Motive und der Folgen des Krieges weichen jedoch voneinander ab.

¹ Vgl. z. B. Rußland meldet die Einnahme von Gudermes, in: NZZ 13.11.99, S.1

Im ersten Teil behandelt Claudia Wagner die Beziehungen von Moskau und Groznyj zwischen den Kriegen. Im zweiten Teil stehen innenpolitische Erklärungsansätze im Vordergrund. Während Peter Bonin den Fokus auf die Funktionalität der Terroranschläge in Rußland für die herrschende Elite richtet, arbeitet Claudia Wagner die Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen den beiden Tschetschenienkriegen heraus. Manfred Sapper spannt den historischen Bogen noch weiter und erinnert an die innenpolitischen Parallelen zwischen dem Tschetschenienkrieg und dem sowjetischen Krieg in Afghanistan, der vor zwanzig Jahren begann. Franz Preißler rekonstruiert die Entwicklung der öffentlichen Meinung gegenüber Tschetschenien und zeichnet den Aufstieg des Premierministers Putin nach. Außenpolitische Aspekte stehen im Mittelpunkt des dritten Teils. Volker Weichsel geht dem Zusammenhang zwischen dem Kosovo-Krieg im Frühjahr 1999 und dem Krieg im Kaukasus nach. Rolf Peter beleuchtet, welche Funktion und Substanz das Islamismus-Feindbild hat. Schließlich richtet Astrid Sahn die Aufmerksamkeit auf die scheinbare Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen. Während die Desintegration im Nordkaukasus anhält, scheint die Integration zwischen Rußland und Belarus voranzukommen. Doch unter Umständen bewirkt der Tschetschenienkrieg genau das Gegenteil. Abgeschlossen wird die Untersuchung durch eine Chronik der Ereignisse, die mit dem Waffenstillstandsabkommen vom 30. August 1996 beginnt.

Die vorliegende Untersuchung ist unter hohem Aktualitätsdruck entstanden. Sie ist eine Reaktion auf die zahlreichen Anfragen nach Informationen und Interpretationen der Vorgänge in Moskau und im Kaukasus, die über den Tag hinaus reichen. Gleichzeitig sind auch die vorliegenden Analysen nicht frei von eben dieser Tagesgebundenheit. Die Manuskripte wurden, falls nicht anders angegeben, am 10. Dezember 1999 abgeschlossen.

Claudia Wagner

Die Beziehungen zwischen Groznyj und Moskau in der Zwischenkriegszeit

Der erste Tschetschenienkrieg hinterließ in Tschetschenien eine Hypothek, die für einen Weg zu Frieden und Stabilität im Nordkaukasus von vornherein düstere Perspektiven vermuten ließ. Hatte der Krieg selbst noch zu einer vorübergehenden Konsolidierung der inner-tschetschenischen Gegensätze geführt, so brachen diese nach dem mit Rußland abgeschlossenen Waffenstillstand und der Wahl Aslan Maschadovs zum Präsidenten im Januar 1997 wieder auf. Von Beginn an hatte Maschadov mit einer starken Opposition zu kämpfen, die er in wechselnder Strategie versuchte, in die Regierungsverantwortung einzubinden, durch Konzessionen zu befriedigen oder zu bekämpfen. Die oppositionellen Feldkommandeure wie Šamil' Basaev und Salman Raduev hatten ihre wichtigste Machtressource in Gefolgschaften von bis zu 1.000 gut ausgebildeten und mit Waffen ausgerüsteten Kämpfern. Auch Politiker, die sich in erster Linie durch eine stark ideologische, religiös fundierte Opposition zu Maschadov hervortaten, wie etwa der zeitweilige Außenminister Movladi Udugov, konnten sich außerdem auf eine territorial gebundene Unterstützerbasis verlassen.

Die Erosion der Staatsgewalt erstreckte sich über alle gesellschaftlichen Bereiche: So war eine Entwaffnung der Kämpfer nie erfolgt, die Regierung hatte über die bewaffneten Gruppierungen keinerlei Kontrolle. Aus dem desolaten Zustand der tschetschenischen Wirtschaft, die im Krieg fast vollständig zerstört worden war, folgte für eine Mehrheit der Tschetschenen die Konsequenz, das eigene Überleben selbständig zu organisieren. So entwickelte sich in den Jahren 1996-1999 sich ein regelrechter „Gewaltmarkt“, auf dem alles getauscht wurde, was sich in bares Geld umsetzen ließ: Drogen, Waffen, Menschen. Laut unterschiedlichen Schätzungen wurden in diesem Zeitraum zwischen 700 und 1.000 Menschen entführt, die meisten im Austausch gegen ein hohes Lösegeld wieder freigelassen.¹ Die Zunahme der Kriminalität und häufige Überfälle bewaffneter Gruppierungen auf rußländische Grenzposten führte immer wieder zu Spannungen zwischen Moskau und Groznyj.

Die wichtigste politische Position der tschetschenischen Opposition und die einzige, die sie vereinte, war die Forderung nach einer kompromißlosen Haltung gegenüber Rußland und der Ablehnung jeglicher Kooperation mit Moskau. Für Moskau hätte damit die einzige Möglichkeit, die Lage in Tschetschenien konstruktiv zu beeinflussen, in einer nachhaltigen Unterstützung des gewählten Präsidenten der Tschetschenen gelegen, der seine Dialogbereitschaft gegenüber Rußland mehrfach bewiesen hatte. Eine Stärkung des Präsidenten wäre gleichbedeutend mit der Stabilisierung ziviler Strukturen in Tschetschenien gewesen und hätte langfristig auch eine Schwächung der bewaffneten Opposition zur Folge gehabt. Eine solche unmißverständliche Stützung Maschadovs durch die rußländische Führung erfolgte jedoch in den drei Jahren zwischen dem ersten und zweiten Tschetschenienkrieg nie. Diese Chance, die rußländisch-tschetschenischen Beziehungen nach dem Krieg von 1994-1996 auf eine neue Basis zu stellen, wurden innerhalb der rußländischen Elite zwar von einigen erkannt, gleichwohl von niemandem genutzt.

Nach dem am 31. August 1996 abgeschlossenen Waffenstillstandsabkommen von Chasavjurt wurde zum ersten Mal seit 1991 der Dialog zwischen rußländischen und tschetschenischen Staatsführern wieder aufgenommen. Das Chasavjurter Abkommen umfaßte die folgenden

¹ Durchschnittlich sollen für jede bekannte oder begüterte Geisel in Tschetschenien etwa 100.000 US-Dollar bezahlt worden sein. Genauere Informationen zum Geiselnegeschäft liefert Johannes Rau, Zur Entführungswelle in Tschetschenien, in: Osteuropa 49 (9/1999), S. 975-981, hier S. 976.

Vereinbarungen: Eine Entscheidung über den künftigen Status Tschetscheniens sollte bis zum 31. Dezember 2001 getroffen werden. Außerdem sollte bis zum 1. Oktober 1996 eine gemeinsame Kommission aus Vertretern der rußländischen Regierung und Tschetscheniens gebildet werden, die zur Aufgabe hatte, den Abzug der Truppen zu überwachen und ein sozio-ökonomisches Wiederaufbauprogramm für Tschetschenien zu entwickeln. In dem Vertragstext fand das Selbstbestimmungsrecht der Völker Erwähnung, während keinerlei Bezug auf die territoriale Integrität der Rußländischen Föderation (RF) genommen wurde, was zu Protesten in der rußländischen Duma führte.¹

Am 12. Mai 1997 fand das erste Treffen „auf höchster Ebene“, also zwischen El'cin und Maschadov statt. Ergebnis war die Abfassung eines Friedensvertrags, der von beiden Seiten offiziell gelobt wurde. Gleichzeitig wurde vereinbart, einen Vertrag auszuarbeiten, der die Beziehungen beider Seiten, also die Statusfrage endgültig regeln sollte. Tatsächlich enthielt der Friedensvertrag aber auch Passagen, die sich für das tschetschenisch-rußländische Verhältnis als problematisch erweisen sollten. So konnte sich die tschetschenische Regierung immer wieder auf Artikel 2 des Vertrags berufen, in dem es hieß, die gegenseitigen Beziehungen sollten auf der Grundlage internationalen Rechts gestaltet werden. Aus tschetschenischer Perspektive machte dieser Satz Tschetschenien zum Subjekt internationalen Rechts.²

Der unterschiedliche Umgang beider Seiten mit der Statusfrage entpuppte sich auch in der Folgezeit als einer der relevantesten Faktoren, welche die Beziehungen zwischen der RF und Tschetschenien belasteten. Die rußländische Seite versuchte, dem Problem aus dem Weg zu gehen, indem sie vermied, es zu thematisieren. Nach wie vor war klar, daß Rußland ein Ausscheiden Tschetscheniens aus dem Staatsverband der RF nicht dulden würde, obwohl in den folgenden Jahren die Stimmen, die forderten, Tschetschenien in die Unabhängigkeit zu ertlassen, zunahm: So sagte der Moskauer Bürgermeister Jurij Lužkov etwa am 21. Juni 1999, daß Tschetschenien die Unabhängigkeit von der RF gewährt werden sollte, wenn die Mehrheit der Bevölkerung dies wolle.³ Die von der rußländischen Führung präferierte Variante lag jedoch eindeutig im Rahmen einer konföderativen Lösung: so spiegelte der rußländische Vertragsentwurf Konzepte wider, die in den Artikeln des Vertrags zwischen der RF und Tatarstan vom 15. Februar 1994 festgelegt worden waren. Die tschetschenische Seite hingegen forderte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Groznyj und Moskau sowie die Unterzeichnung eines zwischenstaatlichen Vertrags.⁴

Letztlich kam ein wirklicher Dialog zwischen beiden Seiten über die Statusfrage nie zustande. Während Vertreter der rußländischen Seite davon ausgingen, daß Tschetschenien zu Rußland gehöre, man aber die Beziehungen in einem separaten Vertrag, ähnlich wie für Tatarstan, regeln müsse, war für Maschadov und seine Vertreter die Unabhängigkeit Ausgangspunkt der Verhandlungen. Die rußländische Seite berücksichtigte dabei nicht, daß zwischen Russen und Tschetschenen ein eineinhalbjähriger Krieg lag und daß deswegen der Fall Tschetschenien eine völlig andere Qualität aufwies, als der Fall Tatarstan. Bezeichnend für die Hilflosigkeit, mit der Rußlands Vertreter mit der Frage umgingen, ist die widersprüchliche Aussage des damaligen Vize-Premiers Ramazan Abdulatipov, man könne Tschetschenien nicht wie ein Föderationssubjekt behandeln. Gleichzeitig sei aber keine Rede davon, seine Unabhängigkeit

¹ Vgl. Path to Political Settlement in Chechnya April 1997, in: http://www.amina.com/article/gov_uk.html

² Vgl. Charles Blandy, Chechen Status - Wide Differences Remain. Conflict Studies Research Centre, Sandhurst/UK, in: <http://www.ppc.pims.org/csrf/caucasus.htm>

³ Vgl. RFE/RL Newline vom 22.6.1999

⁴ Vgl. Vstreça Borisa El'cina i Aslana Maschadova v rjad li budet plodotvornoj, in: NG, 16.8.1997, S. 1-2 und Tschetschenische Vorwürfe an die Adresse Moskaus, in: NZZ, 30.7.1997

anzuerkennen. Der damalige Erste Vize-Premier Nemcov forderte schon damals, man müsse Tschetschenien ökonomisch völlig isolieren, um es wieder „gefügt“ zu machen.¹ Gegen die Konzeptlosigkeit der rußländischen Seite versuchte die tschetschenische Regierung mehrfach, vollendete Tatsachen zu setzen. So erließ Maschadov beispielsweise im April 1998 ein Dekret, in dem er für neun Staaten „Botschafter Tschetscheniens“ ernannte.² In die gleiche Richtung zielte der Versuch Tschetscheniens, bei der UNO einen Antrag auf Aufnahme zu stellen. Ebenso kam es mehrfach zu Unstimmigkeiten zwischen der tschetschenischen Regierung und der OSZE, da die Regierung von der in Groznyj anwesenden Assistance Group forderte, ihr Aufenthaltsrecht in Groznyj direkt zu beantragen, statt über das rußländische Außenministerium.³

Daß jeglicher Ansatz für eine Annäherung fehlte, wird auch bei einem Vergleich der Vertragsentwürfe, die beide Seiten zur zukünftigen Regelung der Beziehungen vorlegten, deutlich. Der rußländische Entwurf versuchte das Problem zu umgehen, indem Artikel 1 die Begriffe Unabhängigkeit und Souveränität vermeidet und Tschetschenien auf seinem Territorium die „vollständige Staatsmacht“ zugesteht mit Ausnahme der Bereiche, die der Gesetzgebung der RF unterliegen. Dagegen spricht der tschetschenische Entwurf sehr deutlich von zwei Vertragsparteien, die sich gegenseitig als souveräne, unabhängige Staaten anerkennen.⁴ Verhandlungen über die Statusfrage Tschetscheniens mußten auf diese Weise ergebnislos bleiben: Beide Seiten gingen von völlig unterschiedlichen Vorstellungen aus. Da kein ernsthafter Versuch unternommen wurde, langfristig an einer Kompromißlösung zu arbeiten, die für beide Seiten tragbar gewesen wäre, konnte auch keine Annäherung der festgefahrenen Positionen erfolgen.

Die Probleme um das Geld für den Wiederaufbau der Republik stellten eine weitere starke Belastung für die tschetschenisch-rußländischen Beziehungen dar. Laut dem Abkommen von Chasavjurt hatte sich Rußland dazu verpflichtet, einen Wiederaufbau der im Krieg zerstörten tschetschenischen wirtschaftlichen, technischen und sozialen Infrastruktur zu leisten. Bis zum Abschluß des Friedensvertrags hatte Moskau jedoch noch keine Mittel für den Wiederaufbau an Groznyj überwiesen, was die tschetschenische Regierung innenpolitisch unter erheblichen Druck setzte.⁵ Beim zweiten Treffen El'cins und Maschadovs im August 1997 stellte die tschetschenische Seite fest, daß von den 143 Mio. US-Dollar (823 Mrd. Rubel), die im rußländischen Budget für Tschetschenien eingeplant waren, nur 22 Mio. US-Dollar (100 Mrd. Rubel) in Tschetschenien angekommen waren. Beide Seiten vereinbarten, Nachforschungen über den Verbleib der Gelder anzustellen, wobei man in Moskau vermutete, das Geld sei in Tschetschenien verlorengegangen.⁶ Das „Verschwinden“ der Gelder wirkte sich in zweierlei Hinsicht problematisch aus. Zum einen fehlte das Geld für den dringend erforderlichen Wiederaufbau Tschetscheniens. Ohne einen wirtschaftlichen Wiederaufbau war an eine Konsolidierung der Rechts- und Sicherheitslage in der Republik nicht zu denken. Auf der anderen Seite schwächte die Tatsache, daß Moskau seine Zusagen offensichtlich nicht einhielt und vertragsbrüchig wurde, die Regierung Maschadov - ein Effekt, den Moskau hatte

¹ Vgl. V Rossii ne vyrabotano ni političeskoj koncepcii, ni linii povedenija na Severnom Kavkaze, in: NG, 27.9.1997, S. 1

² Vgl. Moskva - Groznyj: spor vokrug posol'stv, in: Izvestija, 22.4.1998, S.1

³ Vgl. Groznyj sobiraetsja podat' zjavku dlja vstuplenija v OON, in: Izvestija, 1.7.1998, S. 2

⁴ Vgl. Blandy, Chechen Status - Wide Differences Remain

⁵ Vgl. Ein Friedensvertrag für Tschetschenien, in: NZZ, 13.5.1997

⁶ Vgl. Ungeklärter Status Tschetscheniens, in: NZZ, 19.8.1997 und Moskva i Groznyj budut vmeste iskat' propavšie milliardy, in: NG, 26.8.1997, S. 1

vermeiden wollen: Die tschetschenische Opposition, deren Wortführer einem Dialog mit Moskau ohnehin ablehnend gegenüberstanden, wurde in ihrer Haltung bestätigt und konnte Maschadov als schwachen, von Moskau abhängigen Präsidenten darstellen.

Als ähnlich schwierig erwiesen sich die Verhandlungen beider Seiten über den Transport des aserbajdschanischen Öls durch die Pipeline von Baku über Groznyj nach Novorossijsk. Nur etwa ein Zehntel der Pipeline führt über tschetschenisches Gebiet, womit Tschetschenien eigentlich genau ein Zehntel der Transitgebühren für jede Tonne geförderten Öls erhalten müßte. Groznyj verlangte aber eine höhere Gebühr als Kompensation für die von den rußländischen Streitkräften an der tschetschenischen Wirtschaft verursachten Schäden. Die tschetschenische Forderung von vier bis sechs US-Dollar pro Tonne Öl lehnten die rußländischen Unterhändler ab. Schließlich konnte sich das rußländische Ministerium mit der tschetschenischen Seite auf die Zahlung von 4,27 US-Dollar pro Tonne Öl einigen.¹ Der Konflikt um den Öltransport war jedoch mit dem Vertragsabschluß keineswegs beigelegt. Als im Frühjahr und Sommer 1999 Diebstähle von Öl aus der Pipeline zunahmen, stellte die rußländische Firma Transneft den Transport vorübergehend ein. Die tschetschenische Führung mußte versprechen, die durch die Diebstähle erzeugten Verluste durch Lieferung von eigenem, in Tschetschenien geförderten Öl, zu kompensieren.²

Der Disput über die ökonomische Wiederaufbauhilfe für Tschetschenien bestimmte die tschetschenisch-rußländischen Beziehungen auch im Jahr 1998. Im September 1997 hatte El'cin eine weitere staatliche Kommission für Fragen der Stabilisierung Tschetscheniens gegründet, nachdem die zuvor existierende Kommission für die Probleme Tschetscheniens unter Leitung Ivan Rybkins aufgelöst worden war. Die neue Kommission sollte Abdulatipov leiten, zu seinem Stellvertreter wurde Georgij Kurin ernannt.³ Im Januar 1998 fanden Gespräche zwischen der rußländischen Regierungskommission und tschetschenischen Repräsentanten in Groznyj statt, bei denen der Status des Schejch-Mansur-Flughafens und ein Zeitplan für den wirtschaftlichen Wiederaufbau diskutiert wurden. Der Vertreter der rußländischen Regierung in Tschetschenien, Kurin, betonte, daß eine freie Wirtschaftszone eine Bedingung für die Stabilisierung in Tschetschenien sei. Gleichzeitig erinnerte Basaev Rußland, daß Tschetschenien von Moskau erwarte, seine Verpflichtungen zu erfüllen, die aus dem Friedensvertrag hervorgingen. Nur so sei eine weitere Kooperation möglich.⁴

Erst im August 1998 trafen sich der damalige rußländische Premier Kirienko und Maschadov wieder, nachdem es seit über einem Jahr keine Gespräche auf höchster Ebene gegeben hatte. Gegenstand der Gespräche waren der künftige Status Tschetscheniens und die Schaffung einer Sonderwirtschaftszone. Dabei ging es auch um das Versäumnis Moskaus, die bilateralen Vereinbarungen, die zwischen beiden Parteien abgeschlossen worden waren, vertragsgemäß umzusetzen, vor allem hinsichtlich der Wirtschaftshilfe für Tschetschenien. Kirienko äußerte in diesem Zusammenhang, daß die Lösung der Wirtschaftsprobleme Tschetscheniens unab-

¹ Dabei sollte der tatsächliche Transittarif bei 0,43\$ liegen, der Rest als Zuschuß aus dem föderalen Budget für den wirtschaftlichen Wiederaufbau gezahlt werden. Diese Teilung der Finanzierungsquelle war vor allem der rußländischen Seite wichtig, da sie befürchtete, daß auch andere Republiken in der Folge ähnlich hohe Transitbeträge verlangen könnten. Vgl. Moskva i Groznyj vynuž deny iskat' neftjanoj kompromiss, in: NG, 30.8.1997, S. 1 und Grünes Licht für den Transport des Öls aus Baku? Russisch-tschetschenischer Vertrag zur Pipeline-Nutzung, in: NZZ, 10.9.1997, S. 2

² Vgl. RFE/RL Newline vom 10.6.1999

³ Vgl. Èèèenskij krizis vyšel za predely Ièkerii, in: NG, 10.11.1997, S. 1-2

⁴ Vgl. RFE/RL Newline vom 12.1.1998

dingbare Voraussetzung für Frieden und Stabilität im Nordkaukasus sei.¹ Im November 1998 verabschiedete die rußländische Regierung ein Programm für Wirtschaftshilfe für Tschetschenien, das u.a. die Vorhaben, eine Ölraffinerie, eine Zementfabrik und andere Industrien wiederaufzubauen, umfaßte. Wenig später unterzeichnete Kirienkos Nachfolger, Evgenij Primakov eine Verordnung, in der Tschetschenien Unterstützung in Höhe von 7,5 Mio. Rubel für Aufbauarbeiten an dem staatlichen Konzern „Èèencement“ zugesagt wurde. Außerdem sollten für die Finanzierung der tschetschenischen „*Bjudž etniki*“² pro Monat 100 Mio. Rubel bereitgestellt sowie die Rentner aus dem föderalen Haushalt bezahlt werden.

Die nur sehr schleppende oder gar nicht erfolgende Bereitstellung von Finanzen für den Wiederaufbau Tschetscheniens konnte sich nur negativ auf die gegenseitigen Beziehungen auswirken. Das benötigte Geld war offensichtlich entweder im rußländischen Budget nicht vorhanden oder floß in andere Kanäle. Verhandlungen auch auf höchster diplomatischer Ebene waren folglich immer wieder von gegenseitigen Schuldzuweisungen geprägt: Die tschetschenische Seite klagte die rußländische wegen der nicht erhaltenen Summen an; umgekehrt machte Moskau die tschetschenische Regierung dafür verantwortlich, der Bezahlung für die Versorgung mit Energie aus dem Zentrum nicht nachzukommen.³ Die Frage, wie mit dem Wiederaufbau Tschetscheniens umzugehen sei, löste in Rußland kontroverse Reaktionen aus. So äußerte der damalige Vertreter der rußländischen Regierung Valentin Vlasov die Kritik, Moskau hätte Aslan Maschadov ökonomisch und politisch stärker unterstützen sollen in Übereinstimmung mit den Vereinbarungen vom Mai 1997.⁴ Der ehemalige Präsidentenberater Emil' Pain wiederum hielt die Regierungsstrategie einer „ökonomischen Zählung“ Tschetscheniens für verfehlt. Zum einen verfüge Rußland nicht über genügend finanzielle Ressourcen, um sie in die Belebung der tschetschenischen Wirtschaft zu stecken. Zweitens sei es unmöglich, zu kontrollieren, ob die Mittel tatsächlich in den Wiederaufbau fließen oder etwa in den Kauf von Waffen. Eine Alternative zum Verhalten der Regierung sah er darin, den Tschetschenien benachbarten Republiken größere Aufmerksamkeit und finanzielle Unterstützung zu widmen, um damit alle Vorteile eines zum Zentrum loyalen Verhältnisses zu demonstrieren.⁵

Die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Kriminalität war ein weiteres Thema, das bei den rußländisch-tschetschenischen Verhandlungen ständig präsent war. Dieses wurde jedoch seit Anfang 1999 überlagert von der Entführung des Generals Špigun im März 1999 und von den zunehmenden Überfällen auf rußländische Grenzposten durch tschetschenische Kämpfergruppen. Im Laufe des Frühjahrs und Sommers konnte man daher eine rapide Verschlechterung der rußländisch-tschetschenischen Beziehungen beobachten.

Im Mai 1998 trafen sich der damalige rußländische Innenminister Stepašin und sein tschetschenischer Kollege Machašev in der inguschetischen Hauptstadt Nazran, um die Kooperation zwischen ihren Ministerien zu intensivieren. Dabei wurde u.a. vereinbart, daß die tschet-

¹ Vgl. RFE/RL Newslines vom 3.8.1998 und Gespräche zwischen Kirijenko und Maschadov, in: FAZ, 3.8.1998, S. 6

² Unter "*bjudž etniki*" versteht man in Rußland alle Arbeitnehmer, die ihr Gehalt vom Staat bekommen, also z.B. Ärzte oder Lehrer.

³ So forderte Premier Stepašin am 17.6.1999 den rußländischen Energieminister auf, auszurechnen, wieviel Geld Tschetschenien Rußland für die Lieferung von Gas und anderen Energieträgern schulde. Vgl. RFE/RL Newslines vom 18.6.1999

⁴ Vgl. RFE/RL Newslines vom 18.1.1999

⁵ Vgl. Rossija i Cecnja. Èto mož no i èego nel'zja delat', in: Izvestija, 21.4.1998, S. 7

schenischen Sicherheitsdienste von Rußland technische Hilfe bekommen und Teile der tschetschenischen Polizei in Rußland ausgebildet werden sollten. Gemeinsame Maßnahmen im Kampf gegen Terrorismus und Entführungen sollten besser koordiniert werden.¹

Bereits Anfang Januar 1999 wurden die besorgten Stimmen angesichts der häufigen Entführungsfälle in der Grenzregion um Tschetschenien lauter: Der Föderationsrat forderte El'cin auf, im Gebiet Stavropol' den Ausnahmezustand zu erklären, damit die lokalen Sicherheitsbehörden die steigende Kriminalität in den Griff bekommen könnten.² Aleksandr Lebed' warnte zu diesem Zeitpunkt vor einem erneuten Krieg im Kaukasus, sollte El'cin nicht unverzüglich Maßnahmen ergreifen, um den tschetschenischen Präsidenten Maschadov zu unterstützen. Moskau habe die Möglichkeiten, die sich durch den Waffenstillstand boten, um die politische und ökonomische Lage Tschetscheniens zu stabilisieren, nicht ausreichend genutzt.³ Die Entführung des rußländischen Generals Špigun am Flughafen in Groznyj belastete die Beziehungen weiterhin. Erst im August 1998 war der ehemalige Tschetschenienbeauftragte Valentin Vlasov nach Monaten aus tschetschenischer Geiselhaft freigekommen. Auf die Entführung eines weiteren ranghohen Politikers reagierte die Moskauer Führung mit der vorübergehenden Schließung der Grenze zwischen Tschetschenien und Dagestan und der Evakuierung des Personals der rußländischen Vertretung in Groznyj nach Mozdok. Daraufhin erklärte wiederum der ehemalige tschetschenische Außenminister Udugov, eine Kommission schaffen zu wollen, welche die Verletzung des Friedensvertrags vom Mai 1997 durch Moskau untersuchen solle.⁴ Am folgenden Tag warnte Rußlands Innenminister Stepašin, daß Moskau „rigorose Maßnahmen ergreifen werde, um Gesetz, Ordnung und Sicherheit im Nordkaukasus wiederherzustellen.“⁵ Sowohl Vlasov, als auch Oleg Sysuev, der Erste Stellvertretende Leiter der Präsidialadministration, schlossen den Gebrauch von Gewalt gegen Tschetschenien aus. Sehr deutlich jedoch wurde die entstandene Distanz zwischen den Konfliktparteien, als Maschadov öffentlich äußerte, daß ein Treffen zwischen ihm und El'cin dringend nötig sei, um die eskalierende Situation zwischen Groznyj und Moskau aufzulösen. Abdulatipov erwiderte darauf, daß es keine Notwendigkeit eines Treffens auf höchster Ebene gebe.⁶

In der Folgezeit bekräftigte Maschadov seine Verhandlungsbereitschaft mit Moskau mehrfach und zeigte sich auch für ein Gespräch mit Ministerpräsident Primakov offen. Zwei Bombenattentate auf den tschetschenischen Präsidenten überschatteten die Situation zusätzlich. Sowohl Maschadov als auch der rußländische Innenminister Stepašin stellten einen Zusammenhang zwischen den Attentaten und der Entführung Špiguns her. Hinter den Vorfällen stünde die Intention, Tschetschenien zu destabilisieren.⁷

Ende Mai 1999 griffen zum ersten Mal rußländische Kampfhubschrauber des Innenministeriums eine Insel im Fluß Terek an, auf der sich angeblich ein Basislager tschetschenischer Terroristen befand. Der Angriff war Reaktion auf einen Überfall tschetschenischer Kämpfer auf einen rußländischen Grenzposten an der Grenze zu Dagestan. Der Konflikt nahm also zeitweise gewaltsame Züge an, lange bevor die Kämpfe in Dagestan im August 1999 und die

¹ Vgl. Vedomstvo Stepašina podderž it èèèencev, in: Izvestija, 16.5.1998, S. 1 und RFE/RL Newslines vom 18.5.1998

² Vgl. RFE/RL Newslines vom 28.1.1999

³ Vgl. RFE/RL Newslines vom 14.1.1999

⁴ Vgl. RFE/RL Newslines vom 8.3.1999

⁵ Vgl. RFE/RL Newslines vom 9.3.1999. Als mögliche Sanktionen nannte er das Abschneiden von Eisenbahn- und Flugverbindungen und die Einstellung der Energielieferungen an Tschetschenien.

⁶ Vgl. RFE/RL Newslines vom 10.3.1999

⁷ Vgl. RFE/RL Newslines vom 22.3.1999

Explosionen von mehreren Wohnhäusern in Moskau, Buinaksk und Volgodonk zu einer Eskalation und schließlich zu einem zweiten Krieg Rußlands gegen Tschetschenien führten. Ähnlich wie im Herbst 1994 waren die letzten Monate vor der erneuten Eskalation der Gewalt begleitet von einem prekären Stillstand der Verhandlungen: Zwar bekräftigte auch die rußländische Seite ihre Verhandlungsbereitschaft, ein geplantes Treffen zwischen El'cin und Maschadov wurde auch in unterschiedlicher personeller Zusammensetzung mehrfach vorbereitet, der Termin für das Treffen jedoch von Moskau immer wieder auf unbestimmte Zeit verschoben.

Ein ständiger Wechsel der für die rußländische Tschetschenienpolitik zuständigen Personen hat weiterhin dazu beigetragen, daß auch in der Zeit zwischen 1996 und 1999 kein Konzept für eine politische Lösung des Konflikts erarbeitet wurde. Die Entlassung Berezovskijs als Stellvertretender Sekretär des Sicherheitsrats hätte schon im November 1997 beinahe auch zum Rücktritt Ivan Rybkins von seinem Posten als Sekretär des Sicherheitsrats geführt.¹ Zwischen 1997 und 1998 wurden in Rußland zudem vier Ministerpräsidenten von El'cin entlassen und jeweils neue ernannt. Zwar entpuppte sich etwa Stepašin, der Anfang Mai 1999 überraschend Primakov ablöste und der 1994 einer der wichtigsten Kriegstreiber gewesen war, als „gezähmter Falke“, der nun zur Kooperation mit Maschadov bereit war. Die fehlende Kontinuität von Regierungsarbeit angesichts der raschen Wechsel machte jedoch eine Zusammenarbeit, die noch in der Lage gewesen wäre, die gespannte Situation zu deeskalieren, unmöglich. Schließlich war der letzte Ministerpräsidentenwechsel von Stepašin zu Putin, nachdem Stepašin nur drei Monate im Amt gewesen war, maßgeblich für den Kriegsbeginn im September 1999 verantwortlich.

Konstruktive Ansätze in den tschetschenisch-rußländischen Beziehungen gab es vor allem in den ersten Monaten, die dem Chasavjurtur Abkommen folgten. Unter dem Eindruck der militärischen Niederlage schien die rußländische Seite zu relativ weitreichenden Konzessionen bereit, was sich auch in den Vertragstexten des Abkommens und des Friedensvertrags widerspiegelt. Die Formulierung im Friedensvertrag, daß die Beziehungen zwischen Rußland und Tschetschenien auf der Basis internationalen Rechts aufgebaut werden sollten, blieb in der Folge jedoch bloßes Versprechen.

Fünf Faktoren sind zu nennen, die letztlich dazu führten, daß die Chancen, die Chasavjurt und der Friedensvertrag boten, nicht genutzt wurden und positive Ansätze in den gegenseitigen Beziehungen im Sande verliefen. Dies ist erstens die mangelnde Unterstützung, die Maschadov von der rußländischen Elite zuteil wurde, in finanzieller wie in symbolischer Form. Kennzeichnend dafür ist allein die Hinhaltetaktik, mit der rußländische Politiker das geplante Treffen zwischen El'cin und Maschadov seit Anfang 1999 immer wieder verschoben, und damit dem tschetschenischen Präsidenten die Rolle des Bittstellers zuschoben. Zweitens belastete der ständige personelle Wechsel in den rußländischen Führungsgremien, die sich mit der Behandlung der „tschetschenischen Frage“ auseinandersetzen sollten, die rußländisch-tschetschenischen Beziehungen. Die Entlassung des Sekretärs des Sicherheitsrats, Ivan Rybkin, im März 1998 ist hier ebenso zu nennen wie die häufige Ablösung der Ministerpräsidenten. Nicht zuletzt ist dieser Wechsel mit dafür verantwortlich, daß drittens die Ausarbeitung eines kohärenten Konzepts, wie die Frage vor allem nach dem Status Tschetscheniens dauerhaft und auf lange Sicht zu lösen sei, nicht erfolgte. Der Zeitpunkt des 31. Dezember 2001, bis zu dem laut dem Abkommen von Chasavjurt die Statusfrage zu lösen sei, erhielt dadurch eine bedrohliche Dimension, da sich der Handlungsdruck mit seinem Näherrücken verstärkte, Schritte zu einer konstruktiven Lösung gleichwohl nicht unternommen wurden.

¹ Vgl. Èèèenskij krizis vyšel za predely lèkerii, in: NG, 10.11.1997, S. 1-2

Viertens beeinträchtigten die „Nadelstiche der Gewalt“ in Form häufiger Angriffe tschetschenischer bewaffneter Gruppierungen auf rußländische Grenzposten das Verhältnis der Konfliktparteien zusehends und können auch als Eskalationsfaktor in den Monaten Mai bis September 1999¹ nicht außer Acht gelassen werden. Fünftens schließlich verhinderte der nicht erfolgte Wiederaufbau der Wirtschaft und der Infrastruktur Tschetscheniens eine Erholung und eine Neubildung von dessen gesellschaftlichen Strukturen, die eine Stärkung der friedlichen und kooperativen Kräfte in Tschetschenien bedeutet hätte.

Der Weg in den zweiten Krieg war nicht deterministisch vorgezeichnet. Die fünf Faktoren, die für das Scheitern der friedlichen Gestaltung der Beziehungen verantwortlich zu machen sind, zeigen gleichzeitig immer auch eine Alternative auf, wie der Prozeß hätte anders ablaufen können. Innerhalb der rußländischen Elite fehlte es Führungsfiguren wie El'cin, dem seit September 1999 amtierenden Ministerpräsidenten Putin sowie Teilen der Militärschicht am politischen Willen, einen mühseligen, aber gewaltlosen Weg zu gehen. Es wird jedoch, auch wenn der zweite Krieg beendet ist, gleichgültig welchen Ausgangs, keine Alternative zu diesem Weg geben, zumindest dann nicht, wenn Rußland im eigenen Interesse auf Frieden und Stabilität im Nordkaukasus bedacht ist.

¹ Vgl. dazu auch die Chronik der Ereignisse im Anhang.

Peter Bonin

Von der Peripherie ins Zentrum

Der politische Nutzen von Krieg und Terrorismus in Rußland¹

Eine ungewohnte Situation: In den anonymen Plattenbausiedlungen der Moskauer Vorstadt aber auch in anderen Städten Rußlands kam es in den letzten Wochen zu selten erlebten Reaktionen nachbarschaftlichen Beistands. Aus Angst, ihr Haus könnte als nächstes von mehreren Zentnern Sprengstoff zerrissen werden, setzten sich Menschen zusammen, die sich zuvor vielleicht höchstens vom Sehen kannten und begannen, sich beim Schutz ihres Lebens selbst zu organisieren und eigene Schutzpatrouillen zu bilden. Denn auch der Staat ist im Angesicht des Terrors überfordert. Alles weitere jedoch klingt schon weniger zivil. Die Angst vor den nächsten Anschlägen ist in Rußland zum Antrieb geworden für die ohnehin schon notorische Phobie gegenüber all jenen, die auch nur den Anschein kaukasischer Herkunft machen. Die Angaben über die Zahl der Personen, die kurzfristig aus Moskau ausgewiesen wurden, schwanken zwischen 10.000 und 20.000. Im Fernsehen gehen die Bilder von zerfetzten Bombenopfern und rauchenden Wohnhaustrümmern in Moskau übergangslos in die Berichterstattung vom Vormarsch der rußländischen Regierungstruppen gegen die islamistischen Kämpfer im Nordkaukasus über. Die Verbindung zwischen den Bomberanschlägen und der islamistischen Guerilla war bereits zum *fait accompli* geworden, noch bevor je ein Beweis dafür erbracht worden war. Und es mag das für die westeuropäische Wahrnehmung seltene Ausmaß des Terrors sein, das dem rigorosen Vorgehen der rußländischen Truppen auch im Westen einige Legitimitätspunkte verschafft.

„Laßt uns Rußland gegen die Tschetschenen helfen“ forderte dieser Tage der britische Kaukasusspezialist Anatol Lieven vom Londoner Institut für Strategische Studien und propagierte damit eine engere Zusammenarbeit zwischen den USA und der Rußländischen Föderation im Kampf gegen den Terrorismus.² Die Tatsache, daß Lieven noch während des ersten Tschetschenienkrieges für die Unabhängigkeit der Kaukasusrepublik eingetreten war, läßt erahnen, in welchem Maße sich die aktuellen Ereignisse im Nordkaukasus von dem 1996 offiziell beendeten Krieg unterscheiden. Waren damals die rußländischen Truppen in einer brutalen wie auch selbstzerstörerischen Weise gegen die gesamte abtrünnige Republik vorgegangen, so stehen sie heute militanten Splittergruppen gegenüber, die keineswegs die Unterstützung ihrer Regierung oder gar der Mehrheit der muslimischen Bevölkerung in der Region genießen. Daß es sich hier nicht um eine umfassende islamische Mobilmachung handelt, verdeutlichen schon die Reaktionen der muslimischen Organisationen im europäischen Rußland, welche die Angriffe der tschetschenischen Rebellen auf das Territorium der zur Rußländischen Föderation gehörenden Republik Dagestan von Beginn an scharf verurteilten.

Der erste Tschetschenienkrieg hatte im Nordkaukasus eine verwüstete Region hinterlassen, in der mit Hilfe von Geldern aus der Golfregion und dem Prestige moderner fundamentalistischer Lehren tausende schwer bewaffneter junger Menschen erreicht werden konnten, die durch den ökonomischen Kollaps in die soziale Isolation geraten waren. Im Kampf gegen diese Phänomene ‚privatisierter Gewalt‘ erhält das Moskauer Vorgehen im Nordkaukasus eine beklemmende Legitimität, auch wenn die rußländische Armeeführung sich angesichts

¹ Das Manuskript wurde am 23. September 1999 abgeschlossen. Der Beitrag erschien zuerst in der Zeitschrift „Kommune“, 10/1999, S. 8. Für die vorliegende Veröffentlichung wurde er leicht überarbeitet.

² Anatol Lieven, Let's Help Russia Against the Chechens. In: Los Angeles Times, 21.9.1999.

unangemessener Härte und massiver strategischer Fehler, die vor allem zu Opfern in den eigenen Reihen führen, ähnlicher Kritik wie vor vier Jahren ausgesetzt sehen muß.

Seit Aleksandr Lebed¹ im August 1996 einen Friedensvertrag zwischen Russen und Tschetschenen vermittelte, hat die Moskauer Führung die abtrünnige Republik sträflich vernachlässigt und nie ein wirkliches Interesse an einer längerfristigen Beilegung der ethnopolitischen Konflikte in der Region gezeigt. Zu einer Kooperation mit dem frei gewählten tschetschenischen Präsidenten Aslan Maschadov, der seit 1996 in zunehmende Bedrängnis von seiten radikaler Gruppen geriet, fand sich Moskau deshalb nicht bereit, weil er nach wie vor auf der staatlichen Unabhängigkeit Tschetscheniens besteht.

Jenseits der neuen Qualität des Terrors und der veränderten Rolle der islamistischen Freischärler im Nordkaukasus beinhaltet jedoch das Kapitel Tschetschenien eine entscheidende Konstante, welche die Perspektiven für eine langfristige Lösung der Konflikte mehr als finster aussehen lassen. Seit Beginn der Gewalteskalationen 1994 diente der Krisenherd den unterschiedlichsten Interessengruppen im Moskauer Zentrum stets als Instrument im innenpolitischen Machtkampf. So hatte der Moskauer Bürgermeister Jurij Lužkov als einer der Hauptanwärter auf das Präsidentenamt noch im Sommer dieses Jahres generös verkündet, wenn es nach ihm ginge, würde Tschetschenien in die Unabhängigkeit entlassen. Inzwischen aber gehört er zu den stärksten Verfechtern eines rigorosen Vorgehens im Kaukasus, um sogleich in das verschwörungstheoretische Karussell gegenseitiger Beschuldigungen einzusteigen, wenn er seinen Intimfeind, den Finanzmogul Boris Berezovskij, beschuldigt, jener habe mit Hilfe von Geheimdienstkräften als *agents provocateurs* die Angriffe der Islamisten auf Dagestan initiiert.¹

Weiter scheinen entscheidende Teile der rußländischen Armee nach wie vor zu glauben, der Nordkaukasus wäre ein prestigereiches Profilierungsfeld. Ansonsten bleibt unverständlich, warum die rußländischen Truppen nicht die dagestanisch-tschetschenische Grenze absicherten, nachdem sich die Freischärler nach dem ersten Gegenangriff nach Tschetschenien zurückgezogen hatten. Nun bleibt die Grenze für erneute Scharmützel offen. Gleichzeitig fliegt die rußländische Luftwaffe Angriffe auf Tschetschenien, dem von Moskauer Seite eine substantielle Krisenpolitik verweigert wird. Für den Präsidenten und seine 'Familie' bringen die Bombenanschläge in Rußland schließlich ein verführerisches wenn auch zur Zeit noch tabuisiertes Instrument für den eigenen Machterhalt, den Ausnahmezustand, der es dem Präsidenten zunächst erlauben würde, die für Dezember anstehenden Duma-Wahlen in Frage zu stellen und das Land weiter per Dekret zu regieren.

Unter diesen Umständen mag vielleicht unklar bleiben, wer tatsächlich hinter den Terroranschlägen in den russischen Städten steckt. Daß vor allem die sich befehdenden politischen Clans in Moskau in der Lage sind, den größten Profit daraus zu ziehen und für die eigene Positionierung in ihrem Machtkampf auszunutzen, wird hingegen um so deutlicher.

¹ Moskovskij komsomolec, 14.9.1999

Manfred Sapper

Der kaukasische Teufelskreis

Amnesie und Agonie der Moskauer Macht¹

Am 19. Dezember sind Wahlen in Rußland. Und wieder rollen die Panzer. Die Mobilisierung der Wähler mit Kettenfahrzeugen scheint zur Besonderheit der *démocratie à la russe* zu werden. Das war vor den ersten Duma-Wahlen 1993 so, als Boris El'cin das „Weiße Haus“ an der Moskwa sturmreif schießen ließ. Das war 1994/95 so, als die abtrünnigen Tschetschenen zum ersten Mal gewaltsam diszipliniert werden sollten. 1996 vor den Präsidentschaftswahlen war es dagegen opportun, sie zurückrollen zu lassen, denn das Wahlvolk war des Krieges überdrüssig. Die Rechnung ging auf, der Waffenstillstand sicherte El'cins Wiederwahl. Nun bewegen sich die Panzer seit über zwei Monaten wieder im Nordkaukasus. Aller Zensur zum Trotz herrscht Krieg. Es gibt kämpfende Parteien, Gefechte, hunderttausende Flüchtlinge und Tote auf beiden Seiten, in ihrer Mehrzahl Zivilisten - so wie es üblich geworden ist in den Kriegen der Moderne. Nach den Überfällen in Dagestan im Sommer unter dem Kommando des tschetschenischen Kriegsherrn Šamil Basaev sowie Bombenanschlägen auf Wohnhäuser in drei russischen Städten, die - ohne daß dafür auch nur der geringste Beweis vorgelegt wurde - mit Tschetschenen in Verbindung gebracht wurden, lautet der Befehl an die Truppen: „Die Terroristen sind zu vernichten“, und die „verfassungsmäßige Ordnung ist wiederherzustellen“. Offiziell ist darunter zu verstehen, die einseitig proklamierte Unabhängigkeit Tschetscheniens aufzuheben, den Bestand der Rußländischen Föderation zu sichern und die Lage im Kaukasus zu stabilisieren, um, kurz gesagt, Sicherheit und Ordnung zu schaffen.

Sehnsucht nach dem Ausnahmezustand?

Seither ist aus Rußland Erstaunliches zu vernehmen. Anders als vor vier Jahren steht nun allen Umfragen nach die Bevölkerung hinter dem Krieg. Die Bombenattentate haben Wirkung gezeigt. Die Logik hinter der Zustimmung mag etwa so klingen: Wenn man selbst in vergessenen Provinzstädten wie Volgodonsk nicht mehr seines Lebens sicher sein kann, hat die russische Dauerkrise eine neue Qualität. Dann ist es kein fremder Krieg mehr irgendwo im fernen Kaukasus oder weiten Mittelasien. In der Massenwahrnehmung der Russen ist der Krieg damit zum ersten Mal seit 1941 zurückgekehrt auf „echten“ russischen Boden. Also muß gehandelt werden.

Zu Beginn des Waffengangs Ende September sprachen sich Zweidrittel der Bewohner Rußlands für Bombardements in Tschetschenien aus, 45 Prozent gar für die Einführung des Ausnahmezustands in Moskau, wenn dies der Verhinderung von Anschlägen diene.² Der Vorzeigeliberale und Lieblingspartner des Westens, Anatolij Ėubajs, glaubte jüngst im Nordkaukasus „die Wiedergeburt der rußländischen Armee“ zu beobachten. Wer dies nicht sehe, meinte er mit Blick auf den Demokraten Grigorij Javlinskij, der vorsichtige Kritik am Feldzug geäußert hatte, sei ein „Verräter“ und habe das Recht verwirkt, „als rußländischer Politiker zu gelten“. ³ Ėubajs gelang mit dieser Wortwahl ein Kunststück. Als einer der meistgehaßten Politiker, dem die Kommunisten wegen seiner Privatisierungspolitik die Erniedrigung und den Ausverkauf Rußlands an den Westen vorgeworfen hatten, erhielt er nun den Beifall die-

¹ Der Beitrag erschien zuerst in der „Frankfurter Rundschau“ am 27.11.1999. Für die vorliegende Veröffentlichung wurde er geringfügig überarbeitet und aktualisiert.

² Bombit', vydvorjat', arstovyvat!, in: Izvestija, 28.9.1999

³ Citata dnja, in: Izvestija, 13.11.1999

ser Kreise und nahezu des gesamten politischen Spektrums Rußlands. Deutlicher läßt sich nicht ausdrücken, welche Kreise der national-patriotische Konsens mittlerweile umfaßt.

Machtkonsolidierung durch Krieg

Auf den Wellen des Krieges reitend ist Premierminister Vladimir Putin, der sein Amt zeitgleich mit den Kämpfen in Dagestan antrat, zum populärsten Politiker geworden. Wären am morgigen Sonntag Wahlen, würden 42 bis 45 Prozent der Wähler den zum „eisernen Putin“ mutierten Premierminister zum Präsidenten wählen, den KP-Chef Gennadij Zjuganov nicht mal die Hälfte.¹ Vor allem ist es Putin im seit Wochen an Schärfe zunehmenden innenpolitischen Machtkampf gelungen, den bis Kriegsbeginn als aussichtsreichsten Präsidentschaftskandidaten geltenden ehemaligen Premierminister Evgenij Primakov von 24 Prozent auf nur noch etwa zehn Prozent zu drücken. Putin ist zur Projektionsfläche der Sehnsucht nach Sicherheit und Ordnung geworden, die den Menschen des größten Territorialstaates der Welt durch Zusammenbruch und die gescheiterten Wirtschaftsreformen abhanden gekommen sind. Der Krieg im Kaukasus ist für Politik und Militär in Moskau funktional, so zynisch dies angesichts der Opfer im Kaukasus auch sein mag. Mit Hilfe des Krieges gelingt es zum ersten Mal seit dem Ende der UdSSR, die Russen zu mobilisieren und zu integrieren, was die diskreditierten Ideologien Kommunismus und Liberalismus nicht mehr leisten können. Er befriedigt die Interessen der herrschenden Elite. Putin & Co. eröffnet er die Chance, ihre Macht zu konsolidieren, und dem aufgrund seines Siechtums bereits als „Körper“ verspotteten El'cin & Co. böte nur Putins Sieg politischen Schutz vor einer drohenden Anklage wegen Korruption oder Amtsmissbrauch, was seine politischen Gegner bereits angekündigt haben. Der Generalität bietet der Krieg die Chance zur Revanche. Mit einer an Weimar erinnernden Dolchstoßlegende, von den Politikern in Moskau um den Sieg im ersten Tschetschenienkrieg gebracht worden zu sein, haben Generalstabschef Anatolij Kvasnin und General Vladimir Šamonov ihre persönliche Schuld am damaligen militärischen Debakel zu verschleiern versucht. Es ist der Generalstabschef persönlich, der die Verantwortung für den Tod einer ganzen Brigade im Januar 1995 in den Straßen Groznyjs trägt. Schließlich scheint der Krieg wie kein zweites Ereignis der letzten Jahre das politische Spektrum Moskaus geeint zu haben.

Die Amnesie der Elite

Doch dieser Befund ist nur eine Momentaufnahme. Bereits nach den Wahlen wird er nicht mehr gültig sein. Zu schnell verschieben sich unter den Bedingungen des drohenden Staatsbankrotts, fehlender funktionierender Institutionen und formalisierter Entscheidungsprozesse die Positionen und Machtbalancen in den Netzwerken der Politik. Den Schein des Augenblicks für die Wahrheit zu halten, hieße dem gleichen Trugbild und denselben Fehlern zu erliegen wie Rußlands Elite. Zivilisten und Uniformierten im und um den Kreml ist das historische Gedächtnis abhanden gekommen. Das bevorstehende Jahresende mag Anlaß zu einem Blick zurück nach vorn sein, um die Erinnerungen aufzufrischen. Im Dezember 1999 jährt sich der sowjetische Einmarsch in Afghanistan zum zwanzigsten Mal. Die Folgen dieser im Geheimen gefällten Entscheidung sind bekannt. Statt das „sozialistische Weltsystem“ zu stabilisieren, leitete sie dessen Zerfall ein. Die Intervention isolierte die UdSSR weltweit und verschärfte im eigenen Land die Krise von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, die letztlich

¹ Die Ergebnisse stammen aus der repräsentativen Erhebung der beiden Moskauer Institute VCIOM vom 15./16.11.1999 sowie des „Fond Obščestvennoe mnenie“ vom 20./21.11.1999. Vgl. <http://www.wciom.ru> sowie <http://www.fom.ru/week/nd-03.htm>. Siehe dazu auch Železnyj Putin, in: Izvestija, 13.11.1999

zur Auflösung der UdSSR führte. Trotz militärischer Überlegenheit zu Boden und in der Luft konnte die „ruhmreiche Sowjetarmee“ den Krieg gegen die afghanische Guerilla nie gewinnen. Bis heute steht die Region in Flammen. Sie haben auf Tadschikistan übergegriffen, wo russische Truppen deshalb noch immer stationiert sind. Der Krieg produzierte zehntausende körperlich deformierter und psychisch traumatisierter Veteranen, die eine desintegrierende Gesellschaft nicht aufnehmen konnte. Sie bilden seitdem ein Reservoir von „Krisencharakteren“, aus dem sich die Söldner aller Bürgerkriege der Ex-UdSSR und auf dem Balkan rekrutieren.¹

Trotz des gravierenden Unterschieds, daß der Krieg in Tschetschenien völkerrechtlich im eigenen Land stattfindet, liegen die Parallelen von der Entscheidungsfindung bis zu den Folgen auf der Hand. Dem Beschluß zum zweiten Tschetschenienkrieg lag die kurzfristige Kompatibilität der Interessen von Präsident, Premier und Generalität zugrunde. Mit jedem Tag, den der Krieg länger andauert, kippt der scheinbare Nutzen des Krieges um und wird der strukturelle Schaden deutlicher. Den Faktor Zeit haben die Verantwortlichen nicht berechnet. Mit jedem Tag ziehen sich die Schlingen der kaukasischen Teufelskreise enger zusammen und nehmen die politische Elite und die rußländische Gesellschaft gleichermaßen gefangen.

Die Teufelskreise

Ein erfolgreicher Krieg bei möglichst geringen eigenen Verlusten ist die Voraussetzung, um Putins Bild als „starker Mann“ zu erhalten und so das politische Kalkül aufgehen zu lassen. Damit steht und fällt die Schwächung der politischen Konkurrenten Primakov und des Moskauer Bürgermeisters Jurij Lužkov mit ihrem Wahlbündnis „Vaterland-Ganz Rußland“. Je länger aber der Krieg dauert, desto stärker verblaßt Putins „Law and Order“-Image. Die Alternative wäre die Perpetuierung einer Politik der „eisernen Faust“ in Tschetschenien bis zu den Präsidentschaftswahlen im Juni. Algerien, Vietnam, Afghanistan, Libanon zeigen, daß sich Kriege gegen Guerilla über Monate nicht ohne schwere eigene Verluste führen lassen. Nicht der Einmarsch ist militärisch das Problem, sondern die Kontrolle des Territoriums. Je länger Rußlands verschiedene Truppenverbände des Verteidigungs- und Innenministeriums das Gebiet im Nordkaukasus besetzt halten, desto anfälliger werden sie, desto höher werden die eigenen Verluste.² Doch je mehr Zinksärge aus dem formal nicht erklärten Krieg zurückkehren, desto stärker bröckelt die Mobilisierung der Gesellschaft in Rußland und damit wiederum die Zustimmung der Bevölkerung zur autoritären Machtpolitik. Mehr noch: Indem die rußländischen Truppen die Eigendynamik des Krieges angeheizt haben, indem sie zuerst um Tschetschenien einen *cordon sanitaire* zogen, um ihn kurz darauf wieder aufzuheben und einzumarschieren, ohne auch nur den Hauch eines politischen Ziels für die Zukunft Tschetschenien zu kennen, haben sie auf Jahrzehnte eine ganze Bevölkerung gegen sich aufgebracht und sind dabei, den gesamten Kaukasus zusätzlich zu destabilisieren. Der Treppenwitz der Geschichte ist jedoch, daß das Militär auf diese Art Warlords vom Schlage Šamil Basaevs, Salman Raduevs und Emir Chattab, gegen die sich die Militäroperation richten soll, unter allen Tschetschenen und im Ausland wieder hoffähig gemacht hat. Dabei haben diese Herren, wie wir sie von Afganistan über Liberia bis zum ehemaligen Zaire kennen, die aus Staatszerfall, Anomie und Krieg Profite ziehen und dabei auch die eigene Bevölkerung terrorisieren,

¹ Zu den unmittelbaren und mittelbaren Folgen des sowjetischen Krieges in Afghanistan vgl. Manfred Sapper, Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft. Eine Studie zum Legitimitätsverlust des Militärischen in der Perestrojka, Münster 1994

² Die militärischen Implikationen dieses Dilemmas diskutiert der ehemalige Präsidentenberater Emil' Pain: Putin ne pobedit v Èeèene. No mož et pobedit' v Rossii, in: Vremja MN, 15.11.1999

alles verdient nur keine internationale Reputation oder Stilisierung zu Sozialrebellen der Moderne.

Je länger der Krieg dauert, desto stärker lenkt er die Moskauer Machtelite von den eigentlichen Herausforderungen ab, vor denen Rußland steht. Es ist die Abwendung des Staatsbankrotts, der durch die Kosten des Krieges sowie die eventuell ausbleibenden westlichen Kredite immer wahrscheinlicher wird. Es ist Reform der föderalen Struktur des Landes und der Verfassung für die Zeit nach El'cin. Und es ist der Versuch, auch im Nordkaukasus zu einer politischen Regelung zurückzukehren. Das mag momentan so hoffnungslos wie nie erscheinen. Doch die Zwänge der Teufelskreise, welche die scheinbare Macht der Elite in Ohnmacht verwandeln, lassen sich auf Dauer nicht ignorieren. Die Agonie des Systems El'cin ist akut, auf die eine oder die andere Weise wird sie in den kommenden sechs Monaten überwunden. Rußlands Eliten und die Bevölkerung in den anstehenden Wahlen haben es in der Hand, die Weichen zu stellen, wie ihr Land ins neue Jahrtausend geht: als Nachzügler der säkularen Transformation nach dem Ende des Ost-West-Konflikts oder als Transformationsverlierer.

Claudia Wagner

Da capo al fine?

Moskaus Kaukasuspolitik zwischen Konzeptlosigkeit und Krieg¹

Das Szenario mutet gespenstisch an: Zum zweiten Mal rücken rußländische Soldaten auf tschetschenischem Territorium vor, wieder schließt sich ein Belagerungsring um Groznyj, die Zivilisten werden, wie im August 1996, aufgefordert, die Stadt unverzüglich zu verlassen, bevor sie von der rußländischen Armee dem Boden gleich gemacht wird.

Gerade weil es naheliegt, eine Wiederholung der Geschichte in den Ereignissen zu sehen, lohnt es, einen Rückblick auf das Jahr 1994 zu werfen, um nach Unterschieden und Parallelen des ersten und des zweiten Tschetschenienkriegs zu fragen. Wie unterscheiden sich Anlaß und Ausgangssituation des Angriffs? Welche Ziele kann man hinter der rußländischen Militärintervention vermuten? Unterscheiden sich die Reaktionen der öffentlichen Meinung in Rußland 1994 und 1999?

Die kriegsauslösende Situation

Ähnlich wie 1999 hatte sich der rußländisch-tschetschenische Konflikt 1994 über Monate hinweg zugespitzt. Gegenstand war damals der Status Tschetscheniens. Der damalige Präsident Tschetscheniens Džochar Dudaev hatte 1991 die Unabhängigkeit der Republik Tschetschenien von der damaligen Sowjetrepublik Rußland erklärt. Auf der territorialen Integrität Rußlands beharrend, hatte Rußlands Präsident Boris El'cin weder die Wahl Dudaevs zum Präsidenten als legitim anerkannt, noch die Unabhängigkeitserklärung Tschetscheniens akzeptiert. Dennoch unternahm die Moskauer Zentralgewalt jahrelang nichts, um den Aufbau eigener staatlicher Strukturen in Tschetschenien zu verhindern.

Versuche, den Konflikt in Verhandlungen zwischen Vertretern beider Seiten zu lösen, scheiterten immer wieder an der fehlenden personellen Kontinuität und dem fehlenden Konzept einer Lösung. Zu einem Treffen auf höchster Ebene, zwischen Dudaev und El'cin kam es nie. Der Konflikt eskalierte schließlich durch die Beteiligung rußländischer Söldner an dem mißlungenen Versuch der tschetschenischen Opposition, Groznyj zu stürmen und den tschetschenischen Präsidenten Dudaev zu stürzen. Am 29. November 1994 drohte El'cin Dudaev mit einer militärischen Intervention. Der Plan einer militärischen Lösung des Konflikts war jedoch schon viel früher in Moskau erarbeitet worden. Letzte, offensichtlich vorgeschobene Verhandlungsversuche zwischen Verteidigungsminister Pavel Graëv und Dudaev blieben ergebnislos. Am 11.12.1994 marschierten die in Dagestan, Nordossetien und Inguschetien bereitstehenden rußländischen Truppen in Tschetschenien ein. Was als „kurze erfolgreiche Militäraktion“ geplant war, endete schließlich in einem eineinhalb-jährigen, grausamen Krieg, der etwa 80.000 Todesopfer forderte.

Der Krieg konnte 1996 mit einem Waffenstillstand beendet werden, der Status der Republik Tschetschenien blieb aber nach wie vor ungeklärt. Moskau erkennt die Unabhängigkeit der Republik nicht an, hat sich aber faktisch mit der Situation arrangiert und auch den 1997 gewählten Präsidenten Tschetscheniens, Aslan Maschadov, als legitim anerkannt.

Ein kontinuierlicher und konzeptgeleiteter Dialog über den zukünftigen Status Tschetscheniens fand zwischen 1996 und 1999 nie statt. So blieb das zentrale Problem des Konflikts un-

¹ Dieser Artikel erschien zunächst in der Zeitschrift "Kommune" 11/1999, S. 37-39. Für die vorliegende Veröffentlichung wurde er geringfügig überarbeitet.

gelöst, während die Erosion der Staatsgewalt in Tschetschenien und zunehmende gewaltsame Übergriffe tschetschenischer Gruppierungen auf rußländische Grenzposten in Inguschetien und Dagestan die Beziehungen zwischen Moskau und Groznyj belasteten. In dieser Ausgangslage gab es in Moskau keinen relevanten Akteur, der den politischen Willen besessen hätte, einer Eskalationsdynamik, wie sie sich seit dem Frühjahr 1999 anbahnte, deeskalierende Schritte entgegenzusetzen.

Den inzwischen seit dem 23. September 1999 andauernden Angriffen auf tschetschenische Städte und Dörfer gingen zwei voneinander zu trennende Ereignisse voraus: Erstens drang am 2. August drang eine Gruppe von etwa 1.200 bewaffneten Kämpfern unter der Führung Šamil' Basaevs, einem der Wortführer der tschetschenischen Opposition, nach Dagestan ein. Ziel der Warlords Basaev und Emir Chattab war es, einen vereinigten tschetschenisch-dagestanischen islamischen Staat auszurufen. Die Angreifer wurden jedoch von rußländischen Truppen zurückgeschlagen. Vom 30. August 1999 bis 15. September 1999 griffen tschetschenische Kämpfer erneut Dagestan an, mußten sich jedoch erneut zurückziehen.

Das zweite Ereignis ist die Serie von Terroranschlägen auf Wohnhäuser in Moskau, Buinaksk und Volgodonsk, die mehr als 300 Todesopfer forderte. Obwohl bis heute unklar ist, wer die Anschläge verübt hat, machten Moskaus Bürgermeister Jurij Lužkov und Premierminister Vladimir Putin Tschetschenen für die Terroranschläge verantwortlich.

Bereits nach den ersten Kämpfen in Dagestan bombardierten rußländische Flugzeuge zum ersten Mal seit 1996 wieder tschetschenisches Territorium an der Grenze zu Dagestan, mit der Begründung, die Basislager der Terroristen zerstören zu wollen. Nach den Anschlägen auf die Wohnhäuser weitete die rußländische Armee die Angriffe auf tschetschenisches Gebiet aus und Bodentruppen rückten ein.

Während es sich 1994 um einen Angriff der rußländischen Streitkräfte auf die Truppen, die unter Dudaevs Kommando standen, handelte, ist der Gegner Moskaus 1999 diffuserer Natur: Der Übergriff der tschetschenischen Kämpfer auf dagestanischen Boden hat eine Reaktion Moskaus zunächst provoziert. Der erklärte „Feind“ in Dagestan war jedoch nicht die tschetschenische Regierung, sondern einzelne, von Maschadov nicht kontrollierte Kämpfergruppen. Die Anschläge auf die vier Wohnhäuser führten zur weiteren Eskalation, ohne daß eine Verbindung zwischen ihnen und den Ereignissen in Dagestan nachzuweisen wäre. Terroristen und einzelnen Warlords ist jedoch nicht durch Flächenbombardements ziviler Ziele beizukommen. Das dürfte auch der rußländischen Militärführung klar sein.

Im Rückblick scheinen die Ereignisse ein für die Moskauer Elite willkommener Anlaß gewesen zu sein, einen zweiten Tschetschenienkrieg vom Zaun zu brechen. Die rußländische Armee bombardiert nicht Bombenleger, sondern Zivilisten. Daß die rußländische Regierung der Regierung Maschadov nachträglich die Legitimität aberkannt hat, weist zusätzlich darauf hin, daß es Moskau nicht um die Bekämpfung von Terroristen geht. Die Abwesenheit einer rationalen Reaktion der Moskauer Elite auf die Ereignisse in Dagestan und Moskau wirft die Frage auf, welche Motive sowohl 1994 als auch 1999 eine „militärische Lösung“ bedingten.

Die innenpolitische Situation in Rußland

1994 hatte sich die Präsidentschaft El'zins nach dessen Machtkampf mit dem Obersten Sowjet 1993 politisch vorerst konsolidiert: 1992 war ein Föderationsvertrag zwischen Moskau und allen Teilrepubliken mit Ausnahme Tatarstans und Tschetscheniens abgeschlossen worden, so daß eine Bedrohung der territorialen Integrität der Rußländischen Föderation zunächst gebannt schien. Bei den Parlamentswahlen 1993 hatten nationalpatriotische und kommunistische Parteien die Mehrheit der Dumasitze gewonnen. In der innen- wie außenpolitischen Rhetorik war eine stärkere Betonung von Sicherheit und Ordnung zu verfolgen. Laut Umfragen war der Wunsch der Bevölkerung nach einer „starken Führung“ lauter geworden.

Ein „entschlossenes Durchgreifen“ in Tschetschenien schien eine Möglichkeit, dem Image der „starken Führung“ näherzukommen. Zudem gab es einige Akteure aus der näheren Umgebung El'cins (v.a. innerhalb des damals einflußreichen Sicherheitsrats), denen aus unterschiedlichen Motiven ein persönliches Interesse an einem „kurzen siegreichen Krieg“ zu unterstellen war.

Im Dezember 1999 stehen in Rußland Parlamentswahlen an, im Sommer 2000 soll ein neuer Präsident gewählt werden. Zwar geht es diesmal nicht um eine Wiederwahl El'cins, sehr wohl aber um die Wahl eines El'cin wohlgesonnenen Nachfolgers. Wird ein El'cin nicht loyaler Kandidat gewählt, ist El'cin auch vor einer Anklage etwa wegen persönlicher Bereicherung während seiner Amtszeit nicht sicher. Auf dem Hintergrund dieser Situation entließ El'cin im August 1999 Premier Sergej Stepašin, der zu selbständig zu werden drohte und Ambitionen zeigte, sich auf das Präsidentenamt zu bewerben. Sein Nachfolger Vladimir Putin trat in dem Moment sein Amt an, als die Kämpfe in Dagestan in vollem Gange waren. Er hat ein Interesse an einem militärischen Erfolg: Seit den Bombenanschlägen und Putins darauffolgenden Äußerungen über die Notwendigkeit, „die tschetschenischen Banditen zu vernichten“, ist dessen Popularität kontinuierlich gestiegen. Das Kalkül, durch das harte Durchgreifen die eigenen Chancen, Nachfolger El'cins zu werden, zu verbessern, scheint im Moment aufzugehen. Auch Moskaus Bürgermeister Luž kov hat durch die Ausweisung Tausender Bürger „kaukasischer Nationalität“ eine anti-tschetschenische Hysterie unter der Moskauer Bevölkerung geschürt. Er gilt als einer der aussichtsreichen Kandidaten für das Präsidentenamt. Über die Rolle des Finanzmagnaten Boris Berezovskij, der einer der wichtigsten Stützen El'cins ist, bei der Provokation der Kämpfe in Dagestan, wird in Moskau heftig spekuliert. Es ist anzunehmen, daß noch andere einflußreiche Figuren in und um den Kreml tief in die tschetschenische Schattenwirtschaft und den aktuellen Konflikt verstrickt sind.

Sowohl 1994 als auch 1999 haben ganz offensichtlich innenpolitisches Kalkül bzw. die Machtkämpfe im Kreml die Entscheidung, gegen die „abtrünnige Republik“ Tschetschenien militärisch vorzugehen, mitbestimmt, ja dominiert. Ein Ziel ist dabei offensichtlich, von internen Moskauer Skandalen, wie z.B. den gegenwärtigen Korruptionsvorwürfen gegen El'cin, abzulenken, ein anderes, das eigene Ansehen bei der Bevölkerung durch ein hartes Durchgreifen in Tschetschenien zu steigern. Es ist kein Zufall, daß relevante Wendepunkte in Moskaus „Tschetschenienpolitik“ immer wieder zeitlich mit Wahlen in Rußland zusammenfallen: Im Mai 1996 mußte eilig ein Waffenstillstand geschlossen werden, um El'cins Wiederwahl zu ermöglichen, 1999 scheint die Moskauer Elite wieder auf Gewalt zur Imageverbesserung zu setzen. Eine langfristige und konstruktive Verhandlungspolitik zwischen Moskau und Groznyj, die 1997 in Ansätzen zu erkennen war, hat gegen diesen dominanten Mechanismus keine Chance. Zumal dann nicht, wenn ein weiteres Ziel Moskauer Politik offenbar geblieben ist, Tschetschenien wieder unter Moskauer Kontrolle zu stellen, koste dies auch einen zweiten Krieg. Opfer dieser Politik ist Tschetscheniens Zivilbevölkerung, deren Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden nun zum zweiten Mal unter Bomben erstickt wird.

Die öffentliche Meinung

1994 ging das Kalkül der Moskauer Machthaber nicht auf. Die erwartete Zustimmung zum Krieg blieb unter der Bevölkerung wie auch in den Medien aus. Schon kurz nach Beginn des Krieges wurde offensichtlich, daß es sich nicht um eine begrenzte Militäroperation handeln würde, sondern um ein langwieriges und schlecht vorbereitetes militärisches Abenteuer, in das sich die politische Führung gestürzt hatte. Unter den politischen Parteien stützte nur die rechtsextreme LDPR Žirinovskijs den Kriegskurs der Regierung. Die meisten Tageszeitungen berichteten kritisch und ungeschminkt über die Kriegsführung der rußländischen Armee, die auf Verluste in der Zivilbevölkerung wie in den eigenen Reihen keine Rücksicht nahm. In den

ersten Monaten des Krieges gab es in den größeren Städten Rußlands regelmäßig Demonstrationen gegen den Krieg.

Die aktuelle Situation unterscheidet sich wesentlich von der damaligen: Bisher stützen beinahe alle Parteien und Politiker Rußlands den Angriff auf Tschetschenien. Dies ist sicherlich auf die Erschütterung der Moskauer Bürger durch die Explosion der Moskauer Häuser zurückzuführen. Die Kampagne des Moskauer Bürgermeisters Lužkov hat ein übriges zu einer pogromartigen Stimmung gegenüber den Tschetschenen beigetragen.

Die Akzeptanz eines Krieges gegen Tschetschenien hängt auch von der Art der Kriegführung und ihrer Darstellung ab. Im Moment zeigt das rußländische Fernsehen vor allem „Präzisionsschläge“, die an den Krieg der NATO gegen Jugoslawien erinnern. Die Militärführung hat gelernt, daß ein Krieg der Bevölkerung vor allem dann zu vermitteln ist, wenn die Verluste in den eigenen Reihen gering sind. Es gibt weit weniger Vor-Ort-Reportagen in Zeitungen als 1994, da Korrespondenten wegen der Entführungsgefahr Groznyj meiden. Sogar der liberale Politiker Grigorij Javlinskij, der 1994-1996 einer der konsequentesten Kriegsgegner war, stützte die Militäraktion in der Anfangsphase, bis er sich im November 1999 zunächst vorsichtig für eine politische Lösung einsetzte und dafür in der rußländischen Öffentlichkeit heftig angegriffen wurde.

Ob die Stimmung in Rußland noch einmal kippt, ist noch nicht abzusehen. Widerstand gegen den Krieg ist allenfalls zu erwarten, wenn die Kosten für den Krieg steigen: sei es in Form von materiellen Kosten oder von Blutzoll. Legt man die Erfahrung von 1996 zugrunde, so ist davon auszugehen, daß nur ein verlustreicher und langwieriger Krieg noch einmal nennenswerten Widerstand unter Rußlands Bürgern wecken wird. Sicher ist jedoch, daß die öffentliche Meinung kurz vor den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 ein Faktor sein wird, der über die Frage von Krieg und Frieden im Nordkaukasus mitentscheidet.

Bei allen beobachtbaren Unterschieden im Vergleich des 1996 beendeten und dem zweiten Tschetschenienkrieg, beherrschen Parallelen auf erschreckende Weise das Bild. Weder 1994 noch 1999 hatte bzw. hat Moskau ein Konzept konstruktiver Nordkaukasuspolitik zu bieten. Die Wahrscheinlichkeit, daß die rußländisch-tschetschenischen Beziehungen nach dem Waffenstillstandsabkommen von 1996 und dem 1997 geschlossenen Friedensvertrag erneut eskalieren würden, war deshalb hoch. Sowohl 1994 als auch 1999 waren und sind die Kräfte, die glauben, von einer gewaltsamen, für Rußland „siegreichen“ Lösung des Konflikts profitieren zu können, stärker als die Kräfte, die ein existentielles Interesse an einer friedlichen Konfliktregulierung haben. Dies führte dazu, daß anstelle eines langfristigen Dialogs über den ursprünglichen Konflikt - den über den Status Tschetscheniens - innenpolitische Konstellationen und unkontrollierbare Ereignisse (wie die Provokation durch Basaevs Kämpfer in Dagestan) die tschetschenisch-rußländischen Beziehungen lenkten. Die Tatsache, daß durch die Wahlen in Rußland die politischen Akteure noch stärker auf die Förderung ihrer (Wahlkampf-)Interessen bedacht sein werden und ein Blick auf die gegenwärtig vorherrschende öffentliche Meinung läßt die Perspektiven eines Friedens für Tschetschenien in naher Zukunft düster erscheinen.

Franz Preißler

Krieg als Machterhaltungsstrategie

Was in den letzten Monaten in Rußland passierte, war ein Wasserfall auf die Mühlen des Kreml. Ein Kleinkrieg in Dagestan, Bombenanschläge auf Wohnblocks in Moskau und anderen Städten, Krieg gegen Tschetschenien und schließlich ein El'cin genehmer Nachfolgekandidat für das Präsidentenamt, der sich exorbitanter Zustimmungsraten erfreut - alles Zufall?

Hinter den Ereignissen steht eine auf Manipulation beruhende Machterhaltungsstrategie des Kreml. Sie besteht darin, Angehörigen einer ethnischen Minderheit die Schuld an Terroranschlägen zuzuschreiben, zwischen diesen Anschlägen und der Führung Tschetscheniens eine Linie zu ziehen, um vor diesem Hintergrund die militärischen Aktionen gegen die Republik im Nordkaukasus – trotz mehrfach bekundeter Verhandlungsbereitschaft der Führung in Groznyj – zu einem umfassenden Krieg auszuweiten. Dessen Funktion besteht wiederum darin, Regierungschef Vladimir Putin, dem Wunschkandidaten des Kreml für die Nachfolge im Präsidentenamt, eine Chance zur Profilierung zu geben, die Gegenelite in Moskau zu schwächen und so die Weichen für einen Wahlsieg Putins im Juni 2000 zu stellen.

Die El'cin-Führung im Jahr 1999

1999 kam der Kreml nicht aus den Schlagzeilen heraus. „Jelzins Bande ist korrupt“ – so titelte „Die Zeit“. Zum ersten Mal ermittelte der Generalstaatsanwalt Rußlands in Sachen Bestechlichkeit gegen Angehörige des Präsidenten und der Präsidialadministration, ja schließlich gegen den Präsidenten selbst. Im Spätsommer beherrschte ein internationaler Geldwäscheskandal die Schlagzeilen der Zeitungen in Rußland und im Westen.

Für den Fall eines Elitenwechsels müssen El'cin und seine Umgebung davon ausgehen, daß sie nicht nur ihren bisherigen Status und den Zugriff auf eine Vielzahl von Ressourcen verlieren werden. Angehörigen der „Familie“ sowie vielen Kremlbeamten droht eine strafrechtliche Verfolgung. El'cin selbst dürfte an politischen Sicherheiten auch deshalb interessiert sein, da ihm im Amtsenthebungsverfahren im Frühjahr 1999 die Beteiligung an der Auflösung der UdSSR, der Beschluß des Parlaments 1993 sowie die Auslösung des Tschetschenienkrieges 1994 vorgeworfen wurde. Auch dürfte für eine wirklich neue Mannschaft im Kreml die Versuchung groß sein, die bisherige Führungsriege als Sündenbock für die Problemlast des Landes zu benutzen.

Als aussichtsreichster Präsidentschaftskandidat galt lange Zeit der Moskauer Oberbürgermeister Jurij Lužkov, der 1999 das Wahlbündnis „Vaterland-Ganz Rußland“ schuf, für das er auch den populären Ex-Regierungschef Evgenij Primakov gewann. Vor diesem Hintergrund zeichnete sich klar ab, daß der politische Hauptgegner bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 nicht die Kommunisten sein würden. Die Wahlkampfstrategie von 1996, die darin bestand, den Gegner als Gefahr für die Reformen und die Freiheit darzustellen und auf diese Weise einen mobilisierenden Effekt zu erzielen, kam deshalb nicht in Frage. In dieser Situation entschied sich der Kreml für eine Doppelstrategie. Sie bestand und besteht zum einen darin, die Lužkov-Primakov-Gruppierung mit allen zu Verfügung stehenden institutionellen, finanziellen und propagandistischen Mitteln zu bekämpfen. Dementsprechend führen sowohl die von der Exekutive als auch der Berezovskij-Gruppe kontrollierten Medien seit Monaten einen an Schärfe zunehmenden „Informationskrieg“ gegen die Führungsfiguren von „Vaterland-Ganz Rußland“. Trotzdem schien dies und die Gründung einer eigenen politischen Bewegung für die Parlamentswahlen nicht auszureichen, um den Ansturm der Gegenelite auf den Kreml abzuwehren. Notwendig war ein gesamtnational integrierendes Ereignis. Die herr-

schende Elite fand es im Tschetschenienkrieg, im Kampf gegen den Rußland und die Russen angeblich bedrohenden tschetschenischen Terrorismus.

Machteliten, Machterhalt und Ethnonationalismus

Damit griff der Kreml auf eine für gefährdete Eliten rationale Strategie zurück. Für sie geht es darum, den Schwerpunkt der politischen Diskussion von für sie gefährlichen Themen wie Amtsmißbrauch oder politisches Versagen auf solche zu verlagern, mit denen an das Interesse der Mehrheit appelliert werden kann. Mehrheitsfähig sind unter anderem die Themen, welche die ethnisch dominante Gruppe einer politischen Einheit betreffen. Am stärksten betreffen diese wiederum tatsächliche oder angebliche Bedrohungen. Für gefährdete Eliten besteht dementsprechend ein Ausweg darin, die Existenz solcher Bedrohungen zu behaupten, eine ethnische Minderheit zu aggressivem Verhalten zu provozieren oder ihr gar die Schuld für nicht begangene Aggressionen zuzuschieben. Durch den Aufbau eines solchen Feindbildes können herrschende Eliten die politische Aufmerksamkeit auf die angebliche Gefahr von außen lenken. Die (Sicherheits-)Interessen der ethnisch definierten Mehrheit erlangen Vorrang vor allen Partikular- und Individualinteressen. Damit wird es für die Gegeneliten schwierig, die Bevölkerung mit ihren „partikularen“ Themen zu mobilisieren. Die Elite, die über die Machtapparate und die staatlichen Medien verfügt, kann sich dagegen neu legitimieren, indem sie sich zum Verteidiger der Mehrheit ernannt und den „Aggressor“ erfolgreich bekämpft.¹

Die Schuldzuweisung an Tschetschenien

Welches waren nun die Schritte, mit denen die Exekutive Rußlands einen „Feind“ kreierte und das Land in einen Krieg führte? Mitte August 1999 deutete noch kaum etwas auf die kommenden Ereignisse hin. Gut eine Woche nach dem ersten Eindringen tschetschenischer Kämpfer nach Dagestan betonte der von der Staatsduma gerade als neuer Regierungschef bestätigte Vladimir Putin, daß Moskau Aslan Maschadov als legitimen Präsidenten Tschetscheniens anerkenne. Noch Ende des Monats lokalisierte die öffentliche Meinung das Problem in Dagestan, nicht in Tschetschenien. So sprachen sich bei einer Umfrage des renommierten Allrußländischen Meinungsforschungszentrums (VCIOM) 45 Prozent derjenigen, die an den bevorstehenden Wahlen teilnehmen wollten, dafür aus, die von tschetschenischem Territorium nach Dagestan eingedrungenen Kämpfer zu vernichten oder aus der Republik zu vertreiben. Demgegenüber hielten nur zehn Prozent die Zerstörung der Basislager der Kämpfer in Tschetschenien für das Zweckmäßigste. Ein ähnliches Bild ergaben die Antworten auf die Frage nach den Hauptverantwortlichen für den militärischen Konflikt in Dagestan. 26 Prozent der Befragten gaben den tschetschenischen Kämpfern die Schuld. Ein noch größerer Prozentsatz (31 Prozent) nannte den Präsidenten und die Regierung Rußlands. Demgegenüber betrachteten nur zehn Prozent die Führung Tschetscheniens als hauptverantwortlich für die Übergriffe auf Dagestan.²

Am 4. September erfolgte ein schwerer Bombenanschlag auf einen Wohnblock in Bujnaxk in Dagestan, bei dem Dutzende Menschen starben. Am Tag darauf fielen die Kämpfer Basaevs zum zweiten Mal in Westdagestan ein. Ein Kommentator des staatlichen Fernsehsenders ORT beendete am 7. September einen Bericht über ein Dorf in Tschetschenien, das die

¹ V.P. Gagnon, Ethnic Nationalism and International Conflict. The Case of Serbia, in: International Security, Vol. 19, No. 3, Winter 1994/95, 130-166

² Ocenki sobytija v Dagestane v elektoratach političeskich partii, unter: http://www.vciom.ru/HOME_R.HTM, dort unter „Oprosy avgusta 1999g.“

rußländische Luftwaffe beschossen hatte, mit den Worten, daß man „Tschetschenien so stark wie möglich bombardieren“ müsse. Der Fernsehsender NTV strahlte in den Abendnachrichten eine Videoaufzeichnung aus, auf dem tschetschenische Geiselnahmer eine Person enthaupteten und einer anderen den Daumen wegschossen.¹ Diese Bilder sollten in den folgenden Wochen oft dafür benutzt werden, um zu behaupten, daß mit der tschetschenischen Seite keine Verhandlungen möglich seien.

Die schweren Anschläge auf Wohnblocks in Moskau (9. und 13. September) und Volgodonsk (16. September) markierten dann einen politisch-psychologischen Einschnitt. Tagelang dominierten die Bilder dieser Katastrophen die Berichterstattung in den Medien. Die Skandale und Korruptionsvorwürfe gegen den Kreml, die wochenlang für Schlagzeilen gesorgt hatten, wurden an den Rand gedrängt; selbst neue Enthüllungen entfalteten keine nennenswerte Wirkung mehr. Infolge der Anschläge und des auf den Bildschirmen zu sehenden Leids der Opfer befanden sich viele Menschen tagelang in einem Schockzustand, der von einem Gefühl der Angst abgelöst wurde. So meinten bei einer nach den Anschlägen durchgeführten Umfrage des VCIOM 86 Prozent der Befragten (94 Prozent der Moskauer), sie fürchteten sich sehr bzw. in gewissem Maße, daß sie selbst oder ihre Angehörigen einem Terroranschlag zum Opfer fallen könnten. 64 Prozent der Befragten sprachen sich dafür aus, alle Tschetschenen aus Rußland nach Tschetschenien auszuweisen.² In Moskau sprachen sich Ende September 55 Prozent für die Ausweisung aller Tschetschenen aus der Stadt aus. In erster Linie setzten die Moskauer aber auf die Verschärfung der Paßkontrollen und die Ausweisung aller illegalen Einwohner (90 Prozent).³

In seinen öffentlichen Äußerungen war Regierungschef Putin bemüht, einen Zusammenhang zwischen den Anschlägen in Moskau und der Führung in Tschetschenien herzustellen. Am 14. September sagte er - ohne hierfür Beweise vorzulegen - in einer Rede vor der Staatsduma, er sei „absolut davon überzeugt“, daß es bei den Moskauer Anschlägen „eine tschetschenische Spur“ gebe, was aber kein Anlaß sei, zur Ausrottung des tschetschenischen Volkes aufzurufen. Er warf der Führung in Groznyj vor, daß sie nichts gegen den Terrorismus unternehme und schloß daraus, daß dieser der Führung dort anscheinend gelegen komme. Vor diesem Hintergrund sprach er sich dafür aus, das Abkommen von Chasavjurt aus dem Jahr 1996 zu überdenken, einen zeitlich befristeten Cordon sanitaire um Tschetschenien zu ziehen, die Kämpfer auf dem Territorium Dagestans „ganz zu vernichten“, die Auslieferung der sich auf tschetschenischem Territorium befindlichen Kämpfer zu fordern sowie eine tschetschenische Exilregierung einzusetzen.⁴ Vor allem letzteres widersprach dem 1997 von El'cin unterzeichneten Friedensvertrag mit Tschetschenien.

Die Einstellungen der Öffentlichkeit Rußlands zu Tschetschenien und der dortigen Führung waren in der zweiten Septemberhälfte widersprüchlich. Einerseits gab die Mehrheit der Bevölkerung – im Unterschied zum Regierungschef - der Führung in Tschetschenien nicht die Schuld an den Moskauer Anschlägen. So unterstellten bei einer Umfrage des VCIOM wiederum nur zehn Prozent der Befragten den offiziellen Behörden Tschetscheniens unter Maschadov ein Interesse an den Terrorakten, 76 Prozent dagegen Basaev und seinen Kämpfern bzw. Chattab und „den Wahhabiten“.⁵ 57 Prozent der Moskauer lehnten „Bombardements

¹ Smert' po zakazy, in: Novye Izvestija, 9.9.1999, S.1 f.

² http://www.wciom.ru/EDITION/ex_9_99.htm

³ http://www.wciom.ru/EDITION/ex_9_99d.htm

⁴ Putin predlagaet novyj plan èèenskij uregulirovanija, in: Nezavisimaja Gazeta, 15.9.1999

⁵ http://www.wciom.ru/EDITION/ex_9_99.htm

gegen Tschetschenien“ ab. Ein Drittel war dafür.¹ Andererseits wurde aber die Öffentlichkeit von den Äußerungen Putins und der offiziellen Darstellung, „Tschetschenien“ sei mitschuld an den Bombenanschlägen, beeinflusst – und zog die entsprechenden Schlußfolgerungen. So waren nach dem Anschlag in Volgodonk 64 Prozent der Befragten ganz bzw. in der Tendenz damit einverstanden, Tschetschenien vor die Wahl zwischen der Beendigung der Terrorakte oder massiven Luftschlägen gegen tschetschenisches Territorium zu stellen.² Die Öffentlichkeit glaubte somit einerseits weder an eine Schuld noch an ein Interesse der Führung in Groznyj an den Anschlägen. Andererseits aber übernahm sie die Darstellung des Kreml und vor allem Putins, der eine Linie zwischen den Anschlägen und der Führung in Groznyj zog. Unbeabsichtigte Schützenhilfe leistete dem Kreml hierbei auch der Moskauer Bürgermeister Lužkov, der drei Tage nach dem ersten Anschlag in Moskau die Überzeugung geäußert hatte, dieser sei das Werk von „Tschetschenien (sic), nicht Dagestanis.“³

Der Krieg als Strategie zur Machterhaltung

Die an einem Krieg interessierte Kreml-Elite mußte allerdings damit rechnen, daß sich in der Öffentlichkeit bei einem zu schnellen Übergang zum Krieg Widerstand breitmachen würde. Nicht von ungefähr rätselten Beobachter Anfang Oktober, ob das Ziel Moskaus die Blockade Tschetscheniens, die Besetzung von grenznahem Gebiet, die Schaffung einer „Sicherheitszone“ oder die Besetzung des gesamten Nordteils der Republik bis zum Fluß Terek sei. Der in der westlichen Öffentlichkeit vorherrschende Eindruck, das Militär sei im zweiten Tschetschenienkrieg der Politik vorausgeeilt – auf die von der Politik erklärte Zielsetzung folgten mehrmals darüber hinausgehende militärische Maßnahmen -, ist deshalb nur zum Teil richtig. Es handelte sich um eine gegenüber der Öffentlichkeit in Rußland (und auch im Westen) notwendige politisch-militärische „Salami-Taktik“. Der Publizist Leonid Batkin meint deshalb, Putin habe die Gesellschaft betrogen, da er anfangs einen Cordon sanitaire versprochen habe, aber ein Krieg herausgekommen sei.⁴ Ziel des Kreml war ein umfassender Krieg gegen Tschetschenien, waren militärische Erfolge – nur sie konnten und können eine hohe Zustimmung für Putin produzieren. Von einer monatelangen Blockade Tschetscheniens oder begrenzten Kampfhandlungen versprach man sich diesen Effekt nicht.

Das Volk sprang in gewisser Weise auf den fahrenden, als solchen anfangs gar nicht erkannten (Kriegs-)Zug auf. Mit zunehmendem Tempo wuchs die Begeisterung. Die Zustimmung für Putin und seine Amtsführung stieg von 31 Prozent im Monat August über 52 Prozent im September auf 65 Prozent im Oktober an, um dann im November auf 80 Prozent zu klettern.⁵ Diese Zustimmung ist vor allem dem Kriegserfolg geschuldet. So meinten Mitte Oktober 1999 nur 17 Prozent, Putin meistere erfolgreich bzw. sehr erfolgreich die wirtschaftlichen Probleme Rußlands, 59 Prozent bescheinigten ihm dies dagegen im Hinblick auf die Lösung des „tschetschenischen Problems“.⁶ Mitte November sprachen sich 69 Prozent der Befragten dafür aus, den Vormarsch der Truppen fortzusetzen; nur 23 Prozent plädierten für Verhand-

¹ http://www.wciom.ru/EDITION/ex_9_99d.htm

² http://www.wciom.ru/EDITION/ex_9_99.htm

³ RFE/RL NEWSLINE Vol. 3, No. 178, Part I, 13 September 1999

⁴ *Vozmož na li pobeda v čečenskij vojne?*, in: *Moskovskie Novosti*, 7.12.1999, zu finden auch unter: <http://www.nns.ru/press-file/dagestan/expert/dag355.html>

⁵ <http://www.wciom.ru/EDITION/press14.htm>

⁶ *Otnošenie k Putinu v elektoratach različnyh predvybornykh ob'edinenij*, unter: http://www.wciom.ru/HOME_R.HTM, dort unter „Oprosy oktjabrja 1999g.“

lungen mit der Führung Tschetscheniens.¹ Diese Einstellungen zum Krieg gründen auf den bisher vermutlich relativ geringen Opferzahlen auf der eigenen Seite sowie der verharmlosenden Darstellung der Kriegsführung in den Medien.

Innerhalb von nur zwei Monaten stieg Putin durch den Krieg aus dem Nichts zum absoluten Favoriten für das Präsidentenamt auf. Hatten noch im September nur vier Prozent Putin als ihren Wunschkandidaten für dieses Amt genannt, waren es im Oktober schon 21 Prozent. In den ersten drei Novemberwochen stieg die Zahl dann nochmals von 31 Prozent auf 46 Prozent an. Würden Präsidentschaftswahlen stattfinden, „wäre Putin heute deshalb ein Sieg über jeden Konkurrenten garantiert“ – so das VCIOM Ende November 1999.² Dieses politische Kapital erwirtschaftete Putin in erster Linie auf Kosten Luž kova. Während Mitte November 1999 44 Prozent der Befragten angaben, ihr Vertrauen in Putin sei in der letzten Zeit gestiegen, hatte das Vertrauen in Luž kov bei einem Drittel, das zu Primakov bei 15 Prozent abgenommen.³ Insgesamt ist damit die mit dem Tschetschenienkrieg eingeschlagene Strategie des Kreml zunächst aufgegangen: Die Gegenelite in Gestalt des Luž kov-Primakov-Blocks wurde deutlich geschwächt.

Ausblick

Sollte Putins (militärischer) Stern sinken, wird sich für das El‘cin-Lager das Nachfolgeproblem wieder verstärkt stellen und das Bedrohungsgefühl zunehmen. Eine Verstärkung der hier dargestellten Strategie, dann mit noch schärferer ethnischer Ausrichtung, wäre nicht auszuschließen. Anschläge wie die vom September 1999 wären Wasser auf die Mühlen der herrschenden Elite und könnten auch zum Vorwand für eine Verhängung des Ausnahmezustandes genommen werden. Sollte es zu solchen Anschlägen kommen, sollte deshalb von Moskau noch massiver gefordert werden, seine Truppen aus Tschetschenien zurückzuziehen und sich mit einer Blockade der Republik zu begnügen - mit dem Hinweis darauf, daß der Krieg gegen Tschetschenien das Problem des Terrorismus nicht löst, sondern nur verschärft. Erforderlich ist die internationale Beobachtung des Kriegsverlaufs, Druckausübung und Vermittlungsbereitschaft. Hierbei besteht das Kunststück darin, die internationalen, externen Kosten Rußlands für den Krieg im Innern steigen zu lassen, ohne die regierende Elite der unmittelbaren Gefahr eines Verlustes ihrer innerstaatlichen Machtposition auszusetzen. In einem solchen Fall wäre nämlich eine Intensivierung der eingeschlagenen Strategie wahrscheinlich. Zu rechnen ist in den nächsten Monaten mit einer Verschärfung der Auseinandersetzung zwischen den politischen Kräften Rußlands. Der Publizist Andranik Migranjan war Anfang Dezember kritisch genug einzuräumen: „Gäbe es keinen Krieg in Moskau, gäbe es den tschetschenischen Krieg nicht.“⁴

¹ <http://www.wciom.ru/EDITION/press14.htm>

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Vozmož na li pobeda v čečenskij vojne?, in: Moskovskie Novosti, 7.12.1999; zu finden auch unter: <http://www.nns.ru/press-file/dagestan/expert/dag355.html>

Volker Weichsel

Rußland, der Westen und die außenpolitische Funktion des Tschetschenienkrieges

Vier Monate nach der letzten Bombe der NATO auf das Territorium der Bundesrepublik Jugoslawien beginnt die Armee der Rußländischen Föderation, die Dörfer und Städte Tschetscheniens dem Erdboden gleich zu machen. Da liegt ein Vergleich nahe. Wenn aber *vergleichen* mit *gleichsetzen* verwechselt wird, ist sehr schnell zu erkennen, welches politische Kapital aus der Analogie gewonnen werden soll. Wenn in Rußland Politiker und Militärs - unterstützt von den Kommentatoren der großen Moskauer Zeitungen - behaupten, die rußländische Armee habe von der NATO gelernt, so dient dies vor allem der Verschleierung.

Zunächst ist die rußländische Armee schon militärtechnisch noch viel weniger als die NATO in der Lage, Opfer unter der Zivilbevölkerung zu verhindern. Hinzu kommt, daß sie dazu auch in geringerem Maße gezwungen ist. Infolge der „den Tschetschenen“ zugeschriebenen Bombenattentate in Moskau, Volgodonsk und Bujnaxsk ist der Druck auf die Armee, eben jene „Tschetschenen“ zu schonen, wesentlich schwächer. Die NATO mußte den Bürgern ihrer Mitgliedstaaten tote Zivilisten noch als „Kollateralschäden“ verharmlosen. Die rußländische Öffentlichkeit lebt hingegen schon mitten im Bürgerkrieg, in dem die Trennung von Kombattanten und Nichtkombattanten verschwindet. Zivilisten, die sich als solche nicht zu erkennen geben können, weil ihre Dörfer im Frontverlauf auf tschetschenischer Seite liegen, gelten in dieser Logik als potentielle Kämpfer. In Moskau wurden nach den Sprengstoffanschlägen 20.000 Personen mit „kaukasischem Aussehen“ als potentielle Bombenleger der Stadt verwiesen.¹

Der zweite wichtige Unterschied betrifft die Verluste auf Seiten der Angreifer. Die rußländische Armee ist entgegen allen Behauptungen nicht in der Lage, eigene Opfer gering zu halten oder gar auszuschließen. Wie im Falle der Opfer unter der Zivilbevölkerung sind die rußländischen Generäle trotz des Engagements gesellschaftlicher Organisationen wie der Soldatenmütter nicht in dem Maße durch den Widerstand der Bevölkerung gebunden. Auch können sie sich der Unterstützung der politischen Klasse sicher sein. So nahm Boris El'cin am 15. Oktober zwei Präsidialerlasse zurück, die er 1996 und 1998 als Reaktion auf die katastrophalen Folgen des Einsatzes junger Rekruten im ersten Tschetschenienkrieg erlassen hatte. Wieder können Soldaten gegen ihren Willen in Kampfhandlungen eingesetzt werden. Wieder gilt dies auch für Wehrpflichtige, die gerade die sechsmonatige Grundausbildung beendet haben. Gemeinsam mit den im Kampfgebiet zusammengezogenen Spezialtruppen sind diese 18-jährigen, als „mal'èiki“ (junge Burschen) bezeichneten Jungkrieger in der achten Woche des Waffengangs wie im ersten Tschetschenienkrieg 1994-1996 immer häufiger in verlustreiche Kämpfe gegen gut ausgebildete und ausgerüstete sowie äußerst entschlossene tschetschenische Verbände verwickelt. Die von rußländischer Seite genannte Zahl von 200 getöteten Soldaten seit Beginn der Kampfhandlungen Ende September hat ihre letzte Glaubwürdigkeit verloren, seit die ersten Fernsehbilder aus Tschetschenien nach außen gelangt sind. Die NATO hingegen hütete sich vor dem Einsatz von Bodentruppen und vermied somit größere Gefechte mit der jugoslawischen Armee. Diese wählte ihrerseits in richtiger Ein-

¹ Die russische Sprache ist in diesem Punkt zweideutig. Die Bezeichnung für Personen, auch Rechtspersonen, ist homonym zu der Bezeichnung für Gesicht. Der gängige Ausdruck „lica kavkazkoj nacional'nosti“ (Personen kaukasischer Nationalität) existiert als Rechtsbegriff überhaupt nicht. Es handelt sich folglich um eine rassistische Zuweisung nach äußeren Kriterien.

schätzung ihrer Unterlegenheit die perfide Strategie, die kosovoalbanische Zivilbevölkerung zu terrorisieren, und blieb somit militärisch ungeschlagen.

Die bisher erwähnten Differenzen haben ihre tiefere Ursache in dem dritten und wichtigsten Unterschied zwischen den beiden Kriegen. Die NATO hatte mit dem Abzug der jugoslawischen Bundesarmee aus dem Kosovo ein politisches Ziel und in Slobodan Milošević auch einen politischen Gegner. Rußland hingegen schaffte schon in den ersten Tagen der Bombardements beides ab. Statt mit dem gewählten tschetschenischen Präsidenten Aslan Maschadov zu verhandeln oder auch ihm Bedingungen für einen Waffenstillstand zu „diktieren“, sprach Moskau ihm sofort nach Beginn der rußländischen Angriffe die Legitimität als Vertreter der Tschetschenen ab und verfolgt seitdem auch offiziell als einziges erkennbares Ziel die physische Vernichtung der „Terroristen“.

Die psychische Funktion des Tschetschenienkrieges

Fördert der Vergleich der beiden Kriege mehr Unterschiede denn Gemeinsamkeiten zutage, so bedeutet dies nicht, daß es keine Zusammenhänge gäbe. Diese bestehen nicht, wie rußländische Politiker im Einklang mit westlichen Kritikern der Bombardements der NATO behaupten, darin, daß die Anwendung militärischer Gewalt durch die NATO gegenüber Jugoslawien es ihren Mitgliedsstaaten heute verbiete, Rußlands Krieg gegen Tschetschenien zu kritisieren. Dem steht entgegen, daß sich auch die völkerrechtliche Situation ganz anders darstellt. Die NATO bombardierte Jugoslawien unter Berufung auf Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen, das die Anwendung von militärischer Gewalt im Falle der Gefährdung des Friedens erlaubt, um die Vertreibung und Ermordung der albanischen Bevölkerung im Kosovo zu beenden. Sie brach dabei mit der bis dahin geübten Praxis, dies nur mit Zustimmung des Sicherheitsrats der UN zu tun. Rußland kritisierte damals dieses Vorgehen mit der Begründung, die unautorisierte Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates verstoße gegen Artikel 53 der UN-Charta und präjudiziere eine Wiederholung auf seinem eigenen Gebiet. Eine Gleichsetzung der beiden Kriege führt deswegen heute nicht zu dem Ergebnis, daß der Westen dem Krieg in Tschetschenien tatenlos zuschauen muß. Vielmehr hieße der Analogieschluß, daß die NATO ein halbes Jahr nach Belgrad nun auch Moskau bombardieren müsse.

Genau dies haben rußländische Generäle in zynischer Weise auch schon gefordert. Hier wird der eigentliche Zusammenhang zwischen den beiden Kriegen deutlich. Wenn westliche Beobachter zurecht die politische Irrationalität des Krieges herausstellen und die Staats- und Regierungschefs der meisten Mitgliedsstaaten der OSZE auf dem Gipfeltreffen in Istanbul Rußland vor einem schweren Fehler warnen, dann übersehen sie die psychischen Mechanismen, die bei vielen rußländischen Politikern und Militärs den Krieg der NATO mit dem Krieg Rußlands verbinden. Nach zehn Jahren des politischen Zerfalls, des ökonomischen Zusammenbruchs, des ökologischen Desasters und des sozialen Abstiegs ihres Landes aus einer ohnehin lamentablen Ausgangssituation hat die politische Klasse Rußlands nur noch zwei Ressourcen, mit denen sie Rußlands Größe und ihren eigenen Machtanspruch begründen können. Diese sind beide außenpolitischer Natur und Überreste des verlorenen Großmachtstatus. Es sind dies der Sitz im Sicherheitsrat der UN und die rußländischen Atomwaffen.

Das Jahr 1999 brachte nach dem weitgehenden Scheitern aller außenpolitischen Ziele der letzten acht Jahre - der defensiven (z.B. Verhinderung der NATO-Osterweiterung) wie der offensiven (z.B. Reintegration der GUS) - einen Angriff auf diese beiden letzten Bastionen rußländischer außenpolitischer Größe. Die erbitterte Ablehnung des Einsatzes der NATO in Jugoslawien ist nicht alleine auf eine „slawische Bruderschaft“ zwischen Serben und Russen zurückzuführen. Auch „geostrategische Interessen“ in Südosteuropa spielten eine untergeordnete Rolle. Diese beiden Motive erklären lediglich, warum gerade im Falle Jugoslawi-

ens die rußländische Haltung so unversöhnlich war. Das eigentliche Motiv der rußländischen Politiker ist in dem Versuch zu sehen, die weltpolitische Rolle Rußlands durch eine Blockade im Sicherheitsrat der UN herauszustreichen. Mit dem nicht autorisierten Einsatz der NATO wurde dieses Vetorecht faktisch abgeschafft.

Mittelfristig wird auch das letzte defensive Machtmittel Rußlands, die Atomwaffen, seine Funktion verlieren. Die Aufwertung, die diese in den letzten Jahren in den offiziellen rußländischen Sicherheitskonzeptionen¹ erfahren haben, geht einher mit ihrem technischen Verfall. Der Zustand der mit nuklearen Sprengköpfen bestückten Raketen wie auch des Radarfrühwarnsystems ist so besorgniserregend, daß die USA finanzielle und technische Hilfe anbieten, um die Gefahr eines ungewollten Raketenstarts zu verhindern. Irgendwann aber werden diese Atomwaffen keine glaubwürdige Abschreckung mehr sein. Geld für ihre Erhaltung oder gar Erneuerung fehlt. Ungeachtet der Weigerung der Duma, den Start-II-Vertrag zu unterzeichnen werden jährlich 2000 Nuklearsprengköpfe vernichtet.² Der Krieg gegen Tschetschenien führt dazu, daß die strategischen Raketenstreitkräfte entgegen der ihnen in der Sicherheitskonzeption zugewiesenen Bedeutung noch weniger Anteil am Militärbudget erhalten. Paradox und zugleich bezeichnend für die Situation der rußländischen Militärpolitik ist, daß der Krieg im Nordkaukasus die geplante Modernisierung der strategischen Trägersysteme durch die Interkontinentalrakete Topol'-M finanziell in Frage stellt. Gleichzeitig wird der Prozeß des Bedeutungsverlusts Rußlands als nukleare Großmacht von anderer Seite noch beschleunigt. Mit den immer deutlicher artikulierten amerikanischen Plänen, entgegen dem ABM-Vertrag eine umfassende Raketenabwehr aufzubauen, wie mit der Weigerung des Senats Mitte Oktober, den umfassenden Atomteststopvertrag (CTBT) zu ratifizieren, wird ungeachtet aller Erklärungen von amerikanischer Seite, die Aufrüstung richte sich nicht gegen Rußland, die Abschreckungswirkung rußländischer Atomraketen verringert. Nach den Bombardements auf Belgrad kann man Rußland nur schwer glaubwürdig machen, diese hätten nach dem Ende des Kalten Krieges ihre Bedeutung verloren. Deshalb soll das trotz erheblicher Reduzierungen immer noch gigantische Nuklearpotential Rußlands seine abschreckende Wirkung ein letztes Mal entfalten.

Dies bedeutet nicht, daß die außenpolitische Profilierung das einzige oder auch nur ein entscheidendes Motiv für die Entfesselung des Krieges gegen Tschetschenien war. Eine Analyse der rußländischen Entscheidung, einen zweiten Krieg gegen Tschetschenien zu führen, muß den institutionellen Rahmen sowie die kurzfristigen Interessenkalküle und Machtkonstellationen der relevanten Akteure in Rußland berücksichtigen. Was die bisherige Analyse offenlegt, sind die fatalen psychischen Mechanismen auf seiten der rußländischen politischen Klasse und der Armee sowie die Dilemmata, vor denen die westliche Politik gegenüber Rußland heute steht.

Dilemmata westlicher Politik

Auf den psychischen Nexus zwischen den Bomben auf Jugoslawien und den Bomben auf Tschetschenien verweist der innenpolitische Konsens in Rußland. Er reicht von ehemals libe-

¹ Ein vom Rat für Sicherheit und Verteidigung - einem Koordinationsgremium, in dem sich die höchsten Vertreter der rußländischen außenpolitischen Elite treffen - 1998 verabschiedetes Strategiepapier nennt nach 14(!) besorgniserregenden Entwicklungen im Inneren der Rußländischen Föderation in den vorangegangenen Jahren bei der Begründung, warum Rußland dennoch weiterhin eine Großmacht sei, die Atomwaffen an erster Stelle. Vgl. Strategija Rossii v XXI veke: Analiz situacii i nekotorye predlož enija (Strategija-3), in: Nezavisimaja Gazeta 18.06.1998.

² Vgl. Hannes Adomeit, Russische Außen- und Sicherheitspolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Stiftung Wissenschaft und Politik, Arbeitspapier 3091, Januar 1999, S. 73.

ralen Politikern und Journalisten wie Grigorij Javlinskij und Otto Lacis über den Präsidenten Boris El'cin und den Ministerpräsidenten Vladimir Putin bis zur national-kommunistisch dominierten Duma und unterscheidet den zweiten Tschetschenienkrieg deutlich von dem ersten. Die Wurzeln dieses Konsenses sind nicht nur in den Bomberattentaten in Moskau, Bujnask und Volgodonk im September zu suchen. Der Effekt, daß mit diesem Krieg westliche Machtlosigkeit gegenüber Rußland demonstriert werden kann, ist kaum zu unterschätzen. Je grausamer der Krieg gegen Tschetschenien, insbesondere auch gegen die Zivilbevölkerung, geführt wird, desto mehr verlangt dies nach einem Handeln des Westens und desto deutlicher wird, daß diesem die Hände gebunden sind. In letzter Konsequenz heißt der Stoff, aus dem die Fesseln sind, Plutonium. Allein dies mag so mancher rußländischer Politiker und General als genugtuenden Hohn empfinden. Hohn auf den westlichen Anspruch, universal mit dem gleichen Maßstab der Menschenrechte zu messen.

Jeder Tag des Krieges und jedes dem Erdboden gleichgemachte tschetschenische Dorf demaskiert verbale westliche Kritik an dem Vorgehen der rußländischen Armee in Tschetschenien als hohles Gerede. Doch auch die von manchen westlichen Medien geforderte, von den Politikern sorgsam umgangene Drohung, die Finanzhilfe des Internationalen Währungsfonds an Rußland einzustellen, würde die Situation nur verschlimmern. Im Jahre 1996 konnten die als „Oligarchen“ bezeichneten Lenker der finanzindustriellen Komplexe – sie waren die Hauptprofiteure der wirtschaftlichen Kooperation mit dem Westen – im Vorfeld der Präsidentenwahlen noch Einfluß auf Boris El'cin nehmen, indem sie die Finanzierung seines Wahlkampfes an eine Beendigung des Krieges knüpften. Seit dem Einbruch des Rubels im August 1998 und der sich anschließend weiter verschärfenden Wirtschaftskrise haben sie jedoch erheblich an politischem Einfluß eingebüßt. Die instabile Stabilität, die Anatolij Èubais, Boris Berezovskij und Vladimir Potanin versprochen, gibt es heute nicht mehr.

Somit ist nicht nur die Wahrscheinlichkeit, daß sich die westlichen Staaten entgegen ihren wirtschaftlichen Interessen und trotz aller Koordinationsschwierigkeiten dazu entschließen werden, Rußland in den Staatsbankrott zu treiben, äußerst gering. Dieser Entschluß könnte zudem auch kontraproduktiv sein. Die unter den in Tschetschenien agierenden Generälen verbreitete „Dolchstoßlegende“, der zufolge der erste Tschetschenienkrieg nur verloren worden sei, weil die Moskauer Politiker die Armee nicht nach militärischer Rationalität habe agieren lassen, um sie schließlich kurz vor dem Sieg zu stoppen, gibt zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß. Offenbar hat sich der Zerfall der politischen Strukturen in den vergangenen zwölf Monaten derartig beschleunigt, daß der noch vor Jahresfrist zurecht für unmöglich gehaltene Putsch eines Teils der ebenfalls zerfallenen Armee möglich geworden ist. Es ist fraglich, ob in der Eigendynamik des Krieges die mit dem Einfrieren von Krediten des Internationalen Währungsfonds zu treffenden Politiker in Moskau, in erster Linie der Präsident und sein Premierminister, überhaupt noch annähernd eine politische Kontrolle über den Waffengang im Kaukasus ausüben. Vielmehr scheint es so, als liefen sie in ihrer Vernichtungsrhetorik längst den von der Armee geschaffenen Tatsachen hinterher. Immer kam die weitere militärische Eskalation – Vertreibung der auf dagestanisches Territorium eingedrungenen Rebellen, Einrichtung eines „cordon sanitaire“ nördlich des Flusses Terek, Ausweitung der Kämpfe auf ganz Tschetschenien – vor ihrer politischen Verkündung. Sollte der Westen tatsächlich glaubhaft mit der Einstellung der Zahlungen drohen und sollte die Einsicht in das Desaster eines Staatsbankrotts bei den Politikern in Moskau stärker sein als der Triumph über westliche Machtlosigkeit, dann könnte beispielsweise der bei den ihm unterstehenden Einheiten äußerst beliebte General Vladimir Šamonov statt nach Groznyj zu-

nächst nach Moskau ziehen.¹ Ein finanzieller Zusammenbruch Rußlands könnte die zwei bisher nicht gegebenen, notwendigen Voraussetzungen für ein solches Szenario herstellen: Ein durch Ratings bezeugter oder auch manipulierter Minimalkonsens in der Bevölkerung über das militärische Eingreifen einer „starken Hand“ zur „Rettung des bedrohten Vaterlands“ und die Entschlossenheit einer militärischen Formation, die Unkoordiniertheit der weitverzweigten rußländischen Gewaltapparate zu nutzen.

Doch auch die Strategie des Schweigens, auf die sich der Westen nach der beim OSZE-Gipfeltreffen doch deutlicher als erwartet ausgefallenen Kritik verlegt hat, zeitigt keine Wirkung. Im Gegenteil bezeugen die Ende November massiv verstärkten Angriffe auf Urus Martan und Groznyj, daß der Krieg all seine psychischen Funktionen noch immer erfüllt. Von politischem Nutzen allerdings keine Spur. Zwei Wochen vor den Duma-Wahlen hält er das Rating von Ministerpräsident Putin hoch, bis zu den Präsidentenwahlen, für die Putin kandidieren will, sind es allerdings noch sechs Monate hin. Und wenn die Vereinigung „Medved“ („Edinstvo“) mit Katastrophenminister Sergej Šojgu an der Spitze, nachdem sie mit dem Ministerpräsidenten in Verbindung gebracht wurde, den ihr prophezeiten Stimmanteil bei den Wahlen zur Staatsduma binnen einer Woche von neun auf 17 Prozent verdoppeln konnte, so ist dies angesichts des sich schnell drehenden Moskauer Personalkarussells wenig aussagekräftig.² Vielmehr bezeugt der erste Name, unter dem sie figuriert, „der Bär“, daß hier keine Partei mit politischem Programm gegründet, sondern ein Symbol für angebliche rußländische Größe geschaffen wurde, der andere, „Einheit“, woran es zum Wiedererlangen dieser Größe vor allem mangelt.

Krieg als Problemlösung?

Machtverlust, so das Fazit, auf allen Seiten. Machtverlust der Armee, die sich mit immer größeren und immer schwerer zu verheimlichenden Opfern in den eigenen Reihen in immer verlustreichere Kämpfe stürzt und deren großspurig für Dezember angekündigter „Endsieg“ nicht kommen wird. Statt dessen wird ein nicht zu gewinnender Guerillakrieg geführt werden, bis dieser statt Prestige nur mehr Erschöpfung bringt. Machtverlust der Moskauer Politik auf allen Ebenen. Gegenüber der Armee, die schon jetzt kaum mehr zu kontrollieren ist. Gegenüber all jenen gesellschaftlichen Gruppen, die den immer teurer werdenden Krieg bezahlen müssen. Machtverlust des Zentrums gegenüber den Regionen. Es steht zu befürchten, daß das ohnehin unterhöhlte föderale Gebilde weiter erodiert, wenn ein ferner Krieg den prekären Finanzausgleich zwischen den Regionen und mit diesem die ganze Föderation sprichwörtlich sprengt. Machtverlust Moskauer Außenpolitik, deren Ordnungsangebote an die Staaten der ehemaligen Sowjetunion im Bombenhagel auf Groznyj ihre letzte Glaubwürdigkeit eingebüßt haben. Machtverlust, schließlich, des Westens, der erkennen muß, daß seine ökonomische und militärische Überlegenheit ihn nicht dazu befähigt, mäßigenden Einfluß auf die gedemütigten rußländischen Politiker und Generäle zu nehmen und dem grausamen Wüten Einhalt zu gebieten.

Wenn die Diskrepanz zwischen Wort und Tat in diesem Falle in schrecklicher Weise aufgehoben ist, wenn also die von Putin geforderte rücksichtslose Vernichtung aller tatsächlichen und vermeintlichen Terroristen wahrhaftig stattfindet, dann heißt das nicht, daß sich eine dau-

¹ Vgl. die Analyse „Razvitie politiïeskoj situacii v Rossii“ (Entwicklung der politischen Situation in Rußland) der Stiftung „Reforma“, die - ohne das Szenario eines Staatsbankrotts zu berücksichtigen - zu dem Ergebnis kommt, ein Putsch sei nicht realistisch, die Armee könne aber durchaus der Kontrolle der Politik entgleiten; <http://www.nns.ru/analytdoc/freform6.html>, Stand: 27.11.1999.

² Vgl. <http://www.wciom.ru/EDITION/press15.htm>. Stand 05.12.1999.

erhaft handlungsfähige antiwestliche Koalition in Rußland gebildet hätte. Es heißt vielmehr, daß die kooperationsbereiten Kräfte, deren Politik trotz der anschwellenden Flut nationalistischer Rhetorik noch deutlich zu erkennen war, in einem destruktiven Strudel unterzugehen drohen. Deshalb gilt trotz allem weiter, daß der Westen in Rußland auf den verschiedenen Ebenen Partner suchen und stärken muß. Dazu muß der Westen deutlichere Kritik an dem rücksichtslosen Vorgehen in Tschetschenien üben und auch die Ursachen seiner Machtlosigkeit aussprechen. Dies hilft leider der in Groznyj unter dauerhaften Luftangriffen eingeschlossenen Zivilbevölkerung ebensowenig wie den 200.000 Flüchtlingen in Inguschetien. Wenn der Krieg sich aber erst einmal leergelaufen hat und seine Sinnlosigkeit ebenso wie seine Grausamkeit ans Licht auch der rußländischen Öffentlichkeit geraten, dann bedürfen die konstruktiven Kräfte der Unterstützung.

Die westlichen Staaten sollten sich deshalb davor hüten, die bisherigen Versuche der Einbindung Rußlands als endgültig gescheitert anzusehen und sie abubrechen. Dies würde die Abwärtsspirale nur beschleunigen. Und Bedrohung, das müssen heute die Tschetschenen leidvoll erfahren, geht nicht von einem starken, sondern von einem schwachen Rußland aus.

Rolf Peter

Die „Gefahr aus dem Süden“?

Anmerkungen zum Islamismus-Feindbild in Rußland

Bereits der Schriftsteller Lev Nikolaevič Tolstoj, der im übrigen auch ein hervorragender Kenner des Kaukasus war, wußte: „Ein Wort ist etwas Mächtiges. Mächtig deshalb, weil man durch ein Wort Menschen zu vereinen, aber auch voneinander zu trennen vermag.“ Betrachtet man heute, hundert Jahre später, die Berichterstattung der rußländischen Medien über die Ereignisse in Dagestan und Tschetschenien und hört die Äußerungen rußländischer Politiker zu diesem Thema, so wird die Bedeutung der Worte Tolstoj in erschreckender Weise offenbar. Ausdrücke wie „Verbrecher“ oder „Banditen“ werden dort als Synonyme für „tschetschenische Kämpfer“ oder „muslimische Kampfverbände“ gebraucht. Die manipulative Stoßrichtung einer solchen Diktion ist klar zu erkennen: Die bewußt betriebene semantische Annäherung der Begriffe „Tschetschene“ - „Muslim“ - „Terrorist“ vor dem Hintergrund des zweiten Tschetschenienkrieges verfolgt ein simples, jedoch wirkungsvolles Ziel: die Abgrenzung in „gut“ und „böse“, in „wir“ und „sie“. Mit Erfolg: Denn obwohl beispielsweise die Schuldigen für die Bombenexplosionen in Moskau, Volgodsok und Bujnaksok im September dieses Jahres noch nicht gefunden wurden, und obwohl sich immer noch niemand zu den Attentaten bekannt hat, ist in der rußländischen öffentlichen Meinung der Zusammenhang zwischen den Terrorakten und den muslimischen Freischärlern im Nordkaukasus zur unumstößlichen Tatsache geworden. Seither sehen sich die in Moskau lebenden Menschen kaukasischer Herkunft dem kollektiven Verdacht ausgesetzt, allesamt islamistische Terroristen und Bombenleger zu sein.

Angesichts der Angst vor unberechenbarem Terror, der Rußland in Form der Bombenattentate in bislang unbekanntem Dimensionen heimsuchte, erscheint der Entwurf eindeutiger Erklärungsmuster auf den ersten Blick als eine nachvollziehbare psychische Reaktion, als Ausdruck eines unbefriedigten Sicherheitsbedürfnisses. Bei genauerem Hinsehen steckt dahinter jedoch auch eine bewußte politische Strategie: die Schaffung eines Feindbildes. Legt man Carl Schmitts „Begriff des Politischen“ zugrunde, so ist die Existenz eines eindeutigen Freund-Feind-Schemas das Grundmuster und die Voraussetzung für jegliche Politik. Die Umsetzung jenes, zugegebenermaßen sehr reduktionistischen, Politikverständnisses läßt sich derzeit in Rußlands Umgang mit dem Nordkaukasus beobachten. Durch den Aufbau öffentlichkeitswirksamer Feindbilder gelingt es der rußländischen Führung, undemokratische Maßnahmen bis hin zur Anwendung militärischer Gewalt nach innen zu legitimieren, weil das Vorgehen auf breite Akzeptanz in der Bevölkerung trifft. Der beste Gradmesser dafür ist die seit Beginn des zweiten Tschetschenienkrieges rasant ansteigende Popularität von Premierminister Vladimir Putin, dem derzeitigen Chef-Exekutiv der rußländischen Nordkaukasus-Politik.

Die Identifizierung des „Feindes“ erfolgt zum einen über das ethnokulturelle Merkmal „Kaukasier“, vor allem aber auch über das religiöse Merkmal „Muslim“, wobei die unverzichtbare Unterscheidung von Islam und islamistischem Radikalismus zusehends verschwimmt bzw. der für den Entwurf eines griffigen Feindbildes notwendigen Vereinfachung zum Opfer fällt. Zwar zeigen sich Regierungsvertreter aus Rücksicht auf die muslimischen Bürger Rußlands bemüht, in ihren Erklärungen den Unterschied zwischen dem „echten“ und dem von Terroristen für politische Zwecke instrumentalisierten Islam hervorzuheben. Tatsächlich aber ist der „Wahhabismus“ in rußländischen Quellen inzwischen zum diffusen und zweifelhaften, in jedem Fall aber negativ konnotierten Sammelbegriff für unterschiedliche Strömungen eines radikalen Islamismus geworden. Die Verwendung des Terminus „Wahhabiten“ für Kräfte, die

im übrigen als Verbrecher und Halunken bezeichnet werden, stellt jedoch im Grunde eine direkte Beleidigung Saudi-Arabiens dar, dessen Dynastie und Staat sich auf die Lehre des Muhammed ibn Abd al Wahhab stützen. Diese Lehre darf allenfalls als puristisch oder sittenstreng, in gar keinem Fall aber als per se aggressiv oder militant bezeichnet werden.¹

Die allgemeine Wahrnehmung einer Bedrohung Rußlands durch sogenannten „islamischen Fundamentalismus“ wird weiterhin durch Darstellungen genährt, die das Szenario einer islamischen Weltrevolution entwerfen. Rußländische Zeitungen dokumentieren in zahlreichen Artikeln die Existenz einer panislamischen Solidarität und verweisen auf die Existenz eines einheitlichen religiös-extremistischen Blockes, der an der Südflanke Rußlands von Afghanistan über Zentralasien bis in den Nordkaukasus reiche. Zudem werden politische, finanzielle und (para)militärische Verflechtungen innerhalb der gesamten islamischen Welt aufgedeckt und Namen islamistischer Weltprominenz quasi als Koordinatoren eines globalen Heiligen Krieges ins Spiel gebracht. So soll sich einer der „Lieblingsfeinde“ Amerikas, der saudische Milliardär Usama bin Laden, unbestätigten Berichten zufolge zumindest vorübergehend in Tschetschenien aufgehalten haben sowie für die Finanzierung und Ausbildung der tschetschenischen Kämpfer verantwortlich zeichnen. Da die „Abwehr des islamischen Fundamentalismus in Mittelasien und im Kaukasus“² einen integrativen Bestandteil der rußländischen Sicherheitspolitik darstellt, berühren solche gewaltsamen Aktionen „islamischer Rebellen“ wie in Dagestan im August dieses Jahres unmittelbar die nationalen Sicherheitsinteressen der Rußländischen Föderation. Neben der Vergeltung für die Bombenanschläge diene die Verfolgung und „vollständige Vernichtung“ der tschetschenischen Terroristen, die unter Einbeziehung Dagestan einen nordkaukasischen „islamischen“ Staat aufbauen wollten, als offizielle Rechtfertigungsgrundlage für den Einmarsch rußländischer Truppen in Tschetschenien und damit für die Entfesselung des Krieges.³ Auf diese Weise wird einmal mehr deutlich, wie das Islamismus-Feindbild der Legitimierung machtpolitischer Maßnahmen Vorschub leistet.

Bei der Verquickung des Feindbildes „Islamismus“ mit dem Bereich der nationalen Sicherheit lassen sich deutliche Parallelen zu den USA ausmachen. Dort ersetzt seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes die Vorstellung einer einheitlichen islamischen Front von Nordafrika bis Südasien, unterstützt von Theorien über kulturellen Determinismus und Szenarien wie „The West against the rest“, die verschwundene kommunistische Bedrohung. Dabei soll dieser Paradigmenwechsel nicht nur dazu beitragen, die weiterhin enormen Rüstungsausgaben der USA zu begründen. Die „Bekämpfung islamistischer Terroristen“ dient auch als Rechtfertigungsgrundlage für die Anwendung militärischer Gewalt auf fremdem Hoheitsgebiet, so geschehen im August 1998, als Kampfjets der US-Luftwaffe eine Arzneimittelfabrik im Sudan sowie ein Ausbildungslager der Taliban in Afghanistan bombardierten. Tatsächlich erweist sich die gemeinsam empfundene Bedrohung durch „islamischen Fundamentalismus“ bzw. „Wahhabismus“ derzeit als einzige inhaltliche Plattform, um die spätestens seit dem Kosovo-Krieg sehr unterkühlten Beziehungen zwischen den USA und Rußland wieder etwas aufzutauen, auch wenn die amerikanische Regierung das Vorgehen der rußländischen Streitkräfte

¹ Vgl. Uwe Halbach, „Wahhabiten“ im Kaukasus und in Zentralasien. Religiöse Konflikte an der Südflanke Rußlands. Aktuelle Analysen des BIOst Nr. 19/1998, (12.5.1998)

² Dieses Ziel wurde in einem sicherheitspolitischen Kooperationsabkommen formuliert, das Rußland, Usbekistan und Tadschikistan im Mai 1998 unterzeichneten.

³ Um so rätselhafter erscheint deshalb, warum ausgerechnet jene Kampfverbände um den Feldkommandeur Šamil' Basaev nicht konsequent verfolgt wurden, sondern mehr oder weniger ungehindert aus Dagestan abziehen konnten. Dieser Umstand verleitet zu Spekulationen über die tatsächliche Rolle Basaevs im Nordkaukasus-Konflikt.

in Tschetschenien offiziell strikt ablehnt und verurteilt. Die Tatsache, daß Washington und Moskau Ende Oktober, also ca. einen Monat nach dem Beginn der Kampfhandlungen in Tschetschenien, die Schaffung einer bilateralen „antiterroristischen Plattform“ beschlossen,¹ um ihren gemeinsamen Kampf gegen den internationalen (islamistischen) Terrorismus besser zu koordinieren, wirkt hingegen wie eine zynische Solidaritätsbekundung der USA gegenüber dem Vorgehen Rußlands im Nordkaukasus.

Soviel zur öffentlichen Wirksamkeit und zum strategischen Nutzen des Islamismus-Feindbildes in der rußländischen Nordkaukasus-Politik. Inwiefern entsprechen nun aber die allgemeine Wahrnehmung und die politische Inszenierung des Islamismus-Feindbildes der Realität? Wie gerechtfertigt ist die Warnung vor der Ausbreitung radikal-islamistischer Tendenzen im Nordkaukasus oder gar vor einem international geführten Djihaad? Hier sticht zunächst ins Auge, daß die von der rußländischen Führung anfänglich präsentierte Kriegsstrategie, chirurgische Eingriffe gegen vereinzelte Stützpunkte der Terroristen vornehmen zu wollen, sich bald als Vorwand entpuppte, um ganz Tschetschenien unter Inkaufnahme tausender ziviler Opfer und einer Flüchtlingskatastrophe mit einem Invasionskrieg zu überziehen. Inzwischen ist das gesamte tschetschenische Volk wenn nicht zum Kriegsgegner, so doch zumindest zum Opfer des Krieges geworden. Und der instrumentelle Charakter des Islamismus-Feindbildes, das letztendlich nur als Initialzündung für den Angriff rußländischer Streitkräfte diente, ist für jedermann ersichtlich.

Betrachtet man die Versuche in den rußländischen Medien, die diesjährigen Entwicklungen in Dagestan, Tschetschenien und Kirgistan als Teile einer islamischen Weltrevolution miteinander zu verknüpfen, stellt sich zwangsläufig die Frage, wie ein solch weit angelegter, makro-perspektivischer Erklärungsansatz mit der lokalen Begrenztheit der jeweiligen Ereignisse in Einklang zu bringen ist. Nahezu zeitgleich zu der versuchten „Invasion“ tschetschenischer Kämpfer in Dagestan im August dieses Jahres waren aus Tadschikistan bis zu eintausend bewaffnete Freischärler usbekischer Herkunft in den kirgisischen Teil des Ferganatal eingedrungen. Als die usbekische Luftwaffe und die kirgisischen Streitkräfte begannen, gegen diese Infiltration bewaffneter Gruppierungen vorzugehen, besetzten die Freischärler mehrere Dörfer und nahmen mehr als einhundert Geiseln. Durch erfolgreiche Vermittlung von kirgisischer Seite kamen die Geiseln schließlich frei, woraufhin die usbekischen Kämpfer auch die Besetzung der von ihnen gehaltenen Dörfer aufgaben und sich nach Tadschikistan zurückzogen. Offenbar waren sowohl in Dagestan als auch in Kirgistan die terroristischen Aktionen mit islamistischen Zielsetzungen verknüpft. Ähnlich wie die Kampfeinheiten in Dagestan beabsichtigten wohl auch die usbekischen Rebellen, im Ferganatal einen „islamischen Staat“ auszurufen.

Die zu regelrechten Kleinkriegen eskalierten Zusammenstöße im Nordkaukasus und in Mittelasien stellen sicherlich eine neue Dimension religiös begründeter Konflikte auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion dar. Doch die Vorstellung einer breiten islamistischen Front ist angesichts der religiösen Verhältnisse in der Bevölkerung des Kaukasus und Mittelasiens unzutreffend. Denn zum einen stießen sowohl in Dagestan als auch in Kirgistan die Terroraktionen bei der lokalen Bevölkerung auf entschiedene Ablehnung.² Zum anderen bleibt es fraglich, ob hinter den Aktionen einzelner bewaffneter Gruppierungen tatsächlich immer ein religiöses Sendungsbewußtsein oder nicht viel eher konkrete politische oder auch wirtschaft-

¹ Vgl. Ben Laden finansiruet i gotovit èèèenskich boevikov. Moskva i Vašington sošlis' na antiterroristièeskoj platforme, in: Izvestija, 29.10.1999, S. 2.

² Vgl. Uwe Halbach, Djihaad vom Kaukasus bis Mittelasien? „Islamische Rebellen“ im Kaspischen Raum und die Politik Usbekistans. Aktuelle Analysen des BIOst Nr. 33/1999 (3.9.1999), S. 3

liche Partikularinteressen stehen. Zu denken wäre hier beispielsweise an den tschetschenischen Feldkommandeur Šamil' Basaev, der den Vorstoß der Rebellen aus Tschetschenien nach Dagestan befehligte. Ihm wird aus innertschetschenischen Kreisen vorgeworfen, er habe mit der versuchten Invasion lediglich eigene machtpolitische und finanzielle Ziele verfolgt, die er durch den Vorwand, einen Heiligen Krieg zu führen, verschleiern wollte.

Der in Rußland, aber auch im Westen verbreiteten Vorstellung eines einheitlichen islamischen Blockes muß zudem entgegengehalten werden, daß es nicht den einen monolithischen Islam gibt, sondern aufgrund der deutlichen regionalen Differenzierung in bezug auf die verschiedenen islamischen Lehren und Kulturen vielmehr von islamischen Welten gesprochen werden muß. Gerade in Tschetschenien muß die Rolle des Islam vor dem Hintergrund der Widerstandstradition gegen die Kolonialherrschaft Rußlands gesehen werden. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts organisierte der Imam Šamil' unter der grünen Flagge des Islam eine tschetschenisch-dagestanische Widerstandsgemeinschaft gegen die zaristische Kolonialpolitik. An dieses Vorbild knüpften spätere Widerstandsbewegungen in der Region an, auch die tschetschenische Sezessionsbewegung seit dem Zerfall der Sowjetunion. In Tschetschenien ist daher das Bekenntnis zum Islam eng mit Gedanken der nationalen Selbstbestimmung verknüpft, und die tschetschenischen Kämpfer sehen sich in erster Linie als nationale Freiheitskämpfer, weniger als Mudjahedin im Rahmen einer islamischen Internationale.

Seit 1991 läßt sich im Nordkaukasus zunehmend das Aufeinanderprallen unterschiedlicher islamischer Lehren beobachten. Auf der einen Seite steht die für die Region seit Jahrhunderten typische und immer noch dominante Islamvariante: eine Mischung aus Sufismus, lokalen Traditionen und einem „Volksislam“, der vor allem am religiösen Brauchtum, weniger am Schrifttum orientiert ist. Somit besitzt der für den Nordkaukasus typische Islam einen stark synkretistischen Charakter. Auf der anderen Seite fassen in zunehmendem Maße aus dem islamischen Ausland, vor allem aus der Golfregion, „importierte“ religiöse Lehren im Nordkaukasus Fuß, die sich im Gegensatz zu den lokalen Islamkulturen an der Vorstellung eines einzigen, allgemeingültigen Islam und an der Durchsetzung der Scharia orientieren. Von dem Einfluß solcher „extremer“ Lehren geht insofern eine Gefahr aus, weil sie die religiöse Radikalisierung fördern und die Grenzen zwischen Staat und Religion auflösen. So erklärten bereits 1998 mehrere Dörfer in Dagestan eigenmächtig ihre Absicht, von nun an den Rechtsprinzipien der Scharia Folge zu leisten. Der innertschetschenische Machtkampf seit 1996 zwischen der Regierung Maschadow und den verschiedenen Oppositionskräften wie z.B. Movladi Udugov spiegelte lange die Auseinandersetzung zwischen Verfechtern eines säkularen Staates und Anhängern eines islamischen Gottesstaates wider. Erst 1999 mußte der tschetschenische Präsident dem Druck seiner Gegner nachgeben und bewilligte den Entwurf einer neuen Verfassung, die sich in ihrer Gesetzgebung an der Scharia orientieren soll.

Implizit schwingt in der offiziellen rußländischen Darstellung immer die Behauptung mit, daß jene zunehmende Islamisierung die staatliche Ordnung im Nordkaukasus untergrabe, was wiederum die Zentralregierung in Moskau zu ordnungspolitischen Maßnahmen zwingt. Eine solche Betrachtungsweise verwechselt allerdings Ursache und Wirkung. Das Ausgangsproblem in Tschetschenien oder Dagestan war und ist nicht das eines radikalen Islamismus, dessen gegenwärtiger „Boom“ lediglich eine Folgeerscheinung anderer Fehlentwicklungen darstellt. Ursächlich für die Krisensituation in Rußlands Süden ist vielmehr der allgemeine Verlust staatlicher Ordnung in der Region Nordkaukasus, die von Moskau seit Jahren vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht völlig vernachlässigt worden ist. Insofern kann die religiöse Radikalisierung als Transformationsproblem in den postsozialistischen Gesellschaften des Nordkaukasus verstanden werden. Dort vollzieht sich seit dem Ende der Sowjetunion ein dramatischer Zerfall von Ordnung und Regierungsgewalt, eine Häufung von (ethno-)politischen und sozioökonomischen Konflikten, die weder von den zentralen noch von

den lokalen Regierungsbehörden reguliert werden können, da diese oft keinerlei Steuerungsmöglichkeiten mehr besitzen und diese Konflikte somit quasi im rechtsfreien Raum stattfinden. Die Bevölkerung aber sieht sich mit einem ständig sinkenden Lebensstandard, einer wachsenden Kriminalitätsrate und dem Verlust jeglicher Sicherheit konfrontiert. Erst als Folge daraus ergibt sich eine höhere Empfänglichkeit der Menschen für „starke“, d.h. Ordnung und Sicherheit versprechende, Ersatzideologien, so z. B. auch für radikale islamische Lehren.

Mit einem militärischen Sieg in Tschetschenien hätte Rußland seine politische Ordnungskapazität im Nordkaukasus noch längst nicht wiedergewonnen. Die dort bestehenden Probleme – unter anderem auch das des religiösen Extremismus – blieben weiterhin ungelöst. Nötig wäre hingegen ein radikaler Kurswechsel in der rußländischen Nordkaukasus-Politik, ein Umschwenken vom Taumel zwischen Ohnmacht und Gewalt auf einen Weg konstruktiver Zusammenarbeit, die von Maßnahmen zum Abbau des gegenseitigen Mißtrauens über die Wiederherstellung staatlicher Ordnung bis hin zur ökonomischen Aufbauhilfe für die Region reichen müßte. Die Wahrscheinlichkeit hierfür erscheint jedoch ohne einen vorangegangenen, grundlegenden Machtwechsel in Moskau gering.

Astrid Sahn

Integration unter Bombenhagel

Die belarussisch-rußländische Union und der Krieg in Tschetschenien

Der Lärm von Bodengefechten und Luftangriffen im Nordkaukasus scheint eine beliebte Begleitmusik bei belarussisch-rußländischen Integrationszeremonien zu sein. 1996 führte die rußländische Armee bereits seit 16 Monaten Krieg in Tschetschenien, als die Präsidenten Aleksandr Lukašenko und Boris El'cin am 2. April in Moskau feierlich das erste große politische Integrationsabkommen über die Gründung einer Gemeinschaft von Belarus und Rußland unterzeichneten. Freilich war zu diesem Zeitpunkt bereits deutlich abzusehen, daß Moskau in der nordkaukasischen Republik keinen militärischen Sieg zu erringen vermochte. Zudem verlangte die öffentliche Meinung in Rußland immer entschiedener eine Beendigung des verlustreichen gewaltsamen Vorgehens der rußländischen Streitkräfte. Angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen war die rußländische Führung im Frühjahr 1996 daher dringend auf einen Integrationsgewinn angewiesen, um sich dem Wähler weiterhin als Hüter eines starken rußländischen Staates zu präsentieren, etwaige weitere Separationstendenzen innerhalb der Föderation zu unterbinden und sich gegen die Wahlkampfkritik aus den Reihen von Nationalisten und Kommunisten zu immunisieren. Das Integrationsabkommen mit Belarus schien daher das notwendige positive Gegengewicht zu den Ereignissen in Tschetschenien zu bilden. Die rußländische Führung versuche, den drohenden Verlust Tschetscheniens durch den Gewinn von Belarus zu kompensieren, lautete dementsprechend der Tenor kritischer Kommentare zur Gründung der Gemeinschaft von Belarus und Rußland.

Während somit die Attraktivität der belarussisch-rußländischen Integration in den Augen der rußländischen Elite durch den Kriegsverlauf in Tschetschenien stieg, verhielt es sich in Belarus genau umgekehrt. Ungeachtet der einhelligen Unterstützung für eine - vor allem ökonomische - Integration mit Rußland durch die überwiegende Mehrheit der belarussischen Bevölkerung wirkte die Aussicht, belarussische Soldaten könnten zukünftig in Brennpunkten der Rußländischen Föderation wie Tschetschenien eingesetzt werden, hier eindeutig abschreckend. Die vehemente Ablehnung derartiger Kriegseinsätze bildet nämlich eine Art unveränderlicher Konstante im Bewußtsein der belarussischen Öffentlichkeit. So trat Belarus auch nur nach langen innenpolitischen Diskussionen und mit entsprechenden Zusatzbedingungen dem 1992 in Taschkent unterzeichnetem GUS-Sicherheitsabkommen bei.¹

Die Angst der Bevölkerung vor möglichen belarussischen Kriegsopfern trug sicherlich mit dazu bei, daß die nationaldemokratische Opposition im Frühjahr 1996 die größten Protestaktionen seit April 1991 durchführen konnte. Letztendlich vermochte die Opposition jedoch aus dem abschreckenden Beispiel des Tschetschenienkriegs keine politische Dividende zu ziehen, da sich die meisten Belarussen mit dem Versprechen ihres Präsidenten begnügten, auch nach der Unterzeichnung des Integrationsabkommens werde kein belarussischer Soldat außerhalb des belarussischen Territoriums kämpfen müssen. Zudem gelang es der belarussischen Führung, eine Parallele zwischen den einheimischen Oppositionellen und den tschetschenischen Rebellen herzustellen, zumal der Vorsitzende der Belarussischen Volksfront Zenon Poznjak auf einer Kundgebung Ende März 1996 in Minsk zu einer Schweigeminute zum Gedenken Dž ochar Dudaevs aufgerufen hatte. Die Gefahr eines Bürgerkriegs wirkte bei der belarussi-

¹ Vgl. Olga Abramova, Integration zwischen Realität und Simulation. Die belarussisch-rußländischen Beziehungen seit 1991, Untersuchungen des FKKS 19/1998, Mannheim

schen Bevölkerung jedoch noch abschreckender als eine drohende Kriegsbeteiligung. Während Poznjak im April 1996 in die USA emigrierte, setzte Präsident Lukašenko nicht zuletzt unter Ausnutzung der vorhandenen Bürgerkriegsängste mit einem umstrittenen Referendum im November 1996 eine neue, seine Vollmachten erheblich ausweitende Verfassung durch.

Etwas mehr als drei Jahre später, im Herbst 1999, bietet sich auf den ersten Blick das gleiche Bild: In Tschetschenien kämpfen rußländische Truppen vorgeblich ausschließlich gegen tschetschenische Terroristen, und in Moskau wird für den 26. November 1999 die Unterzeichnung eines neuen politischen Integrationsabkommen zwischen Belarus und Rußland vorbereitet, das - ohne den bisherigen Verträgen etwas substantiell Neues hinzuzufügen - die Union von Belarus und Rußland verfestigen soll. Auch diesmal scheint die rußländische Führung insbesondere im Hinblick auf bevorstehende Wahlen an dem Integrationsabkommen interessiert zu sein. Allerdings geht es diesmal nicht darum, eine drohende Niederlage in Tschetschenien zu konterkarieren. Vielmehr sollen sowohl der Krieg als auch das Integrationsabkommen die Wahlchancen der Partei der Macht bei den Parlamentswahlen im Dezember 1999 erhöhen und insbesondere für Stimmenzugewinne aus dem kommunistischen Lager sorgen. Im Unterschied zum Tschetschenienkrieg, der durch einen breiten Konsens der gesamten politischen Elite Rußlands getragen wird, überwiegen bezüglich der rußländischen Beziehungen zu Belarus jedoch die Divergenzen.¹

Dies zeigte sich deutlich an den öffentlichen Reaktionen auf die überraschende Ausladung Lukašenkos durch den rußländischen Premier Vladimir Putin am Vortage der geplanten Vertragsunterzeichnung. Die Erkrankung El'cins erschien vielen lediglich als ein Vorwand, um die Vertragsunterzeichnung aus wahltaktischen Gründen zu verschieben, damit eine Ratifizierung erst durch die neue Duma erfolgen und die Kommunisten ihren Wahlkampf nicht mit einer werbeträchtigen Ratifikationszeremonie abschließen können. Als weitere Erklärungsansätze wurden interne Konflikte innerhalb der rußländischen Führung über den zu unterzeichnenden Vertragstext und zunehmende Unzufriedenheit mit dem belarussischen Vertragspartner gehandelt. Für letztere Annahme spricht insbesondere die am 3. Dezember 1999 erfolgte Amtsniederlegung von Ivan Titenkov, dem Leiter des belarussischen Präsidialamtes, dessen Export-Import-Geschäfte im Rahmen der belarussisch-rußländischen Zollunion dem Staatshaushalt Rußlands wohl erhebliche Verluste bereitet haben. Wenig später bot die rußländische Führung Lukašenko mit dem 8. Dezember 1999 einen neuen Termin an.

Die Verschiebung der Vertragsunterzeichnung dürfte den belarussischen Präsidenten nicht zuletzt deshalb überrascht haben, als er sich für sein loyales Verhalten hinsichtlich der Bewertung der Vorgänge in Tschetschenien auf dem OSZE-Gipfel in Istanbul am 18./19. November 1999 mehr Entgegenkommen von der rußländischen Seite erhofft hatte. In seiner Rede hatte Aleksandr Lukašenko die OSZE und ihre Mitgliedsstaaten aufgefordert, Rußland in seinem Kampf gegen den Terrorismus in Tschetschenien, wenn schon nicht zu unterstützen, so doch wenigstens zu verstehen. Wie im Falle des NATO-Angriffs auf Jugoslawien war das Belarus Lukašenkos das einzige Land, das die rußländische Position auf internationalen Foren uneingeschränkt unterstützte. Dabei handelt es sich freilich um einen Bündnispartner von zweifelhaftem Wert, da mit Ausnahme Rußlands alle OSZE-Staaten den von Lukašenko in Belarus geschaffenen autoritären Verfassungsverhältnissen bis heute ihre Anerkennung verweigern. Zudem muß Rußland für diese außenpolitische Unterstützung einen hohen Preis in

¹ Vgl. Heinz Timmermann, Rußland-Belarus: Die Zweier-Union im Zeichen von Konzeptions- und Interessendivergenzen, Aktuelle Analysen des BIOst, 8/1999, 17.3.; ders., Belarus-Rußland: Divergenzen über den Charakter des gemeinsamen „Unionsstaates“, Aktuelle Analysen des BIOst, 35/1999, 16.9.

Form diverser ökonomischer Subventionen, die Belarus vor allem im Bereich der Energieversorgung erhält, zahlen.

Aber selbst diese außenpolitische Partnerschaft der belarussischen und rußländischen Führung ist in den letzten Monaten ins Wanken geraten, seitdem Aleksandr Lukašenko Anfang Juli 1999 erstmals öffentlich ankündigte, den westlichen „Vektor“ in der belarussischen Außenpolitik verstärken zu wollen. Gleichzeitig ließ sich der belarussische Präsident zögerlich auf einen von der OSZE vermittelten Verhandlungsprozeß mit der einheimischen Opposition ein, dessen Ziel die Durchführung freier und fairer Parlamentswahlen im Oktober 2000 ist. Offensichtlich ist, daß er mit dieser neuen Strategie nicht zuletzt die rußländische Führung zu substantielleren Integrationsschritten bewegen will. Dahinter steht die kaum verhehlte Enttäuschung über die mageren greifbaren Ergebnisse der Integrationsabkommen aus den Jahren 1996 bis 1998 - und vor allem über die offensichtliche Weigerung der politischen Elite Rußlands, Lukašenko als gleichberechtigten Partner in das rußländische Machtspiel aufzunehmen. Auch der jüngste Vertragsentwurf enttäuschte wieder einmal die diesbezüglichen Hoffnungen des belarussischen Präsidenten, da der Text das Amt eines Präsidenten der gemeinsamen Union nicht vorsieht. Gleichzeitig stellt die wachsende ökonomische Abhängigkeit der Republik Belarus von Rußland, dessen Subventionen dem Land bisher keinen Modernisierungsschub, sondern lediglich ein Überleben auf niedrigem Niveau ermöglichen, eine zunehmende, nur durch westliche Investitionen zu mindernde Gefahr für den innenpolitischen Machtanspruch Lukašenkos dar.

Auffallenderweise schweigen sich 1999 sowohl die staatliche als auch die oppositionelle Presse in Belarus weitgehend über die Ereignisse in Tschetschenien aus. Der belarussischen Führung ist nicht daran gelegen, den schwindenden Glauben der Bevölkerung an eine reale Integration durch das erneute Schreckensbild eines möglichen Einsatzes belarussischer Soldaten an fernen Kriegsschauplätzen und möglicher Terroranschläge in belarussischen Städten zusätzlich zu mindern. Unabhängigen Meinungsumfragen zufolge sank die Zustimmung zu einer Vereinigung von Belarus und Rußland zwischen Juni und November 1999 von 54,9 auf 47 Prozent, dabei sprechen sich nur 21,8 Prozent für die Bildung eines Einheitsstaates aus.¹ Wohl mit Rücksicht auf diese Tendenz der öffentlichen Meinung erklärte Lukašenko unmittelbar nach der Unionsvertragsunterzeichnung am 8. Dezember 1999, daß sich die belarussische Position bezüglich der Ereignisse im Nordkaukasus nicht verändern werde: „Wir haben nicht vor, uns in diesen innerrußländischen Konflikt einzumischen.“

Gleichwohl versucht die belarussische Opposition - mit Ausnahme der nationalen Belarussischen Volksfront, die Rußland in Tschetschenien und in Belarus gleichermaßen als Besatzungsmacht begreift - diesmal kaum die tschetschenische Karte auszuspielen, da sie die Unterstützung rußländischer Politiker für ihre Position im von der OSZE vermittelten Verhandlungsprozeß mit Lukašenko gewinnen möchte. Aufrufe an die rußländische Regierung, sich für die Freilassung politischer Gefangener in Belarus einzusetzen, sind jedoch kaum mit einer massiven Kritik an dem Vorgehen rußländischer Truppen in Tschetschenien zu vereinbaren.

Während der erste Tschetschenienkrieg als eine Art Taufpate am Anfang der politischen Integrationsbemühungen zwischen Belarus und Rußland stand, könnte der zweite Tschetschenienkrieg zu einem ihrer Totengräber werden. Denn das Feuerwerk der symbolischen Politik hat sich allmählich verbraucht und für eine sozial-ökonomisch untermauerte Integrationspolitik fehlen in Belarus die notwendigen Rahmenbedingungen und in Rußland, zumal einem

¹ Za ob"edinenie Belarusi i Rossii v odno gosudarstvo vyskazyvaetsja 21,8 procenta belorusov, Belarusskaja gazeta, 7.12.1999 (Internet-Ausgabe unter: <http://www1.open.by>)

kriegsführenden, die entsprechenden Ressourcen. Die Führungen beider Länder, die derzeit kaum noch über gemeinsame Integrationsinteressen verfügen, müssen daher im Interesse ihres eigenen Machterhalts über einen grundsätzlichen Politikwechsel nachdenken. Dies bedeutet zwangsläufig weder eine Aufgabe Tschetscheniens durch Rußland noch einen Abbruch der belarussisch-rußländischen Integrationsbemühungen. Die Fortsetzung der in den letzten Jahren demonstrierten antagonistischen Integrationskonkurrenz zu EU und NATO verspricht Belarus und Rußland jedoch nicht die erhoffte Modernisierung und den gewünschten Statusgewinn.

Bei Gott, das sind wir ...

Männer zeigen ihre Niederlagen nicht gerne. [...] Wir sind daran gewöhnt zu siegen, und sei es auch nur äußerlich. Deshalb verbergen wir den wahren Gehalt unserer Worte und unseres Charakters. [...] Wir erzählen einander bei einem Glas Bier, daß die Armee und der Krieg uns verändert hätten, daß wir besser, klüger und stärker geworden seien. Daß wir in dieser Welt jetzt etwas Neues wüßten, was uns natürlich auf die ein oder andere Weise erlauben würde, ein leichteres Leben zu führen, also auch das Leben unserer Verwandten und Freunde zu erleichtern, die in dieser traditionellen Gesellschaft (ungeachtet des schnell gewachsenen Feminismus) sowieso von unserer Kraft und unseren Fähigkeiten leben.

Wir lügen. Wir belügen uns selbst und alle Umstehenden.

Es (sic!) ist eine absolut negative Erfahrung im Leben. Niemals wird es uns im normalen Leben einen Vorteil bringen, daß wir nach dem Schuß schnell aus der Stellung kriechen können. Selbst wenn wir auf die Jagd gehen, unwickeln wir unseren Karabiner nicht mit Isolierband, ja überhaupt hat all das keine Beziehung zum Alltag eines durchschnittlichen Menschen in Rußland.

Aber wir existieren. Und mit jedem weiteren Kriegstag in Tschetschenien, mit jedem neuen Kampf, mit jeder neuen Staffel mit „Soldaten der Eiltruppe“, die in das Kampfgebiet kommt, werden wir mehr – mehr junge Männer, die sorgsam voreinander verbergen, daß wir Jahre verlieren (oder Monate, die Zeit spielt keine Rolle), Jahre in denen wir zum Außenseiter der Gesellschaft werden. Jahre, in denen wir Sinnloses und Nutzloses lernen. Jahre, in denen wir lernen, wie man überleben kann und dabei verlernen, das Leben mit dem Tod zu vergleichen, denn die Grenze zwischen beiden wird hauchdünn und fast vergleichbar mit dem Abgrund zwischen Vergangenen und Gewesenem, den wir nicht mehr unterscheiden werden können. [...]

Evgenij Krutikov

Izvestija vom 4.12.1999

Aus dem Russischen von Volker Weichsel

Anhang

Vertrag über Frieden und die Prinzipien der wechselseitigen Beziehungen zwischen der Rußländischen Föderation und der Tschetschenischen Republik Ièkeria¹

Die hohen vertragschließenden Parteien haben sich in dem Wunsch, die jahrhundertelange Konfrontation zu beenden, und in dem Bemühen, feste, gleichberechtigte und für beide Seiten zuträgliche Beziehungen aufzubauen, auf folgendes geeinigt:

1. Für alle Zeiten auf die Anwendung von Gewalt oder die Drohung mit Gewalt bei der Lösung jeglicher Streitfragen zu verzichten.
2. Ihre Beziehungen auf der Grundlage der allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des Völkerrechts aufzubauen. Dabei werden die Seiten auf der Grundlage konkreter Abkommen zusammenarbeiten.
3. Dieser Vertrag soll als Grundlage für den Abschluß weiterer Abkommen und Vereinbarungen für die ganze Bandbreite der wechselseitigen Beziehungen gelten.
4. Dieser Vertrag ist in zweifacher Ausfertigung ausgestellt, und beide Exemplare besitzen die gleiche Rechtsgültigkeit.
5. Dieser Vertrag hat vom Tag seiner Unterzeichnung an Gültigkeit.

Der Präsident der Rußländischen Föderation

Unterzeichnet B.El'cin

Der Präsident der Tschetschenischen Republik Ièkerija

Unterzeichnet A. Maschadov

Moskau, 12. Mai 1997

¹ Im vorliegenden Dokument handelt es sich um die Übersetzung einer nicht autorisierten Fassung des Friedensvertrages, die Lyoma Usmanov, Offizieller Vertreter Tschetscheniens in den USA, zur Verfügung stellte.

Chronik der Ereignisse¹

- 30.8. 1996 Abkommen von Chasavjurt. Der Sekretär des Rußländischen Sicherheitsrats, Aleksandr Lebed', der tschetschenische Generalstabschef, Aslan Maschadov, und der Missionsleiter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Tim Guldiman, einigen sich auf einen Abzug der rußländischen Truppen aus Tschetschenien. Eine Entscheidung über die Unabhängigkeit Tschetscheniens wird bis zum 31. Dezember 2001 aufgeschoben. Unklar bleibt die Frage, wie der zukünftige Status der Republik aussehen soll und wer die Region regieren wird.
Bildung einer rußländisch-tschetschenischen Kommission zur Überwachung des Truppenabzugs, verabredet werden Maßnahmen zur Verbrechensbekämpfung sowie zum ökonomischen Wiederaufbau Tschetscheniens.
Das Abkommen von Chasavjurt wird von verschiedenen politischen Gruppen in Moskau stark kritisiert.
- 6.9.1996 In Groznyj Bildung einer Koalitionsregierung, in der zwei Ministerposten von Vertretern der Moskau-loyalen Regierung unter Doku Zavgajev gestellt werden.
- 13.9.1996 Der rußländische Justizminister Valentin Kovalev erklärt, das Abkommen von Chasavjurt sei lediglich eine „politische Erklärung“ und habe keine rechtsbindende Bedeutung.
18. 9.1996 Lebed' schätzt die Kosten des Tschetschenienkrieges auf 12-15 Mrd. US-Dollar.
- 27.9.1996 Maschadov bezeichnet die Entwaffnung tschetschenischer bewaffneter Verbände als die aktuelle Hauptaufgabe, um innertschetschenische Kämpfe zu vermeiden.
- Sept. 1996 Der Rückzug der Föderationstruppen vollzieht sich nur langsam und ist von Kämpfen begleitet. Mit der Begründung, der Austausch von Kriegsgefangenen werde von tschetschenischer Seite behindert, läßt das rußländische Oberkommando den Rückzug mehrfach stoppen. Ca. 1.300 russische Soldaten befinden sich bei unterschiedlichen tschetschenischen kämpfenden Einheiten in Gefangenschaft. Zugleich finden Kämpfe zwischen tschetschenischen Truppen statt.
- 5.10.1996 Der rußländische Finanzminister Aleksandr Livšic erklärt, Tschetschenien solle erst in fünf Jahren finanzielle Unterstützung zum Wiederaufbau erhalten, wenn der Status der Republik geklärt ist.

¹ Eine Chronik der Entwicklung des ersten Tschetschenienkrieges von 1991 bis August 1996 findet sich in: Claudia Wagner, Die Tschetschenienkriege und die Transformation in Rußland. Münster-Hamburg 2000 (im Erscheinen).

- Okt. 1996 Zunehmende Kritik an Lebed', vor allem von seiten des rußländischen Innenministers Anatolij Kulikov, wegen seiner Tschetschenienpolitik. In Tschetschenien Kämpfe zwischen Maschadovs Truppen und Verbänden des Moskau-loyalen Präsidenten Zavgajev.
- 9.10.1996 Der Föderationsrat stimmt Ministerpräsident Èernomyrdin zu, daß das Abkommen von Chasavjurt nicht als rechtsbindendes Dokument anzusehen sei und Tschetschenien Teil der RF bleiben müsse.
- 10.10.1996 Der Feldkommandeur Salman Raduev, der nach einer Geiselnahme im südrussischen Kizljär im Januar untergetaucht war, tritt als Kandidat für die Bürgermeisterwahlen in Gudermes, der zweitgrößten Stadt Tschetscheniens, an.
- 14.10.1996 Einigung auf ein rußländisch-tschetschenisches Abkommen zur ökonomischen Kooperation; Ziel: gemeinsames Banken- und Zahlungssystem sowie die einheitliche Kontrolle über den Öltransport. Die Duma arbeitet an einem Gesetzentwurf für eine Freihandelszone in Tschetschenien.
- 15.10.1996 El'cin ernennt Lebed' zum Leiter einer weiteren Verhandlungskommission, deren Kompetenzen zur bereits bestehenden Kommission nicht abgegrenzt sind.
- 18.10.1996 Lebed' wird als Sekretär des Sicherheitsrates entlassen. Sein Nachfolger wird der ehemalige Duma-Sprecher Ivan Rybkin. Maschadov wird in der tschetschenischen Koalitionsregierung zum Interimspremierminister und Verteidigungsminister ernannt. Präsidentschafts- und Parlamentswahlen sind für den 27.1.1997 geplant.
- 25.10.1996 Gemäß dem Abkommen von Nazran (Inguschetien) bleiben zwei Brigaden der rußländischen Föderationsarmee in Tschetschenien stationiert.
- 30.10.1996 Boris Berezovskij wird zum Stellvertretenden Sekretär des Sicherheitsrates ernannt und mit der Regulierung der Tschetschenienfrage betraut.
- 5.11.1996 Der Moskauer Bürgermeister, Jurij Lužkov, sagt seinem Amtskollegen aus Groznyj, Lechi Dudaev, den Wiederaufbau von Wohnraum im Austausch für Öllieferungen zu.
- 17.11.1996 26% aller Russen sprechen sich für die Unabhängigkeit Tschetscheniens von der RF aus, 22% dagegen, 24% sind für einen kompletten Rückzug der rußländischen Truppen, 23% für eine Schließung der rußländisch-tschetschenischen Grenze.
- 25.11.1996 Interimsabkommen über den ökonomischen Wiederaufbau Tschetscheniens (Rekonstruktion von Transportverbindungen, neues Abkommen über Förderung und Transport von Öl sowie Pipeline-Sicherheit, Lösung sozialer und humanitärer Probleme, d.h. Zahlung von Löhnen und Renten sowie Koordination in Verteidigungsfragen). Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der RF, Gennadij Zjuganov, bezeichnet das Abkommen als verfassungswidrig und macht Berezovskij, Rybkin und Anatolij Èubajev, Chef der Präsidentialadministration, dafür verantwortlich.

El'cin garantiert in einem Erlaß den völligen Rückzug auch der letzten zwei rußländischen Brigaden bis zu den geplanten tschetschenischen Präsidentschaftswahlen am 27.1.1997.

27.11.1996 Feldkommandeur Šamil' Basaev, verantwortlich für die Geiselnahme in südrussischen Budennovsk im Juni 1995, kündigt seine Kandidatur im tschetschenischen Präsidentschaftswahlkampf an.

19.12.1996 Auf Druck rußländischer und tschetschenischer Offizieller läßt Raduev 22 Angehörige der rußländischen Innenministeriumstruppen frei, die er am 14.12. als Geiseln genommen hatte, als sie seine bewaffneten Einheiten am Überschreiten der Grenze nach Dagestan hatten hindern wollen.

Nach der Ermordung von sechs Mitarbeitern beenden das Rote Kreuz und die Organisation 'Ärzte ohne Grenzen' ihre Tätigkeit in Tschetschenien.

1997

5.1.1997 Der letzte rußländische Soldat verläßt Tschetschenien. Der Abzug wird von der Duma als übereilt kritisiert, da noch ca. 1.000 rußländische Soldaten in Tschetschenien vermißt werden. Rybkin erklärt, daß es zu deren Freilassung nur kommen kann, wenn auch die 1.500 tschetschenischen Gefangenen amnestiert werden.

20.1.1997 Anhaltende Unstimmigkeiten über Berezovskijs Vorschlag, Kossakenorganisationen aus dem Süden Rußlands, die territoriale Forderungen an Tschetschenien haben, die Bewaffnung zu gestatten und sie als Teil der Grenztruppen einzusetzen.

23.1.1997 Das rußländische Außenministerium kritisiert die OSZE wegen der finanziellen Unterstützung der Wahlen in Tschetschenien und bezichtigt sie der Einmischung in innere Angelegenheiten.

26.1.1997 Der tschetschenische Generalstabschef und Präsidentschaftskandidat, Aslan Maschadov, betont seine Entschlossenheit, für die Unabhängigkeit Tschetscheniens einzutreten sowie weiterhin Reparationszahlungen von Rußland einzufordern.

27.1.1997 Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Tschetschenien. Endergebnisse: Maschadov - 64,8%; Basaev - 27,7%; Jandarbiev - 10,2%; Wahlbeteiligung: 80%. Die OSZE bezeichnet die Wahlen als frei und fair

28.1.1997 Maschadov garantiert den problemlosen Transit von aserbaidischischem Öl durch Tschetschenien nach Novorossijsk.

5.2.1997 Für die Aussage, Tschetschenien sei Teil der RF, wird OSZE-Missionsleiter Tim Guldemann von der Tschetschenischen Regierung zur persona non grata erklärt und muß die Republik verlassen.

- 10.2.1997 Der Moskauer Bürgermeister Jurij Lužkov sieht keine Hindernisse für eine Unabhängigkeit Tschetscheniens. Er spricht sich für die konsequente Überwachung der rußländisch-tschetschenischen Grenze aus und will die Beziehungen zwischen Moskau und Groznyj intensivieren.
- 11.2.1997 Der rußländische Justizminister Kovalev schlägt Tatarstan als „souveränen Staat innerhalb der RF“ als Modell für Tschetschenien vor.
- 19.2.1997 Der stellvertretende tschetschenische Premier Udugov wird zum tschetschenischen Chef-Unterhändler mit Moskau ernannt.
- 27.2.1997 Maschadov führt die Todesstrafe für Entführungen ein. Laut offiziellen Angaben wurden in Tschetschenien zwischen Dezember 1994 und Januar 1997 349 Personen entführt.
- 7.3.1997 Nach der Entführung von vier russischen Journalisten erwägt die tschetschenische Regierung die Ausweisung aller Journalisten zu deren eigener Sicherheit.
- 18.3.1997 Versuchter Mordanschlag auf Udugov.
- 1.4.1997 Basaev zum Ersten Stellvertretenden Premierminister Tschetscheniens ernannt.
- 9.4.1997 Raduev in einem Bombenanschlag auf sein Auto schwer verletzt.
- 21.4.1997 200.000 Tschetschenen begehen die öffentliche Gedenkfeier des ehem. tschetschenischen Präsidenten Džochar Dudaev, der im April 1996 bei einem Bombenangriff ums Leben gekommen war.
- 10.5.1997 Bei einem Treffen mit Udugov und Basaev sagt Raduev zu, keine weiteren Anschläge oder andere Aktionen gegen Rußland zu unternehmen, die den Friedensprozeß in Frage stellen.
- 12.5. 1997 El'cin und Maschadov unterzeichnen einen „Vertrag über den Frieden und die rußländisch-tschetschenischen Beziehungen“. Der Status Tschetscheniens bleibt unerwähnt. Ebenso wird ein Vertrag zwischen der RF und Tschetschenien über ökonomische Kooperation abgeschlossen. Die Schwerpunkte sind Wiederaufbau, Renten, Kompensationszahlungen für Opfer des Krieges. Ein dritter Vertrag zwischen der rußländischen und der tschetschenischen Zentralbank soll ihre Transaktionen koordinieren.
- 13.5.1997 In Tschetschenien wird die Unterzeichnung des Friedensvertrags gefeiert.
Die rußländische Staatsduma fordert El'cin auf, die genauen Inhalte des Friedensvertrages zu erklären.
- 23.5.1997 Rußländisch-tschetschenischer Vertrag über Öltransit. Tschetschenien garantiert Service und Sicherheit für Öl- und Gaspipelines, die durch die Republik verlaufen.
- 29.5.1997 Das Internationale Rote Kreuz nimmt seine Arbeit in Tschetschenien wieder auf.
- 3.6.1997 Weitere Gespräche über wirtschaftliche Kooperation. Preise über den Transit von kaspischem Öl durch Tschetschenien sind noch nicht ausge-

- handelt. Tschetschenien fordert einen Preis, der über dem rußländischen Standard liegt.
- 12.6.1997 Erneute Entführung zweier rußländischer Journalisten
- 13.6.1997 Memorandum über den Export aserbaidischen Öls über tschetschenisches Gebiet.
- 14.6.1997 Zollabkommen zwischen der RF und Tschetschenien.
Berezovskij betont, daß Tschetschenien Bestandteil der RF ist und sieht gute Perspektiven für die rußländisch-tschetschenischen Beziehungen, „solange Präsident El'cin an der Macht ist“.
- 17.6.1997 Vorwürfe Berezovskijs an den rußländischen Innenminister Kulikov, die Kontakte zum tschetschenischen Innenministerium zu sabotieren und den Austausch von Kriegsgefangenen zu behindern.
- 18.6.1997 Der aserbaidische Präsident Heidar Aliev sieht angesichts der aktuellen rußländisch-tschetschenischen Beziehungen keine Möglichkeit, aserbaidisches Öl durch Tschetschenien zu leiten. Aserbaidisch fordert ein bilaterales Abkommen mit der RF, Tschetschenien ein trilaterales.
- 19.6.1997 Innenminister Kulikov unterstützt den Vorschlag rußländischer Journalisten, Tschetschenien angesichts der jüngsten Entführungsserie mit einem Medien-Boykott zu belegen.
- 26.6.1997 Tschetschenien annulliert das rußländisch-tschetschenische Zollabkommen.
- 27.6.1997 Kämpfe zwischen rußländischen und nicht näher identifizierbaren tschetschenischen Verbänden. Der Feldkommandeur Emir Chattab überlebt unverletzt, als sein Jeep auf eine Landmine fährt.
- 11.7.1997 Abkommen über die Einrichtung eines Kontos für die tschetschenische Nationalbank bei der rußländischen Nationalbank. Tschetschenische Banken erhalten die Erlaubnis, Filialen im Ausland zu eröffnen. Ausländische Banken dürfen Filialen in Tschetschenien eröffnen.
Rußländisch-tschetschenisch-aserbaidisches Ölabkommen. Der Anteil der Transit-Einkünfte für Tschetschenien bleibt ungeklärt. Moskau sagt die Finanzierung der Reparatur von Pipelines zu unter der Maßgabe, daß die tschetschenische Seite die Sicherheit der Arbeiter garantiert.
- 15.7.1997 Kooperationsabkommen zwischen dem rußländischen und dem tschetschenischen Geheimdienst. Schwerpunkte: Kampf gegen Terrorismus, Sabotage, Rekrutierung von Söldnern, Geiselnahmen und Waffen- bzw. Drogenschmuggel.
- 26.7.1997 20 tschetschenische Parteien rufen zur Annexion von tschetschenisch besiedelten Territorien im benachbarten Dagestan sowie zur Auslieferung der pro-rußländischen tschetschenischen Politiker Salambek Chadžiev und Doku Zavgaev auf.

- 28.7.1997 Maschadov fordert einen Vertrag über die Einrichtung formeller diplomatischer Beziehungen zwischen der RF und Tschetschenien.
- 29.7.1997 Maschadov unterbricht den Dialog mit Moskau über einen Plan zum ökonomischen Wiederaufbau.
Moskau beschuldigt Tschetschenien, das Öl-Transit-Abkommen zu sabotieren, will aber die Kontakte nicht völlig abbrechen.
- 30.7.1997 Bombenanschlag in Groznyj, offensichtlich auf Feldkommandeur Raduev, der unverletzt überlebt und rußländische Geheimdienste verantwortlich macht.
El'cin bietet einen Vertrag über die Kompetenzteilung zwischen der RF und Tschetschenien an, der dem mit Tatarstan vergleichbar ist.
- 2.8.1997 Vier französische Mitarbeiter einer humanitären Organisation werden in Tschetschenien vermißt. Dagestanische Offizielle monieren eine zunehmende grenzüberschreitende Kriminalität zwischen Dagestan.
- 4.8.1997 Tschetschenien eröffnet ständige Vertretung in Kazan (Tatarstan).
- 6.8.1997 Rybkin kündigt an, bis zum Jahresende 700 Mrd. Rubel (120 Mio. US-Dollar) als Finanzhilfe an Tschetschenien zu überweisen und eingefrorene tschetschenische Konten freizugeben.
Wegen zu hoher Transitforderungen erwägt Moskau den Bau einer Öl-Pipeline durch Dagestan, die Tschetschenien auf dem Weg von Aserbaidschan nach Novorossijsk umgeht.
- 13.8.1997 Rußländische Kampfflugzeuge fliegen simulierte Angriffe auf Groznyj. Das Verteidigungsministerium dementiert. Tschetschenische Offizielle interpretieren die Aktion als Versuch, das geplante Treffen zwischen El'cin und Maschadov zu sabotieren.
Tschetschenisch wird per Gesetz zur offiziellen Republikssprache ernannt.
- 16.8.1997 Rybkin behauptet, derzeit befänden über 1.000 Menschen in tschetschenischer Geiselhaft.
- 18.8.1997 Treffen zwischen Maschadov und El'cin. Entgegen den Hoffnungen der tschetschenischen Vertreter besteht El'cin auf einem Status Tschetscheniens nach tatarstanischem Vorbild.
Laut Ivan Rybkin hat die RF seit Beginn des Jahres 847 Mrd. Rubel (148 Mio. US-Dollar) an Tschetschenien gezahlt.
- 20.8.1997 Vor dem russischen Sicherheitsrat widerspricht El'cin der Beschuldigung, die tschetschenische Führung sei an den Geiselnahmen beteiligt und warnt Berezovskij, die Situation im Nordkaukasus für seine persönlichen Ziele auszunutzen. Gerüchte kursieren über eine baldige Entlassung Berezovskijs als Stellvertretender Sekretär des Sicherheitsrates.
- 21.8.1997 Berezovskij kritisiert das Finanzministerium und Anatolij Èubais, keine Gelder nach Tschetschenien transferiert zu haben, sowie das Energieministerium unter Boris Nemcov wegen der Behinderung des größten Ölprojekts auf tschetschenischem Boden.

- 30.8.1997 Duma-Sprecher Gennadij Seleznev droht El'cin mit einem Amtsenthebungsverfahren, falls es zur Anerkennung der tschetschenischen Unabhängigkeit komme.
- 31.8.1997 Aufgrund von Finanzstreitigkeiten scheidet die Unterzeichnung des rußländisch-tschetschenischen Pipeline-Vertrages.
- 5.9.1997 Die rußländische Duma und Präsident El'cin, aber auch der Europarat verurteilen die öffentliche Hinrichtung von zwei Mördern in Groznyj am 3.9.
- 9.9.1997 Kompromiß über Transittarife für aserbaidzhanisches Öl. Tschetschenien erhält ein dem Binnenstandard und nicht - wie bisher gefordert - dem internationalen Standard entsprechenden Anteil an den Transiteinnahmen. Gleichzeitig hält Moskau an Plänen fest, eine Pipeline zu bauen, die Tschetschenien umgeht.
- 11.9.1997 Tschetschenien stellt Antrag auf Mitgliedschaft im Interparlamentarischen Rat der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), der jedoch ignoriert wird.
- 13.9.1997 Maschadov ehrt 115 tschetschenische Kämpfer, welche im Juni 1995 an der Geiselnahme im südrussischen Budennovsk beteiligt waren.
- 21.9.1997 Maschadov warnt vor einer möglichen Blockade Tschetscheniens.
- 27.9.1997 Auch auf der vierten Zusammenkunft der rußländisch-tschetschenischen Kommission wird der zukünftige Status Tschetscheniens innerhalb der RF nicht diskutiert, da die tschetschenische Delegation dazu keine Befugnis hat. Udugov lehnt den Vorschlag Rybkins für Referendum über die Unabhängigkeit ab.
- 29.9.1997 El'cin betont, daß es keinen zwischenstaatlichen Vertrag zwischen Tschetschenien und der RF geben kann. Souveränität sei lediglich innerhalb der RF möglich. Ein Treffen mit Maschadov hält er nicht für notwendig.
- 30.9.1997 Der tschetschenische Innenminister Arsanov weist das gesamte Personal der rußländischen Vertretung in Tschetschenien aus.
Raduev überlebt, diesmal schwerverletzt, einen weiteren Bombenanschlag, für den er erneut rußländische Geheimdienste verantwortlich macht.
- 3.10.1997 Èernomyrdin widerspricht der Aussage Maschadovs, Moskau führe einen „Wirtschaftskrieg“ gegen Tschetschenien.
- 8.10.1997 El'cin ersetzt Ivan Rybkin als Tschetschenienbeauftragten durch Valentin Vlasov.
- 13.10.1997 Duma-Sprecher Seleznev bezeichnet den Vertragsentwurf über die Einrichtung diplomatischer Beziehungen zwischen der RF und Tschetschenien als „absolut unakzeptabel“, während der Sprecher des Verteidigungskomitees, Lev Rochlin, äußert, die Souveränität Tschetscheniens müsse anerkannt werden.

- Udugov erinnert daran, daß die RF mit dem Friedensvertrag vom 12.5.1997 Tschetschenien formal als unabhängigen Staat anerkannt habe.
- 14.10.1997 Der tschetschenische Vize-Präsident Arsanov berät in Baku mit dem aserbajdschanischen Präsidenten Aliev über Pläne ein Pipeline-Projekt von Groznyj über Georgien ans Schwarze Meer.
- 21.10.1997 Die rußländische Regierung warnt Groznyj, sie werde keine Verantwortung übernehmen für Energieprojekte, die Tschetschenien ohne Zustimmung Moskaus mit ausländischen Partnern abschließt.
- 22.10.1997 Maschadov fordert vom Parlament Sondervollmachten für die Zeit von zwei Jahren, einschließlich der Befugnis, den Ausnahmezustand zu verhängen.
- 25.10.1997 Wiederaufnahme des Öltransits durch die Pipeline Baku-Groznyj-Novorossijsk.
Rybkin und Udugov einigen sich auf die Organisation einer internationalen Konferenz, um eine Lösung der Tschetschenienfrage zu diskutieren.
- 28.10.1997 Maschadov erklärt Basaev zum Stellvertretenden Premierminister mit Zuständigkeit für Industriefragen, nachdem er im Juli zurückgetreten war.
- 5.11.1997 Berezovskij wird als Sekretär des Rußländischen Sicherheitsrates entlassen. Von tschetschenischer Seite wird dies als großer Fehler im Hinblick auf eine Lösung der Tschetschenienfrage angesehen. Die tschetschenische Führung hofft, daß Berezovskij für Verhandlungen mit Tschetschenien zuständig bleibe.
Im türkischen Urlaubsort Antalia erklärt Maschadov Tschetschenien zur ‚Tschetschenischen Islamischen Republik‘.
- 6.11.1997 Die dagestanische Regierung stellt Gelder bereit, um die Grenze zu Tschetschenien durch einen Graben zu befestigen. Damit soll der wachsenden Kriminalität entgegengetreten werden.
- 8.11.1997 El’cin schafft eine weitere Kommission mit dem Ziel, Tschetschenien „zu stabilisieren und zu entwickeln“. Der Stellvertretende Premierminister Ramazan Abdulatipov wird Vorsitzender. Seine Funktionen und Befugnisse bleiben unklar.
- 9.11.1997 Gewaltsame Zwischenfälle an der dagestanisch-tschetschenischen Grenze. Udugov begrüßt den Entschluß Dagestans, bewaffnete Milizen zur Bewachung der Grenzregion einzusetzen.
- 10.11.1997 Tschetschenien führt die islamische Kleiderordnung für Studentinnen und Arbeiterinnen ein. Manager, die dieser Anordnung nicht nachkommen, werden entlassen. Drei Tage zuvor war der Verkauf von Alkoholi-ka verboten worden.
- 11.11.1997 Eine Delegation des Europarats besucht Groznyj. Basaev und Arsanov drängen auf die Anerkennung der tschetschenischen Unabhängigkeit.

Die Einführung des Islamischen Rechts wird als einzige Möglichkeit dargestellt, in Tschetschenien gegen die Kriminalität zu kämpfen. Die Delegation erklärt, daß eine Lösung der Statusfrage nur gemeinsam mit Moskau gefunden werden könne.

- 16.11.1997 Tschetschenische Feldkommandeure aus der von Raduev und Ex-Präsident Jandarbiev gegründeten Bewegung der ‚Freiheitskämpfer‘ fordern den Rücktritt der tschetschenischen Regierung.
- 25.11.1997 El’cin kündigt an, Tschetschenien zu besuchen. Rybkin erklärt, Moskau biete Tschetschenien den Status einer „sich selbst regierenden Republik“ innerhalb der RF mit einem hohen Maß an Autonomie an.
- 28.11.1997 El’cin verschiebt seine Tschetschenienreise auf Januar 1998.
- 1.12.1997 Tschetschenische Regierungsvertreter einschließlich Maschadov wollen den Besuch El’cins in Übereinstimmung mit dem internationalen diplomatischen Protokoll begehen.
- 3.12.1997 Rybkin bespricht in Groznyj den geplanten Besuch El’cins und gesteht ein, daß Moskau „sich schwer tue“, früher unterzeichnete Abkommen über finanzielle Unterstützung einzuhalten.
- 15.12.1997 Basaev hält alle weiteren Verhandlung mit Moskau für überflüssig, da Tschetschenien bereits ein unabhängiger Staat sei.
- 17.12.1997 Udugovs „Partei der Islamischen Nation“ wiederholt die tschetschenischen Gebietsforderungen an Dagestan. Die Partei tritt für die Gründung eines unabhängigen Staates im Nordkaukasus ein. Basaev verkündet, Tschetschenien werde Dagestan von seinem „unwürdigen“ Status einer russischen Kolonie befreien.
- 19.12.1997 Maschadov fordert El’cin erneut auf, einen Vertrag über die volle Unabhängigkeit Tschetscheniens und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu unterzeichnen. Rybkin betont, das Hauptproblem Tschetscheniens sei die Wiederherstellung seiner Wirtschaft und warnt vor übereilten Entscheidungen über den Status der Republik.
- 20.12.1997 Auf einer öffentlichen Versammlung vor 3.000 Menschen in Groznyj kündigt Raduev an, El’cin auf seinem geplanten Tschetschenienbesuch zu töten. Dies stehe in Übereinstimmung mit einem Todesurteil, welches das „Oberste Schariagericht“, das El’cin für den Einmarsch von 1994 verantwortlich machte, ausgesprochen hatte.
- Die bewaffneten Zusammenstöße an der tschetschenisch-dagestanischen Grenze nehmen zu.

1998

- 5.1.1998 Die für Januar geplante Reise El’cins nach Tschetschenien wird verschoben.

- Der tsetschenische Präsident Maschadov entläßt seine Regierung und beauftragt Šamil' Basaev mit einer Regierungsbildung.
- 7.1.1998 Der rußländische Innenminister Kulikov erklärt, daß der Angriff von tsetschenischen Kämpfern auf eine rußländische Militärbasis in Dagestan rußländische Sicherheitskräfte dazu berechtige, „Präventivschläge“ gegen die „Gangster“ durchzuführen.
In Groznyj verurteilt Udugov die Äußerung als Provokation, die darauf abziele, den Friedensprozeß zu unterlaufen.
- 10.1.1998 Gespräche zwischen dem rußländischen Stellvertretenden Premier Abdulatipov und dem tsetschenischen Premierminister Basaev über einen Zeitplan für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und den Status des Scheich-Mansur-Flughafens in Groznyj.
- 14.1.1998 Abdulatipov fordert vor Dumaabgeordneten, die Mittel für den Wiederaufbau Tsetscheniens aufzustocken, da „ein hungriges und aufgebrachtes Tsetschenien für Tsetschenien und für Rußland gefährlich“ sei. Rußland habe die Zeit, die seit dem Abschluß des Chasavjurter Abkommens vergangen sei, verschwendet.
- 16.1.1998 Der tsetschenische Präsident bestätigt das neu gebildete tsetschenische Kabinett. Basaev ist amtierender Premier für die ersten sechs Monate. Wie vermutet wird Udugov Außenminister, Basaevs Bruder Širvani Basaev Energieminister.
Der Moskauer Bürgermeister Jurij Lužkov äußert, daß Rußland Tsetschenien die staatliche Unabhängigkeit gewähren sollte. Gleichzeitig unterstützt er Kulikovs Vorschlag, Ziele in Tsetschenien zu bombardieren.
- 30.1.1998 El'cin richtet per Dekret eine vorläufige Kommission beim rußländischen Sicherheitsrat ein, die für die Entwicklung der tsetschenischen Republik und die Normalisierung der Bedingungen im Nordkaukasus zuständig sein soll. Abdulatipov soll die Kommission leiten.
Sicherheitsratssekretär Rybkin kritisiert die Äußerung Kulikovs zu „Präventivschlägen“ gegen Tsetschenien. Rußland solle ökonomische statt militärische Druckmittel anwenden.
- 3.2.1998 Maschadov befürwortet die Annahme einer neuen tsetschenischen Verfassung. Die Verfassung von 1992, die Tsetschenien zum säkularen Staat erklärt, sei in der Hoffnung auf westliche Unterstützung entstanden. Diese sei jedoch ausgeblieben. Maschadov plädiert für eine neue Verfassung, die Tsetschenien zum islamischen Staat erklärt und dem Präsidenten weitreichende Rechte einräumt.
- 12.2.1998 Abdulatipov schlägt die Verabschiedung eines Gesetzes über den vorläufigen Status Tsetscheniens vor. Das Gesetz solle die administrativen Grenzen zwischen der RF und Tsetschenien festlegen, die Zusammenarbeit der Behörden regeln sowie die Finanzierung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus regeln.

- 16.2.1998 Maschadov und Rybkin treffen sich in Groznyj, um den Gefangenen-austausch und die Arbeit an einem Vertragsentwurf, der die gegenseitigen Beziehungen regeln soll, zu besprechen. Rybkin warnt in Rußland, daß eine Vernachlässigung von Tschetscheniens Problemen die Situation im ganzen Nordkaukasus verschärfen könne.
- 2.3.1998 Rybkin wird zum Stellvertretenden Premierminister mit Kompetenz für die GUS ernannt.
- 3.3.1998 Udugov hält es für „unwesentlich“, wer Rybkin auf dem Posten des Sicherheitsratssekretär nachfolge. Wichtig sei, daß Rybkins Ernennung zum Stellvertretenden Premier die rußländisch-tschetschenischen Beziehungen stärken werde.
- 9.3.1998 Tschetschenien droht, die Ölpipeline Baku-Groznyj-Novorossijsk auf dem eigenen Territorium zu schließen, sollte Moskau weiterhin die Waffenstillstandsvereinbarungen verletzen.
- 17.3.1998 Basaev bietet dem Feldkommandeur Raduev an, den Posten des Stellvertretenden Verteidigungsministers zu übernehmen. Basaev sagt, dies sei eine Möglichkeit, Raduevs Militärkräfte in die Strukturen des Verteidigungsministeriums zu integrieren. Raduev hat inzwischen seine Behauptung, an einem Attentat auf den georgischen Präsidenten Ševardnadze beteiligt gewesen zu sein, zurückgezogen.
- 30.3.1998 Maschadov kündigt an, diplomatische Vertreter Tschetscheniens in 21 Staaten zu entsenden. Gleichzeitig will er die tschetschenischen Vertretungen in den Regionen der RF schließen lassen.
Innenminister Stepašin befürwortet eine Lösung des tschetschenischen Problems mit gewaltlosen Mitteln.
- 1.4.1998 Basaev erklärt, die Fortsetzung der Gespräche mit Rußland sei sinnlos, da Moskau sich nicht bereit gezeigt habe, die eigenen Versprechungen zu erfüllen.
- 16.4.1998 Die tschetschenische Führung leugnet, an einem Angriff auf ein rußländisches Militärfahrzeug beteiligt zu sein. Fünf Menschen kommen bei dem Angriff ums Leben.
Der ehemalige stellvertretenden Sekretär des Sicherheitsrats, Boris Berezovskij, verurteilt den Angriff, schließt aber die Möglichkeit eines neuen Krieges im Nordkaukasus aus.
- 24.4.1998 Rußländische und tschetschenische Regierungsvertreter erreichen eine Einigung über den Export von aserbaidjanischem Öl über die Ölpipeline Baku-Groznyj-Tichoreck
- 1.5.1998 Der offizielle Repräsentant Moskaus in Tschetschenien, Valentin Vlasov, wird von mehreren bewaffneten Männern in der Nähe des inguschetischen Dorfes Assinovskaja entführt. Maschadov, Berezovskij und der ehemalige Sekretär des Sicherheitsrats Rybkin verurteilen die Entführung als politische Tat, um die Friedensgespräche zwischen Rußland und Tschetschenien zu sabotieren und den Nordkaukasus zu destabilisieren.

- 4.5.1998 In einem Brief an El'cin drückt Maschadov sein Bedauern über die Entführung von Valentin Vlasov aus.
- 11.5.1998 Das tschetschenische Parlament ratifiziert den Friedensvertrag, der ein Jahr zuvor vom rußländischen Präsidenten El'cin und dem tschetschenischen Präsidenten Maschadov unterschrieben worden war.
- 12.5.1998 Basaev äußert in einem Interview, daß die Vereinigung von Tschetschenien und Dagestan das wichtigste Ziel des „Kongresses der Völker Tschetscheniens und Dagestans“ ist, zu dessen Vorsitzenden er im Mai gewählt wurde. Maschadov hingegen stellt unmißverständlich klar, daß er die Entscheidung Dagestans und Inguschetiens, Teil der RF zu bleiben, zutiefst respektiere.
- 16.5.1998 Bei einem Treffen in der inguschetischen Hauptstadt Nazran einigen sich der rußländische Innenminister Stepašin und sein Kollege Machašev auf eine Intensivierung der Zusammenarbeit ihrer Ministerien.
- 21.5.1998 Moskau weist erneut den Vorschlag der tschetschenischen Regierung zurück, diplomatische Beziehungen zwischen der RF und Tschetschenien aufzunehmen. Der tschetschenische Außenminister Udugov erklärt, der bilaterale Vertrag vom Mai 1997 käme einer formalen Anerkennung der tschetschenischen Unabhängigkeit durch Rußland gleich.
- 29.5.1998 Tschetschenische und rußländische Delegierte unterschreiben drei Kooperationsabkommen. Sie regeln die Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung, Informationsaustausch zwischen den Justizministerien sowie dem rußländischen Innenministerium und dem tschetschenischen Scharia-Sicherheitsministerium.
- 2.6.1998 Der tschetschenische Premier Basaev äußert Zweifel, daß die kürzlich unterschriebenen Kooperationsabkommen implementiert werden können oder ob ihr Wert nicht eher politisch als praktisch sei, um zu zeigen, daß die tschetschenische Seite kooperationsbereit sei.
- 15.6.1998 Basaev warnt, daß Tschetschenien den Transportweg der Öl-Pipeline Baku-Groznyj-Novorossijsk unterbrechen werde, wenn sich Rußland nicht an die Abkommen halten sollte, die beide Seiten unterzeichnet haben.
- 21.6.1998 Bewaffnete Zusammenstöße in Groznyj, bei denen Basaev zugehörige Truppen versuchen, den Fernsehsender der Stadt einzunehmen.
- 23.6.1998 Maschadov verhängt einen dreiwöchigen Ausnahmezustand und eine nächtliche Ausgangssperre als Reaktion auf die bewaffneten Zusammenstöße, bei denen der Leiter des Nationalen Sicherheitsdienstes, Lecha Chultigov, und der Stabschef der bewaffneten Einheit des Feldkommandeurs Raduev getötet wurden.
- 25.6.1998 Rybkin fordert Rußland zur stärkeren Unterstützung von Maschadov auf. Frieden und Stabilität in Tschetschenien seien ohne diesen nicht denkbar. Ähnlich erklärt Stepašin, daß Moskau jede Maßnahme Maschadovs, die Kriminalität in Tschetschenien zu bekämpfen, unterstützen sollte.

- 29.6.1998 Laut dem tschetschenischen Außenminister Udugov will Tschetschenien einen Antrag auf Aufnahme in die UNO stellen.
- 3.7.1998 Der tschetschenische Ministerpräsident Basaev reicht seinen Rücktritt ein, da die Frist von sechs Monaten, für die er das Amt übernommen habe, abgelaufen sei. Weiterhin wolle er sich seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Kongresses der Völker Tschetscheniens und Dagestans widmen.
- 8.7.1998 Der tschetschenische Präsident Maschadov übernimmt fortan die Pflichten des Premierministers selbst.
- 9.7.1998 Die Zeitung „Moskovskij Komsomolec“ vermutet, daß Rußlands Militär und das Innenministerium Vorbereitungen für einen neuen Krieg im Nordkaukasus treffen. Eine Schlüsselrolle weist sie Generalstabschef Anatolij Kvašnin zu.
- 10.7.1998 El'cin fordert die Leiter der Sicherheitsbehörden auf, spontane unkoordinierte Aktionen im Nordkaukasus zu unterlassen.
- 16.7.1998 Maschadov erläßt ein Dekret, das den „Wahhabismus“ in Tschetschenien verbietet.
- 20.7.1998 Basaev übernimmt für zwölf Tage den Posten des Stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte, nachdem Maschadov den Ausnahmezustand verlängert hat. In dieser Zeit, so Basaev, sollte es möglich sein, die 5.000 Reservisten der Nationalgarde zu mobilisieren, um die Kriminalität wirksamer zu bekämpfen.
- 21.7.1998 Lebed' sagt den Ausbruch eines Bürgerkriegs in Tschetschenien voraus und warnt, daß dabei Dagestan, Nordossetien, Inguschetien und der Bezirk Stavropol' ebenfalls in den Konflikt hineingezogen werden können.
- 23.7.1998 Maschadov überlebt ein Attentat mit leichten Verletzungen.
- 27.7.1998 In einer Erklärung an die rußländische Regierung äußern der ehemalige rußländische Premier Èrnomyrdin, GUS-Sekretär Berezovskij, der Gouverneur des Bezirks Krasnojarsk, Lebed', und der Präsident Tatarstans, Šajmiev ihre tiefe Besorgnis über die sich verschärfende Situation in Tschetschenien und im Nordkaukasus. Sie mahnen eine umfassende Nordkaukasuspolitik an.
Maschadov hebt den Ausnahmezustand in Tschetschenien auf.
- 17.8.1998 Drei Dörfer in Dagestan, die als „wahhabitisch“ bekannt sind, erklären den Bezirk zum unabhängigen islamischen Territorium. Seit Juni 1997 hat es mehrfach Zusammenstöße mit der lokalen Polizei gegeben.
- 14.9.1998 Feldkommandeur Raduev äußert vor Journalisten in Groznyj, daß er den Aufenthaltsort des entführten Vlasov und dessen Entführer kenne. Vlasovs Freilassung werde durch die Weigerung des rußländischen Innenministers Stepašin verzögert, fünf Millionen US-Dollar Lösegeld zu zahlen.

- 21.9.1998 Raduev kündigt an, daß die Verhandlungen über die Freilassung von Vlasov fast abgeschlossen seien und er innerhalb der nächsten Woche freigelassen werden könne.
- 23.9.1998 In einem offenen Brief an das tschetschenische Parlament beschuldigen die Feldkommandeure Basaev, Raduev und Israpilov Maschadov der Machtusurpation. Sie kritisieren, er habe die staatliche Souveränität Tschetscheniens verletzt, indem er mit Moskau über den Status Tschetscheniens Gespräche führe.
- 30.9.1998 Auf einem Kongreß, an dem über 5.000 Kriegsveteranen aus dem Krieg von 1994-1996 teilnehmen, beschuldigt Raduev Maschadov, „schwere Verbrechen an dem tschetschenischen Volk“ verübt zu haben. Maschadov sei unfähig, die Republik zu regieren und verletze die Verfassung.
- 1.10.1998 Maschadov entläßt das gesamte tschetschenische Kabinett sowie die Leiter aller Behörden und Organisationen der Republik.
- 8.10.1998 35 tschetschenische Oppositionsgruppen wollen gemeinsam auf den Rücktritt von Präsident Maschadov hinwirken. Gewaltanwendung schließen die Gruppen aus.
- 31.10.1998 Basaev, Raduev und Israpilov erklären ihre Bereitschaft, ihre Forderungen zurückzuziehen und sich zu Gesprächen mit Maschadov zu treffen. Der ehemalige Parlamentssprecher Idigov löst Udugov als Außenminister ab.
- 3.11.1998 In einem Interview beschuldigen Maschadov und der inguschetische Präsident Ruslan Aušev Berezovskij, Geiseln aus Tschetschenien freigekauft zu haben. Berezovskij hatte behauptet, die Befreiung von 55 rußländischen Geiseln bewirkt zu haben, ohne eine einzige Kopeke zu zahlen.
- 4.11.1998 Das Oberste Schariagericht in Tschetschenien verurteilt Raduev in Abwesenheit zu vier Jahren Gefängnis für den Versuch, Maschadov zu stürzen. Das Urteil bezieht sich vor allem auf die Kämpfe am 21.6.1998, als Raduevs Kämpfer versucht hatten, den Fernsehsender in Groznyj zu besetzen.
- 11.11.1998 Laut Abdulatipov hat die rußländische Regierung ein Wirtschaftshilfeprogramm für Tschetschenien beschlossen. Das Programm zielt darauf, wichtige Industriezweige wiederaufzubauen.
- 13.11.1998 Vlasov wird aus seiner Geiselhaft, die seit dem 1. Mai 1998 andauerte, befreit.
- 11.12.1998 Die tschetschenische Regierung kündigt an, eine arabische terroristische Gruppe, die von Feldkommandeur Chattab geleitet wird, aus Tschetschenien auszuweisen.
- 3.12.1998 El'cin annulliert ein Dekret vom September 1997, das vorsieht, einen Vertrag mit Tschetschenien über die Machtteilung zwischen der Republik und dem Zentrum zu entwerfen. Laut Rybkin denke die tschetsche-

nische Regierung derzeit darüber nach, den rußländischen Vorschlag, eine freie Wirtschaftszone in Tschetschenien einzurichten, anzunehmen.

- 15.12.1998 Das tschetschenische Parlament weigert sich, dem Einsatz von mehreren Tausend Reservisten für die Kriminalitätsbekämpfung, die Maschadov mobilisiert hatte, zuzustimmen und verhängt statt dessen einen Ausnahmezustand für die Dauer von 30 Tagen.
- 29.12.1998 Die tschetschenischen Parlamentarier erklären eine Entscheidung des Obersten Schariagerichts, das Parlament aufzulösen, Parlamentssprecher Ruslan Alichadžiev zu entlassen und die Vollmachten des Parlaments an einen Rat von ehemaligen Feldkommandeuren zu übertragen, für nichtig. Der Spruch des Gerichts sei verfassungswidrig.
- Maschadov ruft die Moskauer Führung auf, die Gespräche über einen bilateralen Vertrag über die zukünftigen Beziehungen zwischen Moskau und Groznyj wiederaufzunehmen.

1999

- 14.1.1999 Aleksandr Lebed' warnt vor einem neuem Krieg im Kaukasus, sollte Moskau nicht rasch Maßnahmen ergreifen, um den tschetschenischen Präsidenten Aslan Maschadov zu unterstützen. Er kritisiert, daß Moskau die Gelegenheit des Waffenstillstands im August 1996 nicht genutzt habe, um die politische und ökonomische Situation in Tschetschenien zu stabilisieren.
- 18.1.1999 Der rußländische Tschetschenienbeauftragte Valentin Vlasov kritisiert, daß Moskau Maschadov ökonomisch und politisch stärker hätte unterstützen sollen.
- 19.1.1999 Tschetschenische Behauptungen, daß ein rußländisches Militärflugzeug den tschetschenischen Luftraum verletzt habe, werden vom Verteidigungsministerium zurückgewiesen.
- 28.1.1999 Der Föderationsrat bittet Präsident El'cin, im Bezirk Stavropol' den Ausnahmezustand zu verhängen, so daß lokale Behörden die wachsende Kriminalität bekämpfen könnten. Der Föderationsrat geht davon aus, daß die Situation in der Region eng mit ihrer Nähe zu Tschetschenien und der Anwesenheit von fast 400.000 Flüchtlingen und Emigranten zusammenhängt.
- 3.2.1999 Maschadov unterzeichnet mehrere Dekrete, welche die legislativen Befugnisse des Parlaments suspendieren und den sofortigen Übergang zur Schariagesetzgebung in Tschetschenien anordnen.
- 22.2.1999 Die Schura, ein islamischer Rat, wählt den ehemaligen Premier Šamil' Basaev zu ihrem Vorsitzenden. Basaevs Befugnisse werden nicht genau festgelegt. Die Schura fordert, daß infolge der Ausrufung des islami-

- schen Rechts in Tschetschenien, Präsident und Parlament zurücktreten sollen und eine neue Verfassung erarbeitet wird.
- 8.3.1999 Entführung des rußländischen Generalmajors Gennadij Špigun am Flughafen von Groznyj. Der tschetschenische Präsident Maschadov setzt eine Arbeitsgruppe ein, um die Entführung aufzuklären. Die Grenze zwischen Tschetschenien und Dagestan wird für Kraftfahrzeuge gesperrt, Truppen des rußländischen Innenministeriums in den nordkaukasischen Nachbarrepubliken werden in Alarm versetzt.
- 7.3.1999 In einer drastisch formulierten Erklärung warnt Rußlands Innenminister Stepašin, daß Moskau „rigorose Maßnahmen ergreifen werde, um Gesetz, Ordnung und Sicherheit im Nordkaukasus herzustellen“, wenn General Špigun nicht in Kürze freigelassen werde. Er deutet an, daß mögliche Sanktionen die Unterbrechung von Eisenbahn- und Flugverbindungen sowie der Energielieferungen an Tschetschenien sein könnten. Der Kampf gegen terroristische Akte in Rußland werde in Zukunft verschärft.
- 11.3.1999 Premier Primakov betont, daß Rußland keine Absicht habe, eine Militäraktion gegen Tschetschenien als Vergeltung für die Entführung von General Špigun vom 5.3. zu initiieren.
- 19.3.1999 Nur noch ein Drittel der rußländischen Bevölkerung sieht laut einer Umfrage des *Fond obščestvennoe mnenie* Tschetschenien als Teil der Rußländischen Föderation an. Vor zwei Jahren waren noch 50% der Befragten dieser Ansicht und während des Tschetschenienkriegs 67%.
- 22.3.1999 Maschadov entkommt knapp einem Attentat durch eine Autobombe. Dies ist das dritte Attentat auf Maschadov seit dem vergangenen Sommer.
- 23.3.1999 Maschadov äußert vor Journalisten, daß er alle Hoffnungen auf ein Treffen mit Präsident El'cin setze, welcher als einziger Kompetenzen habe, Probleme in bilateraler Absprache zu. Maschadov erklärt seine Bereitschaft, auch Premier Primakov zu treffen.
- 14.4.1999 Maschadov wird aufgrund „anderer Verpflichtungen“ nicht nach Nordossetien reisen, um dort am 17.4. Premier Primakov zu treffen, der sich dort auf einer Versammlung der Führer der nordkaukasischen Republiken aufhält.
- 7.5.1999 Der Entwurf einer neuen tschetschenischen Verfassung ist von der dazu eingesetzten Kommission fertiggestellt und wird derzeit aus dem Russischen ins Tschetschenische übersetzt.
- 12.5.1999 El'cin ernennt Sergej Stepašin zum Premierminister.
- 28.5.1999 Stepašin erklärt in Moskau, daß es in Rußland keinen Raum für kriminelle Banden gäbe, die „Menschen entführen und umbringen“. Solche Kriminelle sollten eliminiert werden.
- 31.5.1999 Russische Militärhubschrauber des Innenministeriums greifen eine kleine Insel im Terek-Fluß an, auf der sich ein tschetschenisches „Terroristenlager“ befindet. Der Angriff war die Reaktion auf einen Angriff auf

- einen rußländischen Grenzposten zwischen Tschetschenien und Dagestan, für den rußländische Vertreter tschetschenische Kämpfer verantwortlich machten.
- 18.6.1999 Bei Überfällen werden sieben rußländische Soldaten und Polizisten des Innenministeriums getötet.
- 21.6.1999 Der Moskauer Bürgermeister Luž kov erklärt öffentlich, daß Tschetschenien die Unabhängigkeit von der RF gewährt werden sollte, wenn die Mehrheit der Bevölkerung dies wolle.
- 5.7.1999 Truppen des rußländischen Innenministeriums greifen eine Gruppe von 150-200 tschetschenischen Kämpfern auf tschetschenischem Territorium nahe der dagestanischen Grenze an. Innenminister Rušailo hatte die Präventivschläge angekündigt, um „Kriminelle, Banditen und die Drogenmafia“ zu neutralisieren.
- 6.7.1999 Nationalitätenminister Michailov sagt vor Journalisten, daß Moskau mit der tschetschenischen Führung zusammenarbeiten will, um Tschetschenien „aufzuräumen“, sich aber das Recht vorbehalte, alleine zu handeln, falls sich die Kooperation als ineffektiv erweise.
- 20.7.1999 Bei Angriffen tschetschenischer Kämpfer auf rußländische Grenzposten am 19.7.1999 kommen zwei rußländische Soldaten ums Leben, fünf werden verwundet. Als Reaktion greifen rußländische Armeekräfte Tschetschenien mit 40 Raketen von Hubschraubern, die im Bezirk Stavropol' stationiert sind, an.
- 28.7.1999 Maschadov ernennt Ruslan Gelaev zum Ersten Stellvertretenden Premierminister. Gelaev ist zusammen mit Basaev und Feldkommandeur Chattab führender Kopf der inneren Opposition zu Maschadov. Der Präsident äußert die Hoffnung, daß Gelaevs Ernennung zu einem Rückgang der Kriminalität führen werde.
- 4.8.1999 Bei bewaffneten Zusammenstößen in Dagestan, bei denen Guerilla-Kämpfer die Grenzposten in Tsumadin angreifen, werden vier Polizisten getötet. Am Vortag hatte die dagestanische Polizei den Versuch von Kämpfern, Agvali, die größte Stadt im Kreis Tsumadin einzunehmen, vereitelt. Der tschetschenische Präsidentensprecher Vaèagaev leugnet, daß tschetschenische Einheiten in die Kämpfe involviert seien.
- 4.8.1999 Moskau stationiert Truppen des Innenministeriums in den Bezirken Tsumadin und Botlich in Dagestan. Aus „informierten Kreisen“ der Geheimdienste habe man erfahren, daß tschetschenische Feldkommandeure und dagestanische Extremisten planten, die dagestanische Hautstadt einzunehmen und die dagestanische Führung zu stürzen.
Maschadov ordnet an, die Kontrollen an der dagestanischen Grenze zu verstärken, um das Eindringen bewaffneter Gruppen nach Tschetschenien zu verhindern.
- 9.8.1999 Nach nur drei Monaten im Amt wird Premierminister Stepašin entlassen. An seiner Stelle ernennt El'cin Vladimir Putin, der bis dahin Leiter des

- Föderalen Sicherheitsdienstes und Sekretär des Sicherheitsrats war, zum neuen Premier.
- 12.8.1999 Rußländische Kräfte haben laut Angaben des Ersten Stellvertretenden Innenministers Kolesnikov den Bezirk Tsumadin inzwischen unter Kontrolle.
- 16.8.1999 Maschadov verhängt für die Dauer eines Monats den Ausnahmezustand über Tschetschenien. Premierminister Putin betont, daß Moskau Maschadov als legitimen tschetschenischen Präsidenten anerkennt und versuchen werde, mit ihm eine Übereinkunft über die zukünftigen Beziehungen zwischen Moskau und Groznyj auf der Grundlage der territorialen Integrität der RF zu finden.
- 1.9.1999 Bei einer Explosion in einem Einkaufszentrum unter dem Manegeplatz in Moskau werden 41 Menschen verletzt, einige davon schwer.
- 4.9.1999 In der dagestanischen Stadt Bujnask tötet eine Bombenexplosion in einem Wohnhaus etwa 36 Personen und verletzt 110.
- 5.9.1999 Etwa 2.000 Kämpfer, die sich letzte Woche an der Grenze zwischen Tschetschenien und Dagestan gesammelt haben, dringen in Dagestan ein. Die Eindringlinge, die vor allem Tschetschenen sind, nehmen die Dörfer Gamijach, Duchi, Achar und Šušija ein und lösen eine Flüchtlingswelle aus.
- 7.9.1999 Die rußländische Luftwaffe greift die im Südosten Tschetscheniens gelegene Stadt Nož aj-Jurt und einige weitere Dörfer an. Laut dem tschetschenischen Vizepremier Machašev werden dabei 25 Menschen getötet und 40 verletzt. Der Sprecher des rußländischen Innenministeriums äußert, daß Rußland Guerilla-Lager auf tschetschenischem Territorium auch dann weiter bombardieren wird, wenn diese Lager sich in dicht besiedeltem Gebiet befinden.
- 9.9.1999 Bei einer erneuten Explosion eines Wohnhauses in der Gurjanov-Straße im Südosten Moskaus kommen etwa 20 Menschen ums Leben, 150 werden verletzt. Als Unglücksursache wird zunächst ein Schaden an einer Gasleitung vermutet.
- 13.9.1999 Ein weiteres Wohnhaus im Süden Moskaus wird durch eine Explosion zerstört. Als Ursache vermutet die Polizei einen Sprengstoffanschlag. Für den 13.9. hatte Präsident El'cin einen Trauertag für die Opfer der vergangenen Explosionen in Moskau und der dagestanischen Stadt Bujnask angesetzt.
- In einer Fernsehansprache fordert El'cin Staat und Gesellschaft auf, alle Kräfte zu vereinen, um den inneren Feind Terrorismus zu bekämpfen. In einem Interview leugnet der tschetschenische Feldkommandeur Basaev, für den Anschlag auf das Haus in der Gurjanov-Straße verantwortlich zu sein.
- 15.9.1999 In einer Rede vor der Duma äußert Putin seine Überzeugung von einer tschetschenischen Beteiligung an den Moskauer Explosionen. Zwar sei die Erklärung der tschetschenischen Führung, an den Anschlägen nicht

beteiligt zu sein, glaubwürdig, ihr Versäumnis, dagegen Maßnahmen zu ergreifen, käme jedoch einer Zustimmung gleich. Dennoch rechtfertige dies den Ruf nach der „Auslöschung des tschetschenischen Volkes“ nicht. Als Reaktion schlägt Putin die Einrichtung eines „cordon sanitaire“ um Tschetschenien vor, die „Vernichtung“ aller „Guerillagruppen“ und die Bildung einer tschetschenischen Exilregierung.

Maschadov schlägt ein gemeinsames Vorgehen gegen den Terrorismus in Rußland und dem Nordkaukasus vor. Das tschetschenische Außenministerium verurteilt die Terroranschläge, bezeichnet die andauernden Luftangriffe Moskaus auf tschetschenische Dörfer jedoch ebenfalls als terroristisch.

Putin lehnt die Verhängung Ausnahmezustands in Rußland ab.

16.9.1999 In Volgodonsk explodiert ein weiteres Wohnhaus, 13 Menschen kommen ums Leben, 115 werden verletzt. Innenminister Rušailo vermutet einen terroristischen Anschlag als Ursache.

Putin beschuldigt Tschetschenien erneut, den Verursachern der Terroranschläge eine Rückzugsmöglichkeit zu bieten. Der internationale Terrorismus unter dem Deckmantel von islamischer Propaganda verfolge das Ziel, die GUS zu zerstören und Militärdiktaturen in den GUS-Staaten zu etablieren.

Verteidigungsminister Sergeev teilt mit, daß alle „Terroristen“ aus Dagestan vertrieben seien.

17.9.1999 Die rußländische Luftwaffe fliegt etwa 100 Angriffe auf tschetschenische Ziele. Putin betont, daß nur terroristische Lager die Ziele der Angriffe seien. Laut einem tschetschenischen Sprecher werden bei den Angriffen mehr als 20 Menschen getötet und 50 verletzt.

20.9.1999 Föderationstruppen werden von Nordossetien an die Grenze von Inguschetien und Tschetschenien verlegt.

21.9.1999 Das Verteidigungsministerium schließt den Einmarsch von Bodentruppen, den Premierminister Putin vergangene Woche noch abgelehnt hatte, nicht mehr aus.

Weitere 10.000 Soldaten werden an den Grenzen nach stationiert. Insgesamt stehen dort etwa 30.000 Soldaten bereit.

23.9.1999 Rußland greift zum ersten Mal Ziele in Tschetschenien an und tötet dabei einen armenischen Techniker bei einem Angriff auf den Flughafen in Groznyj.

Der Stellvertretende Innenminister Zubov erklärt, daß die rußländischen Truppen vollständig auf eine Invasion Tschetscheniens vorbereitet seien. Zubov widerspricht der Auffassung, daß Moskau plane, die tschetschenische Führung zu ersetzen.

29.9.1999 Etwa 60.000 Menschen sind bisher vor den rußländischen Bombenangriffen aus Tschetschenien nach Inguschetien geflüchtet.

- 30.9.1999 Beginn des Bodenkriegs gegen Tschetschenien. Luftangriffe gegen Brücken, Dämme, Ölquellen dauern unvermindert an. Vertreter Tschetscheniens bitten den georgischen Präsidenten Ševardnadze um Vermittlung.
- 4.10.1999 El'cin stimmt einem Plan zu, nach dem die geflüchteten Tschetschenen in ihre Heimat zurückgebracht werden sollen. Tschetschenien soll danach in eine nördliche Zone unter rußländischer Kontrolle und eine südliche unter tschetschenischer Kontrolle geteilt werden. Putin trifft sich mit Exilabgeordneten des 1996 gewählten moskautreuen tschetschenischen Parlaments, um eine tschetschenische Exilregierung zu bilden.
- 15.10.1999 Etwa 25.000 Demonstranten in Groznyj fordern Tschetschenien und Rußland zu einer friedlichen Konfliktlösung auf. Auch Inguschetiens Präsident Aušev fordert die Wiederaufnahme von Verhandlungen. Rußland erklärt sich nur dann zu Verhandlungen bereit, wenn die tschetschenische Führung die Terroristen an Rußland ausliefere. Nikolaj Košman wird zu Moskaus Repräsentant in dem von Rußland kontrollierten Teil Tschetscheniens ernannt.
- 19.10.1999 Föderationstruppen stehen etwa 18-20km von Groznyj entfernt und kontrollieren die Zufahrtswege zur Hauptstadt.
- 21.10.1999 Bei einem rußländischen Bombenangriff auf den Marktplatz in Groznyj sterben mindestens 48 Menschen, mehrere hundert werden verletzt.
- 23.10.1999 Rußländische Truppen blockieren die Hauptstraße von Tschetschenien nach Inguschetien und schneiden damit den tschetschenischen Flüchtlingen den Fluchtweg ab. Die Maßnahme diene dazu, tschetschenische Terroristen am Überschreiten der Grenze nach Inguschetien zu hindern.
- 25.10.1999 Verteidigungsminister Sergeev leugnet jede Verantwortung für die Angriffe auf Groznyjs Marktplatz. Der Leiter des Pressezentrams der Streitkräfte, Aleksandr Vekriè, erklärt, daß eine Spezialoperation durchgeführt worden sei, um den Markt zu zerstören, auf dem mit Waffen und Munition gehandelt werde. Das rußländische Militär greift die tschetschenischen Orte Ackoj-Martan, Bamut, Sernovodsk, Goragorsk und Vedenov an.
- 1.11.1999 Putin und Militärsprecher leugnen, daß die rußländische Luftwaffe für die Bombardierung eines Flüchtlingskonvois, der auf dem Weg nach Nazran war, verantwortlich sei. Nach Angaben des Roten Kreuzes wurden bei dem Angriff mehrere Dutzend Menschen getötet.
- 2.11.1999 Der Fraktionsführer von Jabloko, Grigorij Javlinskij, fordert Verhandlungen mit Maschadov nach der Leitlinie „unsere Sicherheit im Austausch für Tschetscheniens Souveränität“. Maschadov sei die einzige politische Figur in Tschetschenien, die keine Verbindung zu den „Banditen“ habe. Auch Samaras Gouverneur Titov mahnt die Notwendigkeit eines Dialogs mit Maschadov an.

- 3.11.1999 Rußland will einer OSZE- Mission erlauben, Dagestan, Inguschetien und Tschetschenien zu bereisen. Die Mission wird sich vor allem auf die humanitären Folgen des Krieges konzentrieren und deswegen nicht unbedingt nach Tschetschenien einreisen.
- 4.11.1999 Der Europarat verabschiedet eine Resolution, die Moskau aufruft, die Feindseligkeiten zu beenden und von jeglichen Menschenrechtsverletzungen an der Zivilbevölkerung abzusehen.
Nach Andeutungen aus der rußländischen Führung, Kontakt zu Maschadov aufzunehmen, warnt General Šamanov, der die westliche Gruppe der Armee in Tschetschenien kommandiert, daß viele junge Offiziere und Generäle die Armee verlassen würden, sollten Politiker den Vormarsch der Armee stoppen, bevor der Feind vernichtet sei.
Gerüchten zufolge verkürzt El'cin seinen Urlaub in Soèi, um die Gerüchte über bevorstehende Verhandlungen mit Maschadov zu zerstreuen.
- 8.11.1999 Maschadov bittet US-Präsident Clinton, seinen Einfluß geltend zu machen, um den „Völkermord“ an dem tschetschenischen Volk zu beenden und bekräftigt seine Bereitschaft zu jeder Form von Verhandlungen, um den Krieg zu beenden.
- 9.11.1999 Javlinskij fordert, die Bombardierungen Tschetscheniens zu beenden und Verhandlungen zu beginnen. Im Gegenzug müsse Tschetschenien alle Terroristen ausliefern, alle Geiseln freilassen und die bewaffneten Gruppen entwaffnen.
- 12.11.1999 Laut Putin hat das rußländische Militär Gudermes eingenommen. Bamut steht unter heftigem Artilleriebeschuß. Verteidigungsminister Sergeev sagt, daß es Chancen gebe, den Tschetschenienkrieg noch dieses Jahr zu beenden.
- 16.11.1999 Der Moskauer Repräsentant in Tschetschenien Košman rät der Zivilbevölkerung Groznyjs, um ihrer eigenen Sicherheit willen die Stadt zu verlassen.
- 22.11.1999 Im Abschlußdokument des OSZE-Gipfels in Istanbul wird die territoriale Integrität Rußlands bekräftigt und jede Form von Terrorismus verurteilt. Gleichzeitig ruft die OSZE Rußland zu einer politischen Lösung des Konflikts im Nordkaukasus auf. Die OSZE begrüßt El'cins Entscheidung, einen Besuch des OSZE-Vorsitzenden Vollebaek in die Region zuzulassen.
In einer Fernsehansprache bekräftigt Putin, daß die Offensive in Tschetschenien fortgeführt werde, bis alle terroristischen Gruppierungen „ausgelöscht“ seien.
- 24.11.1999 Rußland lehnt weiterhin jede Vermittlung der OSZE im Tschetschenienkrieg ab. Die OSZE könne eine gewisse positive Rolle in dem Konflikt spielen, aber erst, nachdem die anti-terroristische Operation beendet sei.
- 29.11.1999 Der Direktor des IWF, Michel Camdessus, warnt Rußland, daß die Unterstützung Rußlands in Form von IWF-Krediten durch den Tschetschenienkrieg in Gefahr sei.

- 30.11.1999 Die NATO drückt ihre Besorgnis wegen des Gebrauchs von schweren Waffen in dicht besiedelten Gebieten in Tschetschenien aus. Das tschetschenische Parlament verabschiedet eine Resolution, in der sie sofortige Gespräche mit der Staatsduma ohne Vorbedingungen fordert.
- 1.12.1999 Verteidigungsminister Sergeev äußert die Vermutung, daß die „antiterroristische Operation“ in Tschetschenien innerhalb von drei Monaten beendet sein werde.
 Putin unterzeichnet eine Verordnung, die Schritte zur Normalisierung der politischen und wirtschaftlichen Situation in Tschetschenien fest schreibt.
- 3.12.1999 Die rußländische Armee nimmt Argun ein.
- 4.12.1999 Vertreter der rußländischen Armee und des FSB leugnen Berichte über einen Angriff des rußländischen Militärs auf einen Flüchtlingskonvoj südlich von Groznyj, bei dem ca. 40 Menschen umgekommen sein sollen.
 Außenminister Ivanov schlägt den 14. und 15. Dezember für einen Besuch des OSZE-Vorsitzenden Knut Vollebaek im Nordkaukasus vor.
 Maschadov stellt den Entwurf eines Friedensplans vor. Der Plan schließt die Stationierung rußländischer Truppen in Tschetschenien aus.
- 6.12.1999 Javlinskij ruft erneut zu Verhandlungen auf, um Verluste bei den Truppen und in der Zivilbevölkerung zu beenden.
 Die noch in Groznyj verbliebenen Zivilisten beginnen die Stadt nach einem Ultimatum der rußländischen Armee zu verlassen. Sie waren aufgefordert worden, Groznyj bis zum 11.12.1999 zu verlassen. Wer dem nicht Folge leiste, werde als Terrorist betrachtet und könne getötet werden.
- 7.12.1999 Laut Putin ist die rußländische Führung unter zwei Bedingungen zu einer Beilegung des Konflikts bereit: Erstens müssen alle auf tschetschenischem Gebiet festgehaltenen Geiseln freigelassen werden. Zweitens müsse Groznyj alle „internationalen Terroristen, die in Rußland Verbrechen begangen haben“ ausliefern.
 Der nordossetische Präsident Aleksandr Dzasochov warnt die rußländische Führung, die Chance für einen politischen Dialog mit Maschadov nicht verstreichen lassen.
- 8.12.1999 Rußländische Truppen nehmen die weitgehend zerstörte Stadt Urus-Martan ein.

Quellen: Izvestija, Nevasimaja Gazeta, Moskovskij komsomolec, Neue Zürcher Zeitung, RFE/RL Newslines

Publikationen des Forschungsschwerpunktes Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa an der Universität Mannheim

Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten

- Band 1 Astrid Sahn, Die weißrussische Nationalbewegung nach der Katastrophe von Tschernobyl (1986-1991), LIT Verlag, Münster 1994, 150 S., ISBN 3-89473-831-6
- Band 2 Manfred Sapper Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft. Eine Studie zum Legitimitätsverlust des Militärischen in der Perestrojka, LIT Verlag, Münster 1994, 480 S., ISBN 3-8258-2053-x
- Band 3 Heribert Seubert, Zum Legitimitätsverfall des militarisierten Sozialismus in der DDR, LIT Verlag, Münster 1995, 350 S., ISBN 3-8258-2325-3
- Band 4 Ninel Danos, Wirtschaft und Verteidigung: Bestandsaufnahme des Umbruchs in Osteuropa, LIT Verlag, Münster 1995, 142 S., ISBN 3-8258-2037-8
- Band 5 Frank Wilhelmy, Der Zerfall der SED-Herrschaft. Zur Erosion des marxistisch-leninistischen Legitimitätsanspruches in der DDR, LIT Verlag, Münster 1995, 340 S., ISBN 3-8258-2456-x
- Band 6 Egbert Jahn, Issledovanija problem mira v period i posle konflikta Vostok-Zapad. Stat'i poslednich 20 let, Moskva 1997, 346 S., ISBN 3-78258-3042-x
- Band 7 Astrid Sahn, Transformation im Schatten von Tschernobyl. Umwelt- und Energiepolitik im gesellschaftlichen Wandel von Belarus und Ukraine, LIT Verlag, Münster 1999, 472 S., ISBN 3-8258-4549-4
- Band 8 Claudia Wagner, Rußlands Krieg in Tschetschenien. Politische Transformation und militärische Gewalt, LIT Verlag, Münster 2000, 220 S., ISBN 3-8258-4670-9
- Band 9 Volker Weichsel, Westintegration und Rußlandpolitik der Tschechischen Republik, LIT Verlag, Münster 2000, 136 S., ISBN 3-8258-4833-7

Veröffentlichungen in anderen Buchreihen

Bernhard Moltmann/Astrid Sahn/Manfred Sapper (Hg.), Die Folgen von Tschernobyl. Herausforderungen und Auswege, Verlag Haag und Herchen, Frankfurt 1994, 207 S., ISBN 3-86137-141-3

Mariana Hausleitner, Die sowjetische Osteuropapolitik in den Jahren der Perestrojka, Campus, Frankfurt-New York 1994, 309 S., ISBN 3-593-35200-1

Egbert Jahn/Rudolf Wildenmann (Hg.), Stability in East Central Europe? Stabilität in Ostmitteleuropa? Studien zur gesellschaftlichen Entwicklung, Bd. 13, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1995, 213 S., ISBN 3-7890-3852-0

Manfred Sapper, Großmachtspolitik ohne Großmachtressourcen. Rußlands Irak- und Nahostpolitik, HSFK-Report 1/1999, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt 1999, 54 S., ISBN 3-933293-12-X

FKKS-Sonderveröffentlichungen

Periodika der Sozialwissenschaften und Zeitgeschichte aus Ostmittel- und Osteuropa. Bibliographie und Verzeichnis der Bestände in Baden-Württemberg und Hessen, April 1997

Egbert Jahn/Astrid Sahn/Manfred Sapper (Hg.), Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa. Momentaufnahmen der Transformation Europas, Dezember 1997

Gerard Holden, International Relations During and After the Cold War. A Comparative Approach to Intellectual History and Culture, März 1998

Manfred Sapper (Hg.), Litauen, Lettland und die Europäisierung Europas. Eine Reise zur Osterweiterung des europäischen Denkens, Januar 2000

Untersuchungen des FKKS

- FKKS 1/1992 Egbert Jahn, Der Umbruch in Osteuropa. Eine Herausforderung an Politik, Wirtschaft und Wissenschaft
- FKKS 2/1992 Manfred Sapper, Das sowjetische Militär und die Nationalitätenkonflikte
- FKKS 3/1992 Arvydas Juozaitis, The Lithuanian Independence Movement and National Minorities
- FKKS 4/1992 Egbert Jahn, Nationalismus und Demokratie - Einheit oder Widerspruch?
- FKKS 5/1993 Astrid Sahn, Die Auswirkungen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in der Republik Belarus, der Russischen Föderation und der Ukraine. Eine Orientierungshilfe
- FKKS 6/1994 Peter Bonin, Rußland und der Krieg im ehemaligen Jugoslawien
- FKKS 7/1995 Olga Wassiljewa, Konflikte im Nordkaukasus. Ursachen, Verlauf und Perspektiven
- FKKS 8/1995 Alexander Grossman, Den Krieg gewonnen, den Frieden verloren? Rußland und der 50. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg
- FKKS 9/1995 Astrid Sahn, Die gescheiterten Parlamentswahlen in Belarus. Eine regional differenzierende Analyse
- FKKS 10/1996 David Oberhuber, Rußlands Nuklearsektor zehn Jahre nach Tschernobyl. Kontinuität im Wandel
- FKKS 11/1996 Michael Zimmermann, Zigeunerpolitik im Stalinismus, im „realen Sozialismus“ und unter dem Nationalsozialismus. Eine Untersuchung in vergleichender Absicht
- FKKS 12/1996 Gediminas Vitkus, Lithuanian-Russian Relations in 1990-1995. A Study of Lithuanian Foreign Policy
- FKKS 13/1997 Alexandr Kokejew/Georgi Otyrba, Der Weg in den Abchasien-Krieg
- FKKS 14/1997 Franz Preißler, Demokratische und autoritäre Einstellungen in der rußländischen Gesellschaft. Eine Studie zur politischen Kultur
- FKKS 15/1997 Elke Siehl, Privatisierung in Rußland
- FKKS 16/1997 Olaf Atja Lemmingson, Die Entwicklung von Bankensystem und Finanzmarkt in Rußland
- FKKS 17/1998 Johannes Baur, Kampf ums Öl? Wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen der Rußländischen Föderation im Kaspi-Raum
- FKKS 18/1998 Irina Bugrova, Politische Kultur in Belarus. Eine Rekonstruktion der Entwicklung vom Großfürstentum Litauen zum Lukašenko-Regime
- FKKS 19/1998 Olga Abramova, Integration zwischen Realität und Simulation. Die belarussisch-rußländischen Beziehungen seit 1991
- FKKS 20/1999 Rolf Peter, Zwischen Konflikt und Kalkül. Die „nationale Frage“ in Kasachstan
- FKKS 21/1999 Guido Houben, Drogen in Rußland. Überlegungen zu Staat, Gesellschaft, organisiertem Verbrechen und internationaler Kooperation
- FKKS 22/1999 Manfred Sapper (Hg.), Rußland und der zweite Tschetschenienkrieg. Fakten, Hintergründe, Interpretationen
- FKKS 23/1999 Egbert Jahn, „Nie wieder Krieg! Nie wieder Völkermord“ Der Kosovo-Konflikt als europäisches Problem
- FKKS 24/2000 Susan Stewart, Sprachenpolitik als Sicherheitsproblem in der Ukraine
- FKKS 25/2000 Andreas Reich, Politisches Patt in Tschechien. Ursachen, Konsequenzen, Perspektiven
- FKKS 26/2001 Timm Beichelt, Autokratie und Wahldemokratie in Belarus, Russland und der Ukraine